



65. Sitzung

Mittwoch, 19. Januar 2000

Vorsitzende: Präsidentin Ute Pape, Erster Vizepräsident Berndt Röder und Zweite Vizepräsidentin Sonja Deuter

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Niederlegen des Mandats

(Abg. Dr. Sieghard-Carsten Kampf CDU) 3187 A

Nachrücken einer Abgeordneten

(Abg. Vera Jürs CDU) 3187 B

Abwicklung der **Tagesordnung** 3187 C

Aktuelle Stunde

3187 C

Fraktion der SPD:

Chancen zur Integration:

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht 3187 C

Petra Brinkmann SPD 3187 D

Dr. Ulrich Karpen CDU 3188 C

Christa Goetsch GAL 3189 A

Susanne Uhl REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3189 D

Hartmuth Wrocklage, Senator 3190 C

Erhard Pumm SPD 3191 A

Mahmut Erdem GAL 3191 C

Fraktion der CDU:

Pflegenotstand in Hamburg 3191 D

Eleonore Rudolph CDU 3191 D, 3196 B

Uwe Grund SPD 3192 C

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 3193 B

Lutz Jobs REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3194 A

Karin Roth, Senatorin 3194 D

Frank-Thorsten Schira CDU 3196 A

Fraktion der GAL:

Kanthers Vermächtnis 3196 D

Dr. Martin Schmidt GAL 3196 D

Dr. Holger Christier SPD 3197 C

Ole von Beust CDU 3198 B

Norbert Hackbusch REGENBOGEN –
für eine neue Linke 3198 C

Unterrichtung durch die Präsidentin der
Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputierten der
Behörde für Wissenschaft und Forschung**
– Drs 16/3137 – 3199 A

**Wahl eines Mitglieds der Kommission für
Bodenordnung**
– Drs 16/3681 – 3199 A

**Wahl einer oder eines Deputierten der
Finanzbehörde**
– Drs 16/3682 – 3199 A

Ergebnisse 3201 D

Bericht des Gesundheitsausschusses:

**Drogenpolitik als Hilfe für Abhängige und
zum Schutz der Nicht-Süchtigen**
– Drs 16/3660 – 3199 B

Dietrich Wersich CDU 3199 C

Dr. Martin Schäfer SPD 3200 A

Peter Zamory GAL 3200 C

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke	3201 A	Eleonore Rudolph CDU	3216 A
Beschluß	3201 D	Dr. Dorothee Freudenberg GAL	3216 D
		Karin Roth, Senatorin	3217 B
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Beschluß	3218 A
Jugend im Parlament 1999		Senatsantrag:	
– Drs 16/3403 –	3202 A	Weitere Entwicklung der Hamburg Messe	
Holger Kahlbohm SPD	3202 A	– Drs 16/3610 –	3218 A
Rolf Harlinghausen CDU	3202 D	Antje Möller GAL	3218 B
Sabine Steffen GAL	3203 D	Werner Dobritz SPD	3219 B
Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3204 C	Karl-Heinz Ehlers CDU	3220 D
Beschluß	3205 A	Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke	3222 B
Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:		Dr. Thomas Mirow, Senator	3223 B
Einrichtung eines bürgerschaftlichen Ausschusses „Migrations- und Flüchtlingspolitik“		Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke	3224 A
– Drs 16/3653 –	3205 A	Beschluß	3224 C
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	3205 B, 3207 C	Bericht des Eingabenausschusses:	
Erhard Pumm SPD	3206 A	Eingaben	
Jürgen Klimke CDU	3206 B	– Drs 16/3419 –	3224 C
Christa Goetsch GAL	3207 A	Beschluß	3224 C
Beschluß	3207 D	Bericht des Eingabenausschusses:	
Senatsmitteilung:		Eingaben	
Bericht der Polizeikommission		– Drs 16/3623 (Neufassung) –	3224 C
– Drs 16/3382 –	3207 D	Beschluß	3224 D
Manfred Mahr GAL	3208 A	Bericht des Eingabenausschusses:	
Dr. Martin Schäfer SPD	3209 B	Eingaben	
Heino Vahldieck CDU	3210 A	– Drs 16/3624 –	3224 D
Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke	3210 C	Beschluß	3224 D
Hartmuth Wrocklage, Senator	3211 A	Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
Beschluß	3211 B	Wirtschaftskriminalisten beim LKA	
Große Anfrage der Fraktion der CDU:		– Drs 16/3493 –	3225 A
Überlastung von Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern in Hamburg		Große Anfrage der Fraktion der CDU:	
– Drs 16/3397 –	3211 B	Religionsunterricht an Hamburger Schulen	
Viviane Spethmann CDU	3211 B, 3214 C	– Drs 16/3606 –	3225 A
Dietrich Ellger SPD	3212 B	(Besprechungen beschlossen)	
Mahmut Erdem GAL	3212 D	Sammelübersicht	3225 A
Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Senatorin	3213 B	Beschlüsse	3225 A, 3226
Beschluß	3214 D	Senatsantrag:	
Senatsmitteilung:		Infrastrukturmaßnahmen Altenwerder	
Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Gehörlose		– Drs 16/3636 –	3225 B
– Drs 16/3638 –	3214 D	Beschluß	3225 C
Willi Witte SPD	3215 A	Bericht des Jugend- und Sportausschusses:	
		Verbesserung der Integration ausländischer Kinder	
		– Drs 16/3635 –	3225 C
		Beschluß	3225 C

A Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur ersten Sitzung im neuen Jahr und in diesem Fall auch im neuen Jahrhundert, im neuen Jahrtausend.

Ich beginne damit, daß Herr Dr. Sieghard-Carsten Kampf infolge seiner Berufung zum Ärztlichen Direktor des Marienkrankenhauses sein Bürgerschaftsmandat zum 1. Januar 2000 niedergelegt hat. Ich möchte an dieser Stelle nicht versäumen, ihm zu seinem beruflichen Aufstieg im Namen der Bürgerschaft sehr herzlich zu gratulieren.

(Beifall im ganzen Hause)

Für Ihre berufliche Zukunft begleiten Sie unsere besten Wünsche.

Mit Herrn Dr. Kampf scheidet ein Abgeordneter aus, der der Bürgerschaft über 21 Jahre angehört hat und somit zu den langjährigen Mitgliedern zählte. Vor seiner Wahl in die Bürgerschaft war er bereits vier Jahre Deputierter der Gesundheitsbehörde. Seine Interessenschwerpunkte lassen sich auch daraus ablesen, daß er bereits ...

(Aus einer der Bürgerschaftslogen wird ein Transparent entrollt; es werden von dort Flugblätter ins Plenum geworfen und Zurufe skandiert)

Ich fordere Sie auf: Rollen Sie sofort dieses Transparent zusammen, hören Sie sofort auf, in den Saal zu reden, und verlassen Sie den Raum, anderenfalls bin ich leider gezwungen, Sie entfernen zu lassen. –

(Das Transparent wird nicht entfernt, die Zurufe hören nicht auf)

B Ich bitte die Ratsdiener, die Störer zu entfernen, und die Polizei, die Personalien der Störer aufzunehmen. Ich stelle fest, daß die Sitzung gestört ist, und unterbreche sie für den Zeitraum der Störung.

Unterbrechung: 15.04 Uhr

Wiederbeginn: 15.05 Uhr

Präsidentin Ute Pape: Meine Damen und Herren, die Störung ist beendet, und ich fahre fort.

Herr Dr. Kampf ist immer im Bereich der Gesundheitspolitik tätig gewesen. Seine Interessenschwerpunkte lassen sich auch daraus ablesen, daß er bereits 1978 Mitglied im Gesundheitsausschuß und im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung wurde. Diese Mitgliedschaften behielt er bis zu seinem Ausscheiden aus der Bürgerschaft bei. In beiden Ausschüssen bekleidete er das Amt des Schriftführers; im Gesundheitsausschuß über zehn Jahre und im Wissenschaftsausschuß seit dieser Wahlperiode.

Neben den genannten Fachausschüssen gehörte er auch zwei Untersuchungsausschüssen an, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß „Orthopädie AK Barmbek“ als Vorsitzender. In der Enquete-Kommission „Drogen“ wirkte er als deren Schriftführer mit. Die Bürgerschaft dankt Herrn Dr. Kampf für die geleistete Arbeit. Er hat sich für das Gemeinwohl Hamburgs verdient gemacht. Herzlichen Dank und alles Gute weiterhin.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters ist auf der Liste der CDU Frau Vera Jürs nachgerückt. Frau Jürs, ich begrüße

Sie sehr herzlich in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Freude an der neuen Arbeit. **C**

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Meine Damen und Herren, last, but not least haben wir auch ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Ganz herzliche Glückwünsche gelten heute meiner geschätzten Vorgängerin, der Abgeordneten Frau Elisabeth Kiausch. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Nun folgt eine Bemerkung zur Tagesordnung. In Abstimmung zwischen den Fraktionen wurde die Tagesordnung um die Punkte 2a und b ergänzt. Die dazugehörigen Unterlagen sind Ihnen zugegangen.

Wir kommen jetzt zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Chancen zur Integration: Das neue Staatsangehörigkeitsrecht

von der CDU-Fraktion

Pflegenotstand in Hamburg

sowie von der GAL-Fraktion

Kanthers Vermächtnis

Ich rufe zunächst das von der SPD angemeldete Thema auf und frage: Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Frau Brinkmann.

Petra Brinkmann SPD:* Frau Präsidentin, gestatten Sie mir zunächst außerhalb der Tagesordnung und außerhalb meiner Redezeit eine wichtige Bemerkung. Sie haben ganz richtig gesagt, daß dies die erste Sitzung in dem neuen Jahrhundert ist. Es ist die erste Sitzung in diesem Jahrhundert, die von einer Frau geleitet wird, und die Debatte wird von einer Frau eröffnet. Ich denke, die Zeiten haben sich geändert. **D**

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL – Karl-Heinz Ehlers CDU: Das fängt ja gut an!)

Ich kann den Männern nur zurufen: Die Frauen sind da. Wir brauchen nicht mehr zu kommen.

Nun zur Debatte. Ein dreiundvierzigjähriger asyلبerechtigter Iraner lebt seit 1980, also seit 20 Jahren, in Hamburg. Nach einem Studium in Deutschland ist er integriert und jetzt berufstätig und hat seit 1993 zum ersten Mal die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. Da die iranische Botschaft keine Entlassung aus der iranischen Staatsbürgerschaft signalisieren konnte, wurde der Antrag immer wieder abgelehnt. Der Iraner stellte frustriert und enttäuscht seine Bemühungen ein. Vor 19 Tagen hatten wir den 1. Januar 2000; in der nächsten Woche wird dieser Mann eingebürgert.

Ein anderes Beispiel. Immer wieder mußte sich der Eingabenausschuß mit nichterteilten Genehmigungen für Auslandsreisen für Schülerinnen und Schüler asyلبerechtigter ausländischer Eltern befassen. Dieses Problem wird es in absehbarer Zeit nicht mehr geben. Wie ist das möglich?

Seit dem 1. Januar 2000 haben wir in Deutschland dank der Koalitionsregierung der SPD und der Grünen ein neues

(Petra Brinkmann SPD)

- A Staatsbürgerrecht. Nach fast 100 Jahren, nämlich seit 1913, ist das die größte Gesetzesänderung, die in diesem Bereich stattgefunden hat. Der letzte Innenminister und gewesene Ministerpräsident von Hessen, Herr Kanther, hat in seinen Regierungserklärungen zweimal die längst überfälligen Reformen angekündigt und versprochen, doch umgesetzt hat er nie etwas.

Erstmals tritt heute neben das Jus sanguinis das Jus soli, das heißt, daß neben dem Abstammungsprinzip der Geburtsort eine entscheidende Rolle spielt. Das ist ein Prozeß, der unumkehrbar ist. Ausländer und Ausländerinnen, die einen rechtlich gesicherten Mindestaufenthalt von acht Jahren nachweisen können, können zukünftig ihre Einbürgerung beantragen; bisher war ein Mindestaufenthalt von 15 Jahren die Voraussetzung.

Eine Bedingung für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ist allerdings geblieben: Die ursprüngliche Staatsbürgerschaft muß grundsätzlich aufgegeben werden. Nach Paragraph 87 Absatz 1 Ausländergesetz ist die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit allerdings dann gegeben, wenn der Antragsteller oder die Antragstellerin keine Chance auf eine Entlassung aus der ersten Staatsbürgerschaft hat. Damit bin ich wieder bei meinem Beispiel, dem Iraner, dessen Lebenssituation ich eingangs geschildert hatte.

Was hat dieser Mensch nun von seiner neuen Staatsbürgerschaft? Zunächst einmal ist er allen Deutschen gleichgestellt. Er kann zukünftig wählen und gewählt werden, und ich denke, für einen politisch interessierten Menschen ist das ein wichtiges Argument. Er wird zukünftig weniger Probleme an den Grenzen oder bei Paßkontrollen haben. Eine automatische gesellschaftliche Integration wird allerdings durch diesen neuen Paß nicht mitgegeben. Hierzu sind natürlich auch wir Deutsche gefragt. Wir tun gut daran, an dieser Frage konstruktiv zu arbeiten. Wir dürfen nicht zulassen, daß es künftig zweierlei Gruppen von Deutschen in Hamburg gibt, die einen, die deutsch sprechen, und die anderen, die sich nur türkisch oder iranisch verständigen können.

B

(Dietrich Wersich CDU: Persisch!)

Ein zentrales Element für die Integration ist die Sprache. Wir müssen zukünftig noch gezielter Kurse anbieten, denn die Integration ist bisher nur bei denen gelungen, die eine gute Schul- und Berufsausbildung oder ein Studium und damit einen Platz in dieser Gesellschaft gefunden haben.

16 Prozent der hamburgischen Bevölkerung sind zur Zeit Ausländer, und täglich werden es in den Kreißsälen mehr. Es war kein Zufall, daß das erste Kind, das in diesem Jahrhundert in Hamburg geboren wurde, ein Kind türkischer Eltern mit deutschem Paß ist. Die in den letzten zehn Jahren hier geborenen Kinder, die einen Elternteil haben, der seit drei Jahren über einen unbefristeten Aufenthalt in Deutschland verfügt, sind zunächst Deutsche. Zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr müssen sich diese Kinder für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, daß es etwa in zehn Jahren, wenn die ersten Entscheidungen anstehen, für diese Kinder keine Probleme gibt. Die Lösung muß entweder eine stattgefunden Integration oder die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Professor Dr. Karpen.

Dr. Ulrich Karpen CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir sehr schwer, als rechtspolitischer Sprecher für meine Fraktion zu einem staatsrechtlichen Thema heute die erste Debatte zu führen. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands hat den demokratischen Rechtsstaat mit aufgebaut. Einer seiner Pfeiler ist die Geltung des Rechts für jedermann und die Rechtsbindung allen politischen Handelns. Es gibt keine rechtsfreien Räume.

(Rolf Kruse CDU: Sehr wahr!)

Das Vertrauen der Bürger in die Gesetzestreue und Aufrichtigkeit von Mitgliedern meiner Partei ist selbstverschuldet schwer erschüttert worden. Wir haben an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Das wird jetzt rückhaltlos aufgeklärt, und erste Folgerungen sind gezogen. Es wird Vorsorge getroffen werden, daß sich die Rechtsbrüche nicht wiederholen. Wir werden alles tun,

(Antje Möller GAL: Thema!)

daß wir in den Augen der Bürger und auch in Ihren Augen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Anerkennung und Verlässlichkeit zurückgewinnen. An diesen Maßstäben wollen wir unsere politische Arbeit auch hier in der Bürgerschaft messen lassen. Die Sacharbeit, meine Damen und Herren, duldet keinen Aufschub.

(Antje Möller GAL: Genau!)

Die Integration der Ausländer hier in der Stadt ist notwendig, und wir müssen sie mit allen Mitteln fördern. Wir alle erkennen an, daß es immer mehr unumkehrbare Zuwanderungsfälle gibt und daß es auch aus demographischen Gründen notwendig und erwünscht ist, daß wir unsere ausländischen Mitbürger zu wirklichen Mitbürgern machen. Wir wollen sie eingliedern.

Wenn man sich über das Ziel einig ist, kann man sich über die Mittel leichter streiten. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß das gesamte rechtliche Instrumentarium, das Frau Brinkmann uns vorgeführt hat, wie Einbürgerung, doppelte Staatsbürgerschaft oder die Verkürzung der Antragsfristen, von zweitrangiger Bedeutung ist. Das Recht kann die notwendige Integration nicht bewirken, kaum erleichtern.

(Antje Möller GAL: Ja, dann tragen Sie doch etwas dazu bei!)

Die Ausländer in Hamburg sind noch ausgegrenzt, das ist keine Frage. 15 Prozent unserer Mitbürger sind Ausländer, aber 35 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind Ausländer. 30 Prozent Deutsche haben keinen Hauptschulabschluß, aber 53 Prozent der Ausländer. Wir haben 10 Prozent Arbeitslosigkeit, aber 23 Prozent der Ausländer sind arbeitslos. Ein Drittel der jungen eingeschulten Ausländer sprechen kein Deutsch. Wir verschließen auch nicht die Augen davor, daß schon Parallelgesellschaften, Ausländerquartiere entstehen. Auf der Veddel wohnen 70 Prozent Ausländer, in Wilhelmsburg 40 Prozent. Wir werfen dem Senat vor, daß er die primär wichtigen Aufgaben der Ausländereingliederung schleifen läßt und sich zu sehr auf die vielleicht wählerwirksamen, aber inhaltlich doch eher zweitrangigen Rechtsfragen gestürzt hat. In erster Linie geht es doch darum, junge Ausländer in Schule und Arbeit zu bringen, und dabei ist es ganz wichtig, den Sprachunterricht zu intensivieren. Ferner muß man an den Religionsunterricht denken. Ausländische Unternehmen, gerade kleine und mittlere, müssen in die deutsche Wirtschaftsstruktur eingegliedert werden.

C

D

(Dr. Ulrich Karpen CDU)

- A Vor allem müssen wir die Entstehung von Parallelgesellschaften verhindern. Es darf keine einseitige Anpassung gefordert werden. Wir müssen, Deutsche wie Ausländer, aufeinander zugehen. Ein gemeinsames kulturelles Fundament kann nur durch Toleranz und Anerkennung der Verschiedenartigkeit der deutschen und ausländischen Kulturen entstehen. Wir tragen einige Elemente des neuen Staatsangehörigkeitsrechts mit, sind aber der Auffassung, daß die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft am Ende und nicht am Anfang der Eingliederung steht. Erledigen wir doch zunächst gemeinsam die vordringlichen Aufgaben. – Vielen Dank.

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Professor Karpen, ich kann nur sagen: nichts dazugelernt. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht und die Aktuelle Stunde sind willkommene Anlässe für einen migrationspolitischen Aufbruch in dieser Stadt. Sie geben nämlich Anlaß für ein deutliches Signal gegen eine kleinbürgerliche spießige Abschottung. Das Tor zur Welt ist der Hafen, und es sind sicherlich auch die Fußballer, die kommen, aber das Tor zur Welt ist eben auch die Vielfalt als Teil der Gesellschaft zuzulassen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die erleichterte Einbürgerung ist auch eine Absage an all die Kampagnen, die wir leidvoll in Hessen erlebt haben, und noch bitterer, wie sie finanziert wurden. Sie betrifft Menschen in dieser Stadt, die hoffentlich bald nicht mehr ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger heißen. Diese Bezeichnung war schon immer falsch, denn diesen Menschen sind die staatlichen Rechte vorenthalten worden.

B

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die längst überfällige Reform, weg vom Jus sanguinis, zumindest zu einem modifizierten Jus soli, bringt uns auch eine weitere Öffnung in kultureller Hinsicht.

In diesem Zusammenhang will ich ein kleines Beispiel von zahllosen nennen, nämlich den Kalender, der aus dem Büro der Ausländerbeauftragten zur Zeit an die vielen Einrichtungen dieser Stadt wie Schulen und Kindergärten geht. Er macht deutlich, daß unser Jahresablauf, unser Schulleben nicht nur von Ostern und Weihnachten bestimmt wird.

Die Kampagnenarbeit der Ausländerbeauftragten ist für die erleichterte Einbürgerung ein ausgezeichnetes Aushängeschild für diese Stadt. Sie wird nämlich Bewegung in die Köpfe bringen, gerade da, wo sie strukturell in die Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen geht. Diesbezüglich macht Hamburg wirklich Schule, gleichnamig wie die Zeitung der Schulbehörde, in der die Grundschullehrerinnen und die Eltern derjenigen, die Kinder von null bis zehn Jahre haben, in verschiedenen Sprachen aufgefordert werden, diese erleichterte Einbürgerung wahrzunehmen.

Im letzten DGB-Informationsblatt war zur Migration sehr schön zu lesen: „Mit Zahnsperre und Doppelpaß.“ Als Schulpolitikerin und Lehrerin kann ich Ihnen nur bestätigen, daß ich es als eine Wohltat empfinde, daß dieses neue Einbürgerungsrecht Kindern und Jugendlichen endlich entsprechende Möglichkeiten und Rechte gibt.

(Wolfgang Beuß CDU: Was hat das mit einer Zahnsperre zu tun?)

Eines wird am Ende des Jahres 2000 anders sein: 100 000 Kinder werden vermutlich mit dem neuen Paß hier leben. Sie werden sich zwar zu diesem Zeitpunkt noch eher mit dem Beißring beschäftigen, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, aber spätestens in der Schule, in der Ausbildung oder bei Reisen ins Ausland werden sie merken, daß sie nicht nur die Pflichten, sondern endlich auch die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.

C

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die Einbürgerung ist aber nur ein Schritt von vielen. Diskriminierung und Rassismus macht vor dem deutschen Paß nicht halt, das ist uns allen bekannt.

(Beifall bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Es ist deshalb weiterhin ein großes Maß an Dialog, an Antidiskriminierungsarbeit und Akzeptanzwerbung und an Integrationspolitik nötig. Wir müssen uns fragen, welche politischen Ziele und Leitlinien der Migrationspolitik wir in dieser Stadt verfolgen. Wir werden uns immer wieder zu fragen haben – da nützt auch der Paß nichts –, welches Gesicht sich unsere Stadt gibt.

Trotzdem bin ich davon überzeugt, daß die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zu Veränderungen in allen Lebensbereichen führen wird. Ich glaube, daß wir uns noch gar nicht bewußtmachen, wie das Ausmaß der Veränderungen sein wird. Die erleichterte Einbürgerung wird auf jeden Fall die Normalität der Einwanderung sichtbar machen, und das ist überfällig. Diesen Prozeß sollten wir alle aktiv und konstruktiv unterstützen. In diesem Sinne wünsche ich mir, daß auch wir Bürgerschaftsabgeordnete uns zu Schirmherren dieser Kampagne für die erleichterte Einbürgerung machen. – Danke.

D

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde, daß Herr Karpen auf einen sehr richtigen Punkt hingewiesen hat, weil tatsächlich kein Mitglied der CDU nach diesem Staatsangehörigkeitsrecht die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen könnte.

(Ole von Beust CDU: So ein Quatsch!)

Warum das so ist, will ich Ihnen an zwei Punkten erklären, vielleicht erhellt das etwas.

CDU-Mitglieder sind bekanntlich Mitglieder einer Partei, bei denen nahezu täglich deutlich wird, was sie von der Freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Verfassung, halten und in der Vergangenheit gehalten haben: Wenn es dem eigenen finanziellen Vorteil dient, relativ wenig. Sie wissen, daß dieses glaubhafte Bekenntnis eines jeden zu dieser freiheitlich demokratischen Grundordnung bekanntlich eine Voraussetzung für den Erwerb der Staatsangehörigkeit ist.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sie sind doch nicht ganz dicht!)

Ähnlich verhält es sich auch mit dem Verständlichmachen in der Landessprache. Seit Wochen habe ich das Gefühl, daß CDU-Mitglieder kaum in der Lage sind, die Sprache aller Menschen um sie herum zu verstehen

(Antje Möller GAL: Das ist doch kein Kriterium!)

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A und umgekehrt. Wenn CDU-Mitglieder einen Zeitungsartikel der letzten Wochen zusammenfassen und dazu öffentlich Stellung nehmen sollen, sagen sie fast jeden Tag aufs neue die gleichen Sätze: „Damit habe ich nichts zu tun, und ich habe ehrlich gesagt auch nichts davon gewußt.“ „Die Unregelmäßigkeiten sind jetzt alle offengelegt.“ Diese Sätze verstehen tatsächlich nur CDU-Mitglieder, alle anderen verstehen sie nicht mehr.

Das macht die Absurdität, die darin steckt, deutlich. Auf der rechten Seite dieses Hauses sitzen Leute, deren Partei Einbürgerungsbedingungen aufgestellt hat, von deren Erfüllung sie selbst meilenweit entfernt sind. Sie haben das Land mit einer Schmutzkampagne gegen ein fortschrittlicheres Einbürgerungsrecht überzogen und enthalten damit Menschen grundlegende Bürgerrechte vor. Die schlimmsten, die hessischen Hauptpropagandisten haben diese Kampagne wahrscheinlich auch noch mit Geld finanziert, das sie vor Jahren illegal auf Auslandskonten verschoben haben.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Wenn nun Rotgrün Neuwahlen in Hessen fordert, mit dem Verweis auf den CDU-Wahlkampf, mit dem, so sagt Finanzminister Eichel, die Menschen betrogen worden seien, dann fehlt in dieser Forderung die wichtigste Konkretisierung: Der CDU-Wahlkampf hatte ein zentrales Thema, nämlich das Staatsangehörigkeitsrecht und die fiese Kampagne dagegen. Deshalb geht es um Neuwahlen. Vielmehr geht es aber noch um das politische Versprechen von Rotgrün, das nach wie vor unzureichende Einbürgerungsrecht entscheidend zu verbessern; nur beides zusammen ist folgerichtig.

- B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Schon die ersten Wochen mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht haben gezeigt, daß es bei weitem nicht den Andrang von Migrantinnen gab, mit denen gerechnet wurde. Die Voraussetzungen zur Einbürgerung sind insbesondere für die Älteren unter ihnen nur schwer zu erfüllen. Dagegen kann leider auch die mutigste und offensivste Kampagne der Ausländerbeauftragten nichts ausrichten. Deshalb geht es beim Staatsangehörigkeitsrecht um Nachbesserungen. Aber es geht auch um etwas anderes, nämlich darum, daß Menschen gut behandelt und mit gleichen sozialen und politischen Rechten ausgestattet werden, auch wenn sie keinen deutschen Paß besitzen; all das geht.

Jenseits des Staatsangehörigkeitsrechts gibt es also eine Menge Möglichkeiten der faktischen Gleichstellung. Statt dessen gibt es für Migrantinnen und Flüchtlinge eine Menge Sondergesetze und Bestimmungen, die ihren Ausschluß von der gleichen Teilhabe an dieser Gesellschaft zementieren: im Arbeitsrecht, beim Wohnen, in der Schule, in der Ausbildung sowie massenhaft Schikanen in ausländerrechtlichen Bestimmungen, deren Handhabung immer auch Spielräume für landespolitisches Handeln offen läßt.

Deshalb ist die Kampagne der Ausländerbeauftragten, über die wir uns freuen, auch ein Maßstab für Hamburger Handeln. Hamburg braucht endlich eine aktive Förderpolitik für Migrantinnen. Hamburg braucht wirksame Antidiskriminierungsmaßnahmen, und es braucht ein liberales und humanes Verwaltungshandeln gegenüber allen Migrantinnen und Flüchtlingen. Diesbezüglich haben sich der Senat und die Regierungsfractionen noch nicht allzusehr mit Ruhm bekleckert.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Damit dies vielleicht irgendwann noch einmal anders wird, wollen wir durch unseren Antrag auf Einrichtung eines Ausschusses für Migrations- und Flüchtlingspolitik nachhelfen. Mehr dazu später. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Integrationspolitik ist eine politische Gestaltungsaufgabe, die sich uns für die nächsten Jahrzehnte stellt; ich könnte auch ohne zu übertreiben sagen, für das nächste Jahrhundert; und das gleich in mehrfacher Hinsicht.

Wir müssen einerseits die materiellen, die faktischen Voraussetzungen für Integration verbessern. Wir müssen, wie der ehemalige Ausländerbeauftragte Günter Apel es gesagt hatte, den gesellschaftlichen Grundwertekonsens Schritt für Schritt voranbringen. Ferner müssen wir, um die eigene Bevölkerung weiter dabeizubehalten, den Ordnungsrahmen für das Ausländerrecht wahren und die Chancen nutzen, die das neue Staatsangehörigkeitsrecht uns bietet; wir müssen die neuen Möglichkeiten ausschöpfen. Insofern begrüße auch ich die Informationsoffensive der Ausländerbeauftragten, die übrigens vom Einwohner-Zentralamt gleichermaßen mitgetragen wird.

Meine Damen und Herren, vor einem Jahr haben wir hier über das Staatsangehörigkeitsrecht diskutiert, und ich möchte daran erinnern, daß ich mit den damaligen Regelungen nicht so besonders einverstanden war, weil sie mir nicht weit genug gingen. Inzwischen habe ich allerdings meinen Frieden mit dieser Regelung gemacht, und zwar nach einem Gespräch mit Herrn Apel, der mich noch einmal besonders darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Einführung des Jus soli, nämlich des Geburtsortsprinzips, ein wirklicher materiell-struktureller Fortschritt ist, dessen Wirkung wir nicht unterschätzen sollten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir arbeiten derzeit an der Umsetzung von Verwaltungsvorschriften. Hierzu möchte ich meinen Kollegen von der CDU noch einmal sagen: Wir werden es nicht zulassen, daß die jetzt über zwei Bundesländer getroffenen Regelungen, nämlich Bayern und Baden-Württemberg, wieder eingeengt werden. Wir haben gerade die Verwaltungsvorschriften des Bundesrates wieder von der Tagesordnung genommen, um sicherzustellen, daß der von den Staatssekretären erzielte Kompromiß gewahrt wird. Wir werden also unser wachsames Auge darauf richten, daß wir die Bewegungsmöglichkeiten, die wir haben, erhalten. Diese Bewegungsmöglichkeiten bestehen für die Länder zum Beispiel hinsichtlich der Frage des Nachweises von Sprachkenntnissen oder auch bei der Ausnahme von der Vermeidung von Mehrstaatlichkeit.

Wenn wir auf die Verhältnisse in unserer Stadt sehen, stellen wir fest, daß rund 195 000 ausländische Mitbürgerinnen mit mindestens achtjähriger Aufenthaltsdauer in Hamburg leben. Das sind 67 000 mehr als vor dieser Reform. Wir sehen also, wie sich das Potential entwickelt hat. Wir haben im Einwohner-Zentralamt durch die Einstellung von sieben Mitarbeitern Vorsorge getroffen, und ich darf berichten, daß wir seit der zweiten Januarwoche eine wirkliche Aktivität unserer ausländischen Bürger feststellen können, die Einbürgerungsanträge stellen. Bis gestern, Dienstag, dem 18.

(Senator Hartmuth Wrocklage)

A Januar 2000, sind rund 400 Anträge gestellt worden. Im gesamten Januar des Vorjahres waren es etwa 500.

Wir haben eine Entwicklung vor uns, die wir konstruktiv begleiten wollen. Wir müssen weiter informieren und um unsere ausländischen Bürger werben. Wir sind auf einem guten Weg, denn das Einwohner-Zentralamt ist darauf ausgerichtet, die ausländischen Bürger in Richtung auf eine effektive Einbürgerung zu beraten. Ich weiß, was für unsere Städte beim Thema Integration auf dem Spiel steht. Diese Aufgabe müssen wir mit Ernsthaftigkeit angehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Pumm.

Erhard Pumm SPD: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Die heutigen Aussagen von Herrn Professor Karpen waren enttäuschend. Sie haben keinen Weg für die Integrationspolitik aufgezeigt.

(Dr. Ulrich Karpen CDU: Ich habe sechs Punkte erwähnt!)

Die Fortsetzung der Regierungspolitik Kohl ist nicht zukunftsfähig.

In einer Stadt mit 270 000 Ausländern und einer großen Zahl von Menschen, deren Urgroßväter eingewandert sind, haben wir nach wie vor die Situation, daß diese Menschen immer noch Ausländer sind. Wenn wir keine Parallelgesellschaft wollen, müssen wir politisch handeln. Wir Deutsche müssen das Signal geben, daß die Ausländer, die hier dauerhaft mit festem Wohnsitz in dieser Stadt leben, alle deutsche Staatsbürger werden sollen. Dieses Signal geht von dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht der Bundesregierung aus und ist angelehnt an das Staatsangehörigkeitsrecht der meisten europäischen Länder. Damit geben wir auch den Weg frei für einen Schritt zur weiteren Integration innerhalb der Europäischen Union.

B

Herr Dr. Karpen hat eine Reihe von Argumenten aufgeführt, mit denen wir uns auseinandersetzen sollten. Er sagte zum Beispiel, daß der Anteil der jungen Ausländer ohne Hauptschulabschluß wesentlich höher sei als bei den Deutschen. Das stimmt. Außerdem sagte er, daß sehr viele Ausländer in benachteiligten Stadtteilen wohnen würden. Auch das stimmt. Es stimmt auch, daß mehr Ausländer arbeitslos sind als Deutsche. Das kann doch nur bedeuten, daß wir uns bemühen müssen, diese Situation zu ändern. Viele Ihrer Argumente sind nicht gegen die Integration und Einbürgerung gerichtet, sondern sie verdeutlichen ein soziales Problem. In Wilhelmsburg leben andere Bürger als in Nienstedten. Es ist ein Problem von Arm und Reich, von Bildung, weniger Bildung. Deswegen müssen wir in unserem gemeinsamen Interesse und im Interesse der Zukunftsfähigkeit der Stadt alles tun, daß in den nächsten Jahren viele Ausländer, die schon lange Inländer sind, deutsche Staatsbürger werden. Sie müssen von uns das Signal erhalten, daß die Gesellschaft sie als deutsche Staatsbürger auch will! Wenn wir dieses Signal geben, leiten wir den Prozeß ein, die sich entwickelnde Parallelgesellschaft zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Wird zu diesem Thema noch das Wort gewünscht? –

(Dr. Roland Salchow CDU: Nach Herrn Pumm erübrigt sich das!)

C

Herr Erdem, bitte schön.

Mahmut Erdem GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich habe ich diese Kleidung bewußt angezogen, um zu zeigen, daß ich eingebürgert worden bin. Ich mußte mich an die deutsche Gesellschaft gewandt haben, um in den Genuß der Reichs- und Staatsangehörigkeit zu kommen. Viele Emigranten müssen dies auch nach dem neuen Gesetz tun, um den Bundesadler zu verdienen. Sie werden sich natürlich diesen Bundesadler verdienen, aber es ist wichtig, einiges dazu zu sagen.

Wir haben es nach 87 Jahren geschafft, dieses Gesetz zu ändern. Damals haben die Sozialdemokraten gefordert, daß die hier im Reich lebenden und arbeitenden Emigranten eingebürgert werden. Das möchte ich nicht weiter ausführen, weil ich nur kurz reden kann.

Es ist wichtig, daß das alte Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz nunmehr Geschichte ist und daß seit dem 1. Januar 2000 dieses Gesetz

(Papier zerreißend – Dr. Holger Christier SPD: War das das alte?)

im Mülleimer der Geschichte landet. Für viele Emigranten ist es wichtig, daß sie ein Signal der Akzeptanz erhalten haben. Frau Goetsch und Herr Pumm haben einiges dazu gesagt. Ich möchte mich deshalb nicht wiederholen. Aber für uns Emigranten ist es wichtig, nicht als Bittsteller dazustehen, sondern wir erwarten von der Mehrheitsgesellschaft, daß sie ihrerseits auf uns zukommt, damit wir sozialpolitisch integriert werden.

Eine sozialpolitische Integration kann nur erfolgen, Herr Karpen, wenn eine rechtliche Gleichstellung der Emigranten erfolgt, die – so hoffe ich – seit dem 1. Januar 2000 hoffentlich erreicht wird. Insbesondere die hier geborenen Kinder werden unweigerlich eine doppelte Staatsbürgerschaft erhalten, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Kinder, die das zehnte Lebensjahr noch nicht erreicht haben, werden sie ebenfalls bekommen. Das ist wichtig und richtig. Es ist der Durchbruch zur Erlangung der doppelten Staatsbürgerschaft. Ich hoffe, daß in Zukunft auch Emigranten von diesem Recht mehr und in vielfältiger Form Gebrauch machen.

D

Zum Schluß meiner Rede möchte ich Frau Brinkmann ansprechen. Sie sagten, daß die erste Rede im Parlament in diesem Jahr von einer Frau eröffnet wurde. Ich wünsche mir für die nächsten Jahre, daß das Parlament mit der Rede von einer Emigrantin eröffnet wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit kommen wir zum nächsten, von der CDU-Fraktion angemeldeten Thema:

Pflegenotstand in Hamburg

Das Wort hat Frau Rudolph.

Eleonore Rudolph CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gerade vor einem Jahr wurden die Hamburger Sozialpolitiker durch die Häufung von Todesfällen bei Dekubitus aufgeschreckt. Dekubitus kann meistens durch sorgsame Pflege verhindert werden. Die Bürgerschaft reagierte darauf mit einer umfassenden Anhörung zur ambu-

(Eleonore Rudolph CDU)

A lanten und stationären Pflege am 29. März des vergangenen Jahres. Die Erwartungen der beteiligten Verbände und Pflegeeinrichtungen an uns waren sehr groß. Nach langen, zähen und erfolglosen Verhandlungen mit Pflegekassen und Sozialbehörde im Interesse der vielen Menschen, die auf angemessene und sorgfältige Pflege angewiesen sind, setzten Sie nun auf die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung. Sie hofften, daß wir wirklich eine Verbesserung der Pflegebedingungen durchsetzen würden.

Nach monatelangen Ausschußberatungen haben Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der GAL, mit Ihrem lächerlichen Antrag im Oktober letzten Jahres den Kredit der Bürgerschaft verspielt.

(Beifall bei der CDU)

Die konkreten Forderungen der CDU waren Ihnen nicht einmal eine erneute Ausschußberatung wert. Wenn Sie die damaligen kritischen Stellungnahmen und Hilferufe ernst genommen hätten, dann gäbe es die derzeitige öffentliche Diskussion über die Pflege nicht, die vor allem den pflegebedürftigen Menschen zusetzt und bei ihnen Unruhe und Unsicherheit hervorruft.

Ich habe den Eindruck, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, daß Sie Ihre Rolle verwechseln, denn Sie regieren nicht. Wann sind Sie einmal mutig genug, gravierende Fehler des Senats zu korrigieren, wenn es insbesondere um alte und kranke Menschen geht?

(Uwe Grund SPD: Reden Sie doch mal zur Sache!)

– Das ist die Sache, Herr Grund. Wir haben sie nämlich im Oktober hier diskutiert. Ihr Antrag war so pflaumenweich und nur als Prüfantrag deklariert; er hat nichts zur Sache gesagt und keinerlei konkrete Konsequenzen aus den halb-jährigen Beratungen und Anhörungen gezogen. Darum ist jetzt wieder die Diskussion so laut geworden.

B

(Ole von Beust CDU: Richtig!)

Worum geht es denn? Es geht darum, daß von den Einsparungen durch die Pflegeversicherung in Höhe von 250 Millionen DM in der Sozialhilfe endlich Geld für eine verbesserte Pflege abgezweigt wird, damit nicht alle Ersparnisse in den Haushalt fließen.

(Beifall bei der CDU)

Nicht einmal der gesetzliche Teil für Investitionen fließt von diesen 250 Millionen DM ab. In der stationären Pflege der Heime bedeutet das, daß der Personalschlüssel angehoben werden mußte. Die Pflegeversicherung gibt der ambulanten Pflege Vorrang vor der stationären Pflege, das ist uns allen auch wichtig und wird von uns unterstützt. Es bedeutet aber auch, daß die älteren Menschen in einem Zustand in das Heim kommen, in dem sie schon sehr intensive Pflege benötigen. Das erfordert ein Mehr an Personal. Die Hamburger Pflegegesellschaft fordert seit 1998 dreieinhalb Minuten mehr an Pflegezeit für die Heimbewohner. Das hört sich für uns lächerlich an, aber es bringt auf 100 Heimbewohner insgesamt zwei zusätzliche Pflegekräfte, die dringend erforderlich sind. Der Pflegesatz würde sich dann um zusätzliche 3,50 DM pro Tag erhöhen. Dieser Betrag muß aus den vorgenannten Ersparnissen möglich sein.

In der ambulanten Pflege geht es um den Ausgleich für die seit 1995 erhöhten Kosten, die seitdem um 8,5 Prozent gestiegen, während die Beträge in der Pflegeversicherung gedeckelt sind. Diesen Ausgleich kann man nur über eine Er-

höhung der Punktwerte erreichen, wobei der Wert pro Punkt von 7,0 auf 7,6 Pfennig ansteigen würde. Das wäre dringend notwendig.

C

Herr Grund, ich fordere Sie hier zum wiederholten Male auf: Wenn Sie auf der einen Seite Tarifierungen fordern, dann sorgen Sie auch dafür, daß auf der anderen Seite solche Erhöhungen bezahlbar werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren! In Wahrheit ist es so, daß die Fraktionen in diesem Hause in sehr vielen Fällen durchaus einer Meinung sind, was in der Sache notwendig und sinnvoll ist. Deswegen halte ich es für völlig überflüssig – ich werde mich daran auch nicht beteiligen –, einen Parteienstreit zu inszenieren, um erneut in den Medien lesen zu können: Politik redet, und es geschieht nichts.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte die Ernsthaftigkeit, mit der sich dieses Parlament mit dem Thema auseinandergesetzt hat, noch einmal deutlich unterstreichen. Selbstverständlich widerspreche ich Frau Rudolph in der Sache. Unser Antrag, der sich in 21 Punkten mit sehr wichtigen Details der Qualitätssicherung der Pflege befaßt,

(Eleonore Rudolph CDU: Kein konkreter Handlungsantrag!)

ist in vielen Positionen deckungsgleich mit den Überlegungen fast aller Fraktionen in diesem Hause, auch denen von der CDU.

Es hat sich wirklich ernsthaft etwas getan. Ich verweise auf die Anstrengungen, dem Problem Dekubitus nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ nachzugehen. Es wird Geld dafür ausgegeben, um zu untersuchen, was getan werden kann, um dieses Problem zu vermeiden. Das ist eine gute und richtige Investition. Das eingerichtete Pflege-telefon wird lebhaft genutzt. Die kompetenten Berater nehmen Beschwerden entgegen, die bearbeitet werden und denen nachgegangen wird.

D

Nachweisbar ist es so, daß sich die Pflegebetriebe und Pflegeheime mit großem Engagement dem Thema Qualitätssicherung und Verbesserung der Pflegestruktur widmen, so daß sich die Dinge dort nach vorne bewegen. Das alles ist außergewöhnlich. Die CDU kritisiert – für mich völlig unverständlich – das Dementenprogramm, das der Senat aufgelegt hat. Dieses Programm ist in der Republik einmalig, Sie finden diese Qualität außer in Hamburg in keiner anderen Stadt dieses Landes wieder.

(Beifall bei der SPD – Eleonore Rudolph CDU: Warum ist dann dieser Aufschrei in der Stadt?)

Ich möchte an die erhebliche Lücke im Gesetz erinnern, daß Demenzerkrankte nicht ausreichend in der Pflegeversicherung abgedeckt sind. Sie von der CDU sind aber die Gestalter des Gesetzes gewesen. Ihre Bundesregierung hat maßgeblich dieses Gesetz zur Pflegeversicherung gestaltet. Wir möchten es reformieren. Lassen Sie uns doch gemeinsam die Kraft darauf verwenden, daß die Reformschritte nun auch wirklich gegangen werden. Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, daß es nicht sein kann, daß die Leistungen der Pflegeversicherung auf die Sätze eingefroren werden, wie sie gegenwärtig sind. Das ist schon deshalb nicht zulässig, weil sich die Beitragseinnah-

(Uwe Grund SPD)

- A men dynamisieren, sie entwickeln sich mit den Lohn- und Gehaltskosten in den Betrieben. Von daher muß unbedingt ein weiterer Schritt erfolgen.

Ich halte es für notwendig – das darf man bei der Diskussion nicht vergessen –, deutlich darauf hinzuweisen, daß diejenigen, die sich zu dem Thema öffentlich äußern, in der Regel knallharte wirtschaftliche Interessen verfolgen. Es ist schwierig, wenn ein Parlament versucht, der Exekutive, die in freien Verhandlungen mit den Einrichtungen klarkommen muß, den Bleistift oder den Füller zu führen. Das kann nicht gutgehen. Hier muß es klare Aufgabentrennungen geben.

Ich habe zu meiner Überraschung gehört, daß die CDU notfalls auch eine Anhebung der Versicherungsbeiträge zur Pflegeversicherung akzeptiert. Das bedeutet eine Steigerung der Lohnnebenkosten. Wer will das heute in der Öffentlichkeit verantworten? Ich möchte gern wissen, ob die CDU wirklich bundesweit dafür eintritt, daß wir mit der Anhebung der Beiträge zur Pflegeversicherung die Lohnnebenkosten weiter erhöhen. Diese Frage möchte ich gern beantwortet wissen.

(Dietrich Wersich CDU: Es war doch im Bundesrat! Das ist doch nichts Neues! Da liegen klare Aussagen vor!)

Die CDU dreht sich, wenn es um diese Fragen geht, wie eine Fahne im Wind. Die Haushaltspolitiker der CDU jammern über die hohen Staatsausgaben und beschweren sich insbesondere über zu hohe Sozialhilfeleistungen. Die Sozialpolitiker wiederum erklären uns ständig, daß das mit der Einführung der Pflegeversicherung eingesparte Geld an anderer Stelle ausgegeben werden müsse. Wie hätten Sie es denn gern?

- B (Antje Blumenthal CDU: Wie es im Gesetz steht!)

Ihre Argumente verändern sich so wie die Fahne im Wind und wie Sie sie gern in den Medien sehen würden. Das ist eine unredliche Politik;

(Beifall bei der SPD)

sie ist unseriös und auch nicht zu verantworten. Sie erwecken hier den Eindruck, als wenn die Stadt im Geld schwimmen würde. Die Sozialhilfeleistungen aus der Pflegeversicherung haben Hamburg und viele andere Gemeinden an die Grenze der Zahlungsfähigkeit gebracht; das ist die Realität. Damit es Ihnen klar ist: Im Jahre 1999 haben wir für die Pflege einschließlich der dazugehörigen Sozialhilfeleistungen tatsächlich 282 Millionen DM ausgegeben. Das ist die Obergrenze dessen, was machbar ist. Wer mehr verlangt, handelt unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GAL-Fraktion begrüßt, daß die Pflegekräfte die Mißstände in der Pflege und ihre Arbeitsüberlastung endlich offensiv benennen. Die Situation in der Pflege hat sich im letzten Jahr weiter verschlechtert. Es ist nicht übertrieben, angesichts der Personalknappheit von Pflegenotstand zu sprechen, der – legt man die Ansprüche einer sachgerechten Pflege zugrunde, die wir an die Pflegekräfte und Pflegebetriebe stellen und die sie auch an sich selbst haben – durchaus treffend bezeichnet ist. Frau Rudolph und Herr Grund haben schon ausgeführt, daß die letztjährigen Tarifsteigerungen in Höhe von 3,5 Prozent nicht durch eine entsprechende Erhöhung der Pflegesätze

kompensiert wurden. Das hat unweigerlich zu einem weiterhin verstärkten Druck auf das Personal, in Einzelfällen sogar zum Personalabbau geführt. Im ambulanten Bereich scheint der Punktwert eingefroren zu sein; das verschärft auch dort die Situation.

Es muß finanziell nachgebessert werden. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir dies erreichen können. Ich betone jedoch, daß es nicht allein ein Hamburger, sondern ein bundesweites Problem ist.

Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind miserabel; das wissen wir. Die Pflegekräfte leisten sehr viel für sehr wenig Geld und sehr wenig Anerkennung. Der Druck auf sie wird besonders im stationären Bereich dadurch weiter verstärkt, daß sich – das haben wir hier auch schon mehrfach diskutiert – die Situation in den Heimen zunehmend verschärft, weil die Menschen erst dann in ein Pflegeheim kommen, wenn die Pflege ambulant nicht mehr geleistet werden kann. Die Verweildauer in den Heimen wird immer kürzer; die Menschen kommen oft nur noch zum Sterben. Über die Hälfte der Heimbewohner sind demenzkrank, ein Drittel leidet an schweren Depressionen. Hier brauchen wir wirklich mehr Personal.

Wie wollen wir das finanziell hinkriegen? Die Bundes-Grünen in Berlin und auch die GAL-Fraktion in Hamburg sind der Meinung, daß wir eine weitere Steigerung der Lohnnebenkosten nicht hinnehmen können. Wir müssen hier eine Beitragsstabilität einhalten. Wir werden wohl nicht umhinkommen, darüber nachzudenken, inwieweit wir durch zusätzliche Leistungen aus Steuermitteln zu Verbesserungen kommen. Ich kann der CDU nicht zustimmen, die Einsparungen umlegen will. So einfach kann es nicht gehen.

(Eleonore Rudolph CDU: Einen Teil!)

Wir sehen, daß wir die Grenze schon erreicht haben. Wenn die Versicherungsgelder nicht ausreichen, um eine adäquate Pflege zu finanzieren, muß auch aus eigenem Vermögen nachgebessert werden. Meine klare Absage geht an den Vorschlag der CDU. Wir halten es für falsch, daß die Investitionskosten in den Heimen generell aus Steuermitteln gezahlt werden sollen. Es geht nicht anders, als daß bei Pflegebedürftigkeit auch zusätzlich zu den Versicherungsleistungen, die für viele Menschen und ihre Familien ein Segen sind, weiterhin eigenes Vermögen soweit vorhanden eingesetzt wird. Die Menschen, die kein eigenes Vermögen haben, haben einen Anspruch auf zusätzliche Sozialhilfeleistungen.

(Uwe Grund SPD: So ist es!)

Wir müssen eventuell auch in Hamburg darüber nachdenken, ob wir den Paragraphen 12 des Hamburgischen Landespflegegesetzes aufrechterhalten können, der vorsieht, daß die Investitionskosten für die Einrichtungen aus Steuermitteln finanziert werden. Es würde nämlich in den Fällen, die man aus eigenen Mitteln bezahlen müßte, Sozialhilfebedürftigkeit eintreten. Das kostet uns im Jahr 35 Millionen DM. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir eventuell einen Teil dieses Geldes dafür einsetzen, einen Sockelbetrag für Personal im Pflegebereich zu finanzieren.

Die Personalsituation in den Heimen scheint sich so zuspitz zu haben, daß inzwischen daran gedacht wird, Technik statt Menschen einzusetzen. Ich habe von Angehörigen schwerstemenzkranker Menschen in geschlossenen Stationen gehört, daß Videokameras installiert werden, um Stationen nachts durch diese Kameras zu überwachen, den Bereich abzuschließen und die Menschen sich selbst

C

D

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

- A zu überlassen. Wenn gesehen wird, daß sich dort irgendwas ereignet, wird eine Pflegekraft hingeschickt. Das läuft dann ähnlich wie auf einem unbewachten S-Bahnhof ab. Das ist nicht akzeptabel. Hier ist die Grenze erreicht. Wir müssen uns den Problemen stellen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Rudolph, es ist schön, daß eine Zustandsbeschreibung durch die CDU in diesen Tagen korrekt sein kann. Sie haben natürlich recht, denn immer mehr Menschen werden älter und brauchen intensive Hilfe bei ihrer Pflege. Das ist nicht neu. Neu ist, daß immer weniger die notwendigen Hilfen bekommen können. Beklagenswert sind oftmals auch die Umstände, mit denen die Menschen konfrontiert werden, wenn sie auf Hilfeleistungen angewiesen sind. Den Beschreibungen meiner Vorrednerinnen hierzu brauche ich nichts hinzuzufügen.

Ich sehe nicht, daß die genannten Umstände eine besondere Situation nicht nur für Hamburg darstellen, sondern auch in Städten wie Berlin, Bremen und in Städten in Baden-Württemberg ist es nicht anders. Alle Kommunen sind von den gleichen Rahmenbedingungen betroffen. Diese Richtlinien, meine Damen und Herren von der CDU, sind maßgeblich von einer CDU/F.D.P.-Regierung entwickelt worden. Sie stellen sich hier hin und zeigen in großer Geste mit den Fingern auf Rotgrün; Sie sollten aber nicht vergessen, daß drei Finger auf den eigentlichen Urheber dieser Mißstände zurückdeuten.

- B (Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke – Eleonore Rudolph CDU: Auch für Rotgrün hier in Hamburg ist noch eine Menge zu tun!)

Es macht zwar die Probleme nicht kleiner, aber es würde der Debatte dienen, wenn Sie sich dabei nicht so unmöglich aus dem selbst geöffneten Fenster lehnten. Ihr vor kurzem in einer Pressekonferenz vorgelegtes Bündel an Lösungsvorschlägen, das sich zufällig mit den Forderungen von Verbänden und sogar von Gewerkschaften deckt, ist nicht so schlecht. Aber Sie müssen dabei nicht solche Verrenkungen machen. Die Frage der notwendigen Veränderung der Leistungskomplexe, die zunehmende Bürokratisierung im ambulanten und stationären Bereich betreffen nicht immer Landeskompetenzen. Hier ist es notwendig, daß die Personalschlüssel den tatsächlichen Notwendigkeiten angepaßt werden, damit sich die Schere zwischen Bedarf und Möglichkeiten der Einrichtungen nicht weiter öffnet. Diese Forderungen sind immer richtig. Die Mißstände sind bei Menschen mit einer zusätzlichen Demenzerkrankung besonders deutlich geworden. Hier widerspricht niemand, wenn eine Ausweitung auch der Landesprogramme gefordert wird.

(Glocke)

Präsidentin Ute Pape (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Herr Jobs hat das Wort; bitte lassen Sie es ihm.

Lutz Jobs (fortfahrend): Solange das Demenzprogramm in diesem Land so langsam vorangeht, wird deutlich, daß sich an der tatsächlichen Situation vieler Menschen nichts ändert. Die Veränderungen können noch nicht einmal die zusätzlich entstandenen Probleme ausreichend lösen.

Es gibt viele Anforderungen von CDU und SPD an den Bund, die eine grundsätzliche Debatte über die Pflegeversicherung notwendig machen. Aber bis tatsächlich die notwendigen Verbesserungen gegen die schwerfällige Pflegeversicherung durchgesetzt werden können, liegt es an der Stadt Hamburg und anderen Gemeinden dieses Landes, die miesen Rahmenbedingungen so zu verändern, daß sie für eine Linderung der betroffenen Menschen sorgen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Abschließend möchte ich sagen, daß die Einsparungen der Leistungen durch die Pflegeversicherung nicht einfach im Hamburger Haushaltsloch verschwinden dürfen. Wenn ich die SPD in der letzten Zeit so gehört habe, bekomme ich tatsächlich den Eindruck, daß die Pflegeversicherung einzig installiert wurde, um die Haushalte der Kommunen zu entlasten.

(Uwe Grund SPD: Das ist Unsinn!)

Diese verbreiteten Aussagen sind unsinnig. Die Pflegeversicherung sollte die Pflege sichern und verbessern und die Kommunen nicht weiter belasten. Das schließt eine Kombination kommunaler Leistungen und denen der Pflegeversicherung ausdrücklich nicht aus.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Entsprechend plädiere ich dafür, daß der Hamburger Haushalt in diesem Sinne weiter dafür Sorge trägt, daß den auf Hilfe und Pflegeleistungen angewiesenen Menschen diese Leistungen tatsächlich gewährt werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Mir hat noch ein Problem in dieser Debatte gefehlt. Der Pflegebereich ist zunehmend marktwirtschaftlichen Kriterien unterworfen. Ein soziales Hilfesystem und die Regeln der Marktwirtschaft widersprechen sich geradezu. Wenn dies überhaupt miteinander möglich sein kann, dann doch nur mit scharfen Kontrollinstrumenten, damit Profit nicht zu Lasten der Hilfsleistungen dominiert. Diese scharfen Instrumente fehlen bisher und werden, wenn sie vorhanden sind, viel zu wenig eingesetzt.

Die Heimaufsicht, das ist mitunter nicht ganz irrelevant, ist Angelegenheit der Landesbehörden und der Bezirke.

(Glocke)

Hier kann Hamburg noch sehr viel mehr tun, wie auch sonst noch viel zu tun bleibt, damit sich die Situation von pflegebedürftigen Menschen in dieser Stadt verbessert. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Pflegebedürftig zu werden und zu sein ist ein Schicksalsschlag, der uns auch treffen kann. Von daher ist es wichtig, daß Menschen, die in Not geraten, auch Hilfe bekommen, ebenso wie ihre Angehörigen.

Wir haben in Hamburg zur Zeit 37 000 pflegebedürftige Menschen. Viele von ihnen, nämlich 42 Prozent, werden von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt. Das ist eine großartige Leistung, und deshalb gehört vor allen Dingen den Angehörigen Respekt, denn was sie leisten, ist für Hamburg, aber auch für die betroffenen Menschen Schwerstarbeit und geradezu wichtig und unerlässlich.

(Beifall bei der SPD)

(Senatorin Karin Roth)

A Wir haben darüber hinaus 8500 Fälle, die neben der Arbeit von Angehörigen von ambulanten Pflegediensten betreut werden. Diese 8500 Menschen werden von sage und schreibe 387 Pflegediensten versorgt. Das sind doppelt so viele Anbieter wie in Berlin, obwohl wir nur die Hälfte der Einwohner haben. Daraus resultiert folgendes: Es gibt einen zunehmend härteren Konkurrenzkampf innerhalb der ambulanten Pflegedienste, und es gibt einen Kampf um die Ausweitung von Leistungen. Das muß man sehen, wenn man sich über das Thema ambulante Pflegedienste unterhält. Von den 14 000 Menschen in den Pflegeheimen sind in der Tendenz immer mehr älter; das ist unstrittig. Bezogen – das möchte ich an dieser Stelle feststellen, da das für unsere Debatte ganz wichtig ist – auf die Kapazitäten im ambulanten wie im stationären Bereich haben wir keine weiteren Bedarfe, im Gegenteil. Es zeigt sich zur Zeit geradezu, daß wir mehr Kapazitäten und weniger Nachfrage haben, und der Kampf geht um den einzelnen Kunden und um die einzelne Leistung. Wenn 50 Prozent der ambulanten Pflegedienste in Hamburg in Liquiditätsprobleme geraten, dann hat es mehrere Gründe; ich will drei nennen.

Erstens: Der Kampf um die Kunden hat sich in diesem Sektor aufgrund der Überkapazitäten außerordentlich verschärft. Es gibt einen zunehmenden Wettbewerb, Frau Freudenberg, auch zu Lasten der Beschäftigten, denn es geht nicht nur um den Preis, sondern die ambulanten Dienste möchten am Ende auch noch etwas verdienen, es geht also auch ein Stück weit um Gewinnmaximierung bei engen vorhandenen Grenzen.

Von daher kann man nicht davon ausgehen, daß sich die Arbeitsbedingungen deshalb verschlechtern, weil die Punktwerte schlecht sind, sondern auch, weil der Konkurrenzkampf zunimmt.

B (Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Zweitens: Ein sehr wichtiges Thema – ich bedauere das auch ein Stück weit – ist die Blockadehaltung der Verbände, die zur Zeit die Entgeltverhandlungen im Bereich der ambulanten Dienste führen; das hat uns sehr viel Zeit gekostet. Bereits im Frühjahr 1998, also vor zwei Jahren, hat die BAGS gemeinsam mit den Pflegekassen Punktwerte für die ambulanten Dienste angeboten – man höre und staune –, die mit Bayern und Bremen vergleichbar sind. Diese Punktwerte wurden pauschal in den Verhandlungen abgelehnt. Statt dessen wurde unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Einrichtungen 20 Prozent mehr gefordert.

Wie überzogen diese Forderung ist, sieht man daran, daß die dann angerufene unabhängige Schiedsstelle die Forderung der Pflegeverbände in Bausch und Bogen abgelehnt und gesagt hat, das sei keine Basis für Verhandlungen und für einen Kompromiß. Daran zeigt sich auch, daß das Thema nicht „Darf es ein bißchen mehr sein?“ heißt, sondern: „Für was muß es ein bißchen mehr sein?“, und dafür gibt es die entsprechenden objektiven Verhandlungen.

Wir sind zu einem Kompromiß bereit, wir haben das auch schon angedeutet, aber der Kompromiß kann nicht heißen, wir in Hamburg sind immer schon etwas teurer gewesen, sondern wir möchten uns in vergleichbarem Maßstab in den Bundesländern bewegen, und dazu sind Bayern und Bremen nicht die schlechtesten Adressen.

Wenn wir uns bereit erklären, diese Punktwerte bei den Pflegekassen zu erhöhen, ist das nicht nur eine Belastung des Sozialhilfetat, sondern bedeutet zuallererst eine Be-

lastung der betroffenen Pflegebedürftigen selbst und ihrer Angehörigen, denn die Pflegekassen übernehmen beispielsweise bei einer Pflege von 1000 DM nur den festgesetzten Betrag von 750 DM, und wenn wir 20 Prozent mehr zuließen, dann würde das, Frau Rudolph, für die Angehörigen und Pflegebedürftigen bedeuten,

(Uwe Grund SPD: ... daß die Leistungen sinken!)

daß sie nicht mehr 250 DM, sondern 450 DM bezahlen müßten, also fast eine Verdoppelung. Das muß nicht nur die BAGS als Sozialhilfeträger, sondern das müssen ganz viele Menschen in dieser Stadt bezahlen, die die Leistungen aus ihrer eigenen Tasche zahlen. In dieser Verantwortung müssen wir darauf achten, ob die formulierten Ansprüche gerechtfertigt sind, und nicht so tun, als ob das nur eine Frage der BAGS und der Pflegekassen selbst wäre.

(Beifall bei Günter Frank SPD)

Drittens: Es ist auch richtig, daß immer mehr Menschen älter und im Heim sind. Im Grunde greift das, was wir gewollt haben, nämlich ambulant statt stationär, in der Zwischenzeit richtig. Es ist doch kein Mißstand, wenn die älteren Menschen länger in ihrer eigenen Wohnung bleiben können, sondern ein Erfolg von Pflegeangeboten, und deshalb sollte man das nicht kleinreden. Wichtig aber ist, daß wir uns darum kümmern müssen, daß die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind.

Daß diese Entwicklung fortschreitet, haben wir in unserem Rahmenplan auch berücksichtigt, und wir reagieren entsprechend in zweierlei Hinsicht. Weil die Menschen älter und pflegebedürftiger sind, wenn sie in die stationäre Hilfe kommen, haben wir in Hamburg – und nur in Hamburg – für die Pflegestufe II und III, also für die intensive Pflege, eine besondere Personalausstattung. Hamburg hat überregional den besten Personalschlüssel für die Pflegestufen II und III, das heißt aber auch, daß Hamburg für pflegebedürftige Menschen deutlich höhere Heimpreise gegenüber anderen Bundesländern hat, auch gegenüber den Nahgebieten um uns herum.

Dazu zwei Fakten: Die Pflegesätze in der Pflegestufe III, also der Schwerstpflegebedürftigen, liegen zum Beispiel in Schleswig-Holstein um 36 Prozent unter den Hamburger Sätzen; das gleiche gilt für die Pflegestufe II, nämlich 25 Prozent. Daran sehen Sie, daß die Gefahr besteht, daß die Menschen nach außerhalb gehen, weil dort die Heimunterbringung günstiger ist; das können wir alle nicht wollen. Von daher müssen wir mit Augenmaß die Erhöhung der Pflegesätze organisieren, und dazu gehören natürlich auch der Personalschlüssel und die Quote der qualifizierten Beschäftigten. Wir streben die im Pflegeversicherungsgesetz vorgesehene fünfzigprozentige Fachkraftbesetzung an; zur Zeit haben wir 44 Prozent. Das reicht nicht aus, aber ich bin sicher, daß wir in den nächsten Jahren diese Quote erreichen werden und darüber hinaus all die Maßnahmen, die wir im Rahmen unseres Impulsprogramms einschließlich der Qualitätssicherung vorgesehen haben, gemeinsam mit den Verbänden voranbringen.

Hamburg tut eine ganze Menge, um im Pflegeausschuß gemeinsam mit den Verbänden und den Pflegekassen die Qualität in der Pflege zu verbessern. Strukturell muß einiges auf Bundesebene verändert werden, was die Pflegeversicherung angeht. Aber wir haben keinen Grund, unsere Aktivitäten kleinzureden, auch, um die Menschen nicht zu verunsichern, denn es geht um die Ernsthaftigkeit der Themen. Ich denke, wir packen es gemeinsam an.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- A **Vizepräsident Berndt Röder:** Bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich darauf hinweisen, Frau Senatorin, daß es eine Abrede mit diesem Hause zur Dauer der Beiträge in der Aktuellen Stunde gibt. Dieses waren eben 200 Prozent dessen, was einem Abgeordneten zusteht.

(Beifall bei der CDU, der SPD, vereinzelt bei der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Der Abgeordnete Schira bekommt das Wort.

Frank-Thorsten Schira CDU: Meine Damen und Herren! Frau Senatorin, Herr Grund, wenn wir auf Mißstände, die es zweifelsohne gibt, hinweisen, dann darf man das nicht immer gleich als Königsbeleidigung auffassen. Ich habe manchmal den Eindruck, daß insbesondere bei Herrn Grund ein leicht beleidigter Unterton dabei ist; so geht es dann auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

In zahlreichen Debatten in den letzten zwei Jahren in der Bürgerschaft haben wir über die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen in unserer Stadt diskutiert und natürlich auch gestritten – das ist auch gut so. 1999 haben wir uns intensiv mit der Dekubitus-Problematik auseinandergesetzt. Als es dann um die Konsequenzen ging, mußten wir alle miterleben, wie die SPD-Bürgerschaftsfraktion – das will ich gerne zugestehen – mit zurückhaltendem Engagement der GAL einen Antrag durchgesetzt hat, der fast in jedem zweiten Satz den Senat bat zu prüfen, zu berichten, vorzuschlagen. Unter konkretem Handeln verstehen wir als CDU etwas anderes, und der Senat muß dringend konkret handeln.

- B Die Installierung eines Pflgetelefons ist wichtig, Herr Grund, Sie hatten es erwähnt, reicht aber alleine nicht aus.

(Uwe Grund SPD: Das passiert auch nicht alleine!)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß die Länder Bayern und Baden-Württemberg Initiativen in den Bunderrat zur Hilfe von Demenzzkranken eingebracht haben, und all diese Initiativen wurden von der SPD auf Bundesebene abgelehnt.

Die wichtige Frage ist doch, wie hoch der Stellenwert des Themas „Alt sein in Hamburg“ für den Senat ist. Nach den Ergebnissen der letzten zwei Jahre müssen wir als Christdemokraten feststellen, daß dieses Thema entgegen allen Beteuerungen der SPD offenbar keine große Rolle spielt. Im letzten Jahr sollte zum Beispiel der Altenheimbedarfsplan für die nächsten fünf Jahre erscheinen. Wir als CDU haben mehrfach nachgefragt; uns wurde versichert, der Plan erscheine wie üblich in 1999. Nichts ist geschehen, der Plan ist der Öffentlichkeit immer noch nicht vorgestellt worden, und das finden wir bedauerlich. Wir haben deutlich gemacht, daß wir im Interesse der alten Menschen in unserer Stadt für Gespräche offen sind. Weniger Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit und mehr konkretes Handeln bei den Regierenden würde den Pflegebedürftigen in unserer Stadt weitaus mehr helfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Rudolph.

Eleonore Rudolph CDU: Ich wollte noch einmal auf das reagieren, Herr Grund, was Sie zum Dekubitus gesagt

haben. Es gibt dieses Modell, die HPG hat damals sehr schnell reagiert, bevor wir überhaupt in der Öffentlichkeit davon wußten. Das war der Ausgangspunkt unserer Beschäftigung das ganze Jahr über. Aber ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, was das in den einzelnen Heimen, wo bettlägerige Bewohner gepflegt werden, für das Pflegepersonal bedeutet. Um Dekubitus zu verhindern, müssen die Patienten alle zwei Stunden umgelagert werden. Dazu gehören zwei Pflegekräfte, die Dauer beträgt jeweils eine Viertelstunde und das Tag und Nacht. Das bedeutet alleine drei Stunden Pflege nur für diese bettlägerigen Menschen.

Von daher möchte ich auch Ihnen, Frau Senatorin, etwas widersprechen. Wenn wir die Pflegezeiten in Hamburg nehmen, die nicht der Pflegeversicherung entsprechen, dann wird deutlich, wie groß der Bedarf aufgrund der veränderten Situation und der veränderten Struktur heute in den Heimen ist. Wir haben 60 Minuten für die Pflegestufe I, 100 Minuten für die Pflegestufe II und 145 Minuten für die Pflegestufe III. Darunter fallen die Bettlägerigen, von denen ich eben sprach, die allein drei Stunden für diese Lagerung bedürfen.

Die vorgesehene Härtefallregelung im Pflegeversicherungsgesetz – 2800 DM für Pflegestufe III und 3300 DM für Härtefälle – wird in Hamburg nicht so praktiziert, daß diese 500 DM den Pflegediensten oder Pflegeeinrichtungen zugute kommen, sondern die kommen nur dem Sozialhilfeträger oder den Selbstzahlern zugute; das ist ein großer Unterschied. Bei den Klagen – ich selbst bin mit manchen Heimen in ständiger Verbindung – wird das schon sehr deutlich.

Wir müssen vor allem auch an eines denken. Die Pflegebedürftigen erleben, daß das Pflegepersonal nur unter Hektik, nur unter Hetze, nur unter Zeitdruck arbeiten kann. Das schadet diesen Bewohnern, aber vor allem auch dem Ansehen des Pflegeberufs. Wir brauchen in Zukunft eine große Ausweitung des Altenpflegeberufs angesichts der demographischen Entwicklung, und das setzt eine gewisse Attraktivität dieses Berufs voraus, damit überhaupt jemand diesen Beruf ergreift. 50 Prozent der Ausgebildeten verlassen nach zwei oder drei Jahren diesen Beruf wieder – wegen der Bedingungen. Das kann nicht unsere Absicht sein, und dazu ist es notwendig, die Pflegesituation insgesamt zu verbessern. Immerhin gibt es in Schleswig-Holstein, Frau Senatorin, einen Punktwert von 7,8 Pfennig; im unmittelbaren Grenzland zu Hamburg ist das schon ein großer Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen beide Fraktionen auffordern, dem Senat Beine zu machen, daß die Pflege in Hamburg verbessert wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann rufe ich jetzt das dritte, von der GAL-Fraktion angemeldete Thema auf

Kanthers Vermächtnis

Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schmidt.

Dr. Martin Schmidt GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht war es eine Antwort an Ignatz Bubis. Der hatte vor seinem Tod noch einmal seinen abgrundtiefen Pessimismus geäußert, daß die Juden in Deutschland nie mehr richtig eine Heimat bekämen und nie mehr richtig hier

(Dr. Martin Schmidt GAL)

A ankämen. Der hessische CDU-Prinz wollte dem vielleicht nicht direkt widersprechen. Wenn schon die toten Juden nicht mehr hier sind und die Lebenden nicht richtig, dann wenigstens ihr Geld. Das komme hier schon wieder richtig an, hat er uns erzählt. Wenn man aus den deutschen Volksbüchern oder dem Jud Süß weiß, wie die Juden zum Geld stehen, dann ist das schon fast ihre Seele.

Herr Wittgenstein hat auch nach dem Aufdecken des Schwindels darauf beharrt, daß es eine gute Legende sei. Wörtlich: „Es hätte sehr gut sein können.“ Er hat leider recht, denn auch nachdem diejenigen, die die Geschichte bis letzten Freitag akzeptiert und verwendet haben, sich nach dringlichen Aufforderungen feierlich bei den „jüdischen Mitbürgern“ entschuldigt haben, bleibt es eine verdammte gute Story. Sie sollte in die Schulbücher aufgenommen werden, denn sie faßt auf präzise Weise zusammen, wie der nachkriegsdeutsche Philosemitismus den altdeutschen Antisemitismus integriert, wie eine Aura des Tabus um die Juden gelegt wird und wozu man die am besten brauchen kann.

Dieses Vermächtnis hat Manfred Kanther vielleicht nicht erfunden, aber er ist sein Pate. Noch am Freitag abend hat er dem Erfinder dieser Geschichte Ehrenhaftigkeit zugebilligt. Von dem Vermächtnis, das Herrn Kanther genauer zugerechnet werden sollte und muß, haben heute Herr Karpen und gestern Herr Schäuble gesprochen. Originalton Schäuble:

„Die CDU wird auch in Zukunft einen unverzichtbaren Beitrag für den demokratischen Rechtsstaat leisten.“

Da wird man fragen dürfen: Soll der so aussehen wie der von Herrn Kanther? Wer war Anfang 1997 der Erfinder des unsäglichen Kindervisums, mit dem allen hier lebenden ausländischen Familien die Nichtzugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft abgestempelt wurde? Wer hat im August 1997 zur Schande Deutschlands den weltberühmten Vorkämpfer für Frieden und Versöhnung, Bischof Desmond Tutu aus Südafrika, daran gehindert, auf einer Friedensfahrt nach Kurdistan durch Deutschland zu reisen? Wer hat unaufhörlich den Verdacht öffentlich geschürt, daß alle Flüchtlinge nur des Geldes wegen nach Deutschland kämen? Wer hat in der CDU verhindert, daß die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft in einer offenen und menschenfreundlichen Weise entschieden werden konnte, wie es viele junge CDU-Leute wollten? Wer forderte unaufhörlich eine verschärfte Abschiebungspraxis gegen Menschen, die auch nur kleine Straftaten begangen hatten? Wer hat die Null-Toleranz-Ideologie selbst bei kleinen Ordnungswidrigkeiten propagiert? Kurzum: Wer hat Auge um Auge und Zahn um Zahn zur Maxime des Rechtsstaats gemacht und Deutschland das Gesicht der Ausländerfeindlichkeit aufgesetzt?

Der ruhmlose Abgang dieses Mannes mit dem Doppelleben muß Anlaß sein, über dieses Vermächtnis zu reden. Geld fälschen und politische Scharfmacherei haben ein gemeinsames Motiv: Politik ist Bürgerkrieg, den man unter keinen Umständen verlieren darf. Das ist das deutsche Erbe aus der Weimarer Zeit und vielleicht noch von früher: Bevor man Opfer wird, wird man lieber Täter, und wenn man Täter ist, dann tut man so, als sei man Opfer. So ist das Wohlergehen der eigenen Partei die einzige Garantie für die gute Zukunft, und so ist der gnadenlose Kampf gegen alle Ganoven und gegen die Überflutung durch die Ausländer die einzige Garantie für den Rechtsstaat. Wenn die CDU sich von diesem Vermächtnis des Herrn Kanther verabschiedet, dann hat sich der Skandal gelohnt. Ich wün-

sche mir das jedenfalls viel eher als das Zerschlagen der CDU.

(Beifall bei der GAL, der SPD und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Christier.

Dr. Holger Christier SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Finanzskandal der CDU schadet nicht nur dieser großen Volkspartei selbst. Für viele Menschen ist das Vertrauen in unsere Demokratie und in die Parteien schwer erschüttert. Das bereits offenbar gewordene Politik- und Demokratieverständnis hat in der Öffentlichkeit nach meiner Wahrnehmung die bisher tiefste Glaubwürdigkeitskrise ausgelöst.

Es ist wahr, daß die Demokratie in unserem Land auch schon in der Vergangenheit gelegentlich strapaziert worden ist und manche Skandale überstehen mußte, aber die bisherigen Ermittlungen und Tatsachen enthalten offenbar besondere Dimensionen. Weil dies so ist, will ich ganz klar sagen, daß dies für uns keineswegs die Stunde der Schadenfreude oder der Selbstgerechtigkeit ist. Es geht auch nicht darum, moralische Maßstäbe aufzustellen, die mit dem wirklichen Leben nichts zu tun haben. Mir liegt auch fern, pauschale Urteile zu fällen.

Deshalb sind aber dennoch einige nüchterne Feststellungen angebracht, gerade dort, wo die Dimension über Hessen hinausgeht, gerade dort, wo die Betroffenheit allgemein ist. Und wenn ich von Dimension sprach, dann ist in erster Linie an den Umgang mit Recht und Gesetz zu denken. Dies gilt insbesondere für den entstandenen Vertrauensschaden.

Ein Bundeskanzler, der in seinem Amtseid geschworen hat, die Gesetze des Bundes und der Länder zu achten – nach unserer Verfassung der wichtigste Politiker –, verstößt vorsätzlich gegen Gesetze und bezeichnet das als Fehler. Das war aber kein Fehler, das war Rechts- und Verfassungsbruch, und das muß man auch deutlich so benennen. Ohne jedes Unrechtsbewußtsein wird offenbar die weitere Aufklärung behindert. Daß sich zeitlich parallel dazu ein gewisser Hamburg-Bezug in der Handelskammer ergibt, mag unter Geschmacksgesichtspunkten jeder selbst beurteilen.

Ein Innenminister, der den gleichen Amtseid geleistet hat und vom Amt her insbesondere für den Schutz unserer Verfassung zuständig ist, eine Rolle, die er immer sehr nachdrücklich wahrgenommen hat, ein solcher Minister ist in eine Geldwaschanlage in Liechtenstein verstrickt. Auch das war kein Fehler, sondern provoziert natürlich die Frage, inwiefern sich das eigentlich von der organisierten Kriminalität unterscheidet. Man hat am Anfang gefragt: Ist nichts aus der Flick-Affäre gelernt worden, sind keine Konsequenzen gezogen worden? Doch, es sind welche gezogen worden, aber welche. Es ist ein schwer erträglicher Vorgang auch im Umgang miteinander, daß in dem Moment, wo man darangeht, Konsequenzen aus der Flick-Affäre zu ziehen, das Geld über die Grenze wandert.

Schließlich der unsägliche Hinweis auf die jüdischen Vermächtnisse, eine geistig-moralische Verirrung besonderer Art, ein unsäglicher Umgang mit unserer Geschichte, vielleicht in gewisser Weise der Tiefpunkt des Ganzen.

Das Fazit: So etwas hat es noch nicht gegeben. So klar der Schaden insgesamt für Politik und Demokratie ist, so klar muß auch sein, daß es für diesen Vorgang politische Ver-

(Dr. Holger Christier SPD)

- A antwortungen gibt, die auch getragen werden müssen und die benennbar sind. Wenn sich mit bestimmten Personen der Begriff „System“ verbindet, dann handelt es sich offenbar nicht nur um eine Person.

Die jetzige Krise schwelt bereits zweieinhalb Monate mit offenkundig weiter anhaltender Tendenz. Sie überdeckt auch in dieser Stadt in der öffentlichen Wahrnehmung fast jedes andere Thema. Ein Ende scheint nach dem, was man mittlerweile immer als erstes im Videotext liest, nicht sichtbar. Auch die gestern gefaßten Beschlüsse, das ist mein Eindruck, sind eine innerparteiliche Sache, aber offenbar nicht tragfähig. Entscheidende Fragen bleiben, es bleibt ein schwarzes Loch, bisher sind klare Konsequenzen nicht erkennbar. Die verspätete Entschuldigung war mehr als überfällig, in ihrer Verspätung ist sie aber reichlich peinlich.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten mehr als eine Neuauflage der uralten Nibelungengeschichte vom tödlichen Speerwurf und der blinden Gefolgschaft, sie erwarten umfassende Aufklärung. Hierzu führt ganz gewiß vor allem eine Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers. Demokratie braucht in dieser Situation klare Maßstäbe, die für alle gelten müssen, und sie braucht eine zweifelsfreie Anerkennung der Herrschaft des Rechts. Die tiefgreifenden Zweifel daran haben die Verantwortlichen zu beseitigen; noch fehlt es daran. Geduld und Zeit dafür sind eng begrenzt.

Deshalb der Appell: To whom it may concern, die Sache schnellstens aufklären, damit noch größerer Schaden für die Demokratie vermieden wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- B **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete von Beust.

Ole von Beust CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ohne Wenn und Aber und ohne Abstriche ist im Namen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gegen Gesetze verstoßen worden: Im Namen der Union bei der rechtswidrigen Nichtverbuchung von Spenden, deren willkürlicher Verteilung und im anschließenden hartnäckigen, bis heute dauernden Schweigen, und durch die hessische CDU durch das Einrichten, Führen und Sich-Bedienen aus Schwarzkonten im erheblichen Umfang. Fast noch schwerer wiegt, daß im Falle der hessischen CDU bis in die jüngsten Tage Namen jüdischer Familien mißbraucht wurden, um über illegale Tricks zu täuschen. Das ist infam, und dafür schäme ich mich. Soweit ich es kann, will und muß ich mich für dieses Verhalten auch in diesem Hause für die Union entschuldigen; entschuldigen allem voran bei den Juden in Frankfurt, die in zynischer Weise zur Tarnung eigenen Fehlverhaltens mißbraucht wurden, entschuldigen auch bei vielen Anhängerinnen und Anhängern, Mitgliedern der Union, die überwiegend anständige, idealistische Menschen sind, aber auch entschuldigen bei Ihnen – den politischen Konkurrenten –, weil natürlich das Ansehen der Demokratie insgesamt Schaden genommen hat. Wir tragen natürlich eine Hauptverantwortung daran, unter der auch Sie mit zu leiden haben. Ich persönlich und meine Kolleginnen und Kollegen in der Hamburgischen Bürgerschaft werden alles tun, daß die Wahrheit gesucht, aber auch gesagt wird, und denen den Rücken stärken, die hier besonders in der Verantwortung stehen.

Für meine Kollegen und mich gilt grundsätzlich – nicht nur hier, sondern für alle politische Arbeit –, zuerst kommt das Land, die Stadt und die Gesetze, dann die Grundsätze der eigenen Partei und dann erst die sogenannte Loyalität gegenüber Personen. Um diesen Grundsatz strikt anzuwenden, werden auch personelle Entscheidungen und Schnitte zu treffen sein. Die Struktur der Partei muß dahingehend inhaltlich geändert werden, daß so etwas nie wieder vorkommen kann. Eine Wahrheitssuche ohne Konsequenzen werden wir nicht zulassen. Für diesen Selbstreinigungsprozeß müssen wir selber sorgen. Ich bin meinen beiden Vorrednern dankbar, daß sie auf Häme und Schadenfreude, die charakterlich nicht hochanständig, aber menschlich verständlich gewesen wäre, verzichtet haben, denn das wäre nicht hilfreich und würde uns alle nicht weiterbringen. Das Fundament der Union, davon bin ich überzeugt, wird stark genug sein, um diese Selbstreinigung ohne irgendwelche Rücksichtnahmen durchzuführen. Meine Freunde und ich persönlich werden unseren Beitrag dazu leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Hackbusch.

Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Worte, die Herr von Beust eben gesprochen hat, waren kräftig, und ich hoffe, daß sie auch so kräftig in der Realität sein werden. Allerdings fehlte mir natürlich dabei ein Teil. Wir hatten die Debatte über die Spenden schon einmal zu Beginn der Haushaltsdebatte. Da wurde gesagt, man sollte das Ganze nicht so hochhängen, wir sind doch alle kleine Sünderlein. Einige kritische Worte dazu, daß das in dieser Situation nicht adäquat gewesen ist, haben mir noch gefehlt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke und bei Dr. Monika Schaal SPD)

Ich hoffe, daß die kritische Selbstaufarbeitung und die personellen Konsequenzen so kräftig sein werden, wie Ihre Worte es hier erahnen lassen. Was wir gegenwärtig bei der CDU bei der Aufarbeitung dieses Themas bezüglich personeller Konsequenzen beobachten, erweckt ein bißchen den Eindruck eines gewissen Strickmusters. Diejenigen politischen Kräfte, die ohnehin schon aufs Altenteil geschoben worden sind, übernehmen die Verantwortung, indem sie sagen, wir sind schuld. Diejenigen aber, die gegenwärtig durchaus politische Verantwortung tragen – beispielsweise Herr Koch, Herr Rühle oder Herr Schäuble –, werden dadurch quasi saubergewaschen. Es wird nicht so gewesen sein, daß sie nichts davon gewußt haben. Dementsprechend glaube ich, daß durch die Art und Weise, wie dort gegenwärtig personell verfahren wird, auch neue Lügen angelegt sind. Ich nehme diese Worte erst dann wirklich ernst, wenn von diesem Muster abgegangen wird und auch die Jüngeren davon betroffen sind, denn sie wissen davon. Darum haben sie in dem Zusammenhang auch Verantwortung mitzutragen.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Erst in dem Augenblick, in dem man so weit ist, kann und sollte man von einem Selbstreinigungsprozeß in dieser Partei ausgehen.

Es ist besonders unverschämt, wenn Herr Kanther sagt, nach seiner und der Erfahrung der gesamten CDU nach

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A der Flick-Affäre, in der es darum ging, die Bestechlichkeit der Politik zu untersuchen, war es notwendig, besonders illegal vorzugehen und versteckt Konten anzulegen. Diese Äußerung ist noch einmal besonders hervorzuheben. Dagegen sind alle rechtsfreien Räume, Herr Ehlers, über die wir sonst diskutiert haben, unbedeutend.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Ein Punkt findet in der öffentlichen Diskussion zu wenig Beachtung. Ich verstehe es gut, daß man diskutiert, wenn Herr Schäuble sagt, er wüßte nicht, daß die 100 000 DM, die er bekommen hat, nicht ordentlich verbucht worden sind. Dafür muß die Partei die Verantwortung übernehmen. Mich macht natürlich skeptisch, daß ein Politiker auf diese Art einen solchen Geldbetrag bekommt und sich nicht fragt und sich auch nicht richtig daran erinnern kann, was dieses Geld für ihn bedeutet. Zu tun, als wäre das in irgendeiner Form möglich und überhaupt wahrscheinlich, daß einem Politiker so etwas passieren kann, darüber gibt es noch Aufklärungsbedarf, und den erwarte ich auch von Ihnen. – Danke.

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich erkläre die Aktuelle Stunde für beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 2a und 2b gemeinsam auf. Drucksachen 16/3137, 16/3681 und 16/3682: Wahlen.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung – Drucksache 16/3137 –]

B **[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

Wahl eines Mitglieds der Kommission für Bodenordnung – Drucksache 16/3681 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Finanzbehörde – Drucksache 16/3682 –]

Die drei Stimmzettel liegen Ihnen vor, und zwar in hellgrün, blau und orange. Sie enthalten Felder für Zustimmung, Ablehnung und Wahlenthaltung. Ungültig sind Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten. Bitte, nehmen Sie nunmehr Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlen werden vorgenommen)

Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Ergebnisse der Wahlen werden ermittelt. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, daß wir ohne Unterbrechung fortfahren und wir Ihnen im Laufe der Sitzung die Ergebnisse mitteilen.*

Tagesordnungspunkt 35: Drucksache 16/3660: Bericht des Gesundheitsausschusses zur Drogenpolitik.

[Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 16/696: Drogenpolitik als Hilfe für Abhängige und zum Schutz der Nicht-Süchtigen (CDU-Antrag) – Drucksache 16/3660 –]

* Ergebnisse siehe Seite 3201 D

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Wersich hat es.

Dietrich Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir gehen ein bißchen zurück ins letzte Jahrhundert, zurück um etwa 3000 Drucksachen, und landen dann am 21. April 1998 und bei der Drucksache 16/696, einem Antrag der CDU zum Haushaltsjahr 1998. Dieser Bericht liegt jetzt in der Bürgerschaft, meine Damen und Herren. Einen eindrucksvolleren Beweis für die Mißstände, die die unabhängige Kommission zum Thema Parlament und Senat aufgezeigt hat, kann es kaum geben. Wir haben diese deutliche Verzögerung von über zwei Jahren, weil der Senat seine Zusagen zur Vorlage des Suchtberichts von Monat zu Monat hinausgeschoben hat, bis sich schließlich der Bezugspunkt dieses Antrags, nämlich der Haushalt 1998, endgültig erledigt hatte. Noch heute warten wir im übrigen auch hier auf zugesagte Protokollerklärungen des Senats.

(Glocke)

Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Selbst mir fällt es schwer, den Redner noch verstehen zu können.

Dietrich Wersich (fortfahrend): Ich habe heute besonderes Verständnis für die wenigen Menschen hier und für die Unruhe. Ich denke dennoch, daß wir die Tagesordnung mit dem notwendigen Ernst, der einem Parlament geziemt, auch in der inhaltlichen Debatte zu Ende bringen.

Ich hatte angesprochen, daß die SPD dieses Verfahren der Regierung gegenüber dem Parlament mitmacht und daß die GAL dem kaum etwas entgegenzusetzen hat. Auch hier ist meine Diagnose die politische Feigheit. Auf diese Weise werden die Rechte der Opposition ausgehebelt, und wir erleben die drittklassige Beerdigung unserer Anträge. Soweit zum Verfahren.

Zur Sache, meine Damen und Herren, gibt es zwei aktuelle Nachrichten, die einen klassischen Fehlstart von Frau Senatorin Roth zur Drogenpolitik kennzeichnen. Die Versäumnisse und Fehler des vergangenen Jahres haben sie jetzt eingeholt. Das chaotische Verfahren zur prinzipiell notwendigen Ausschreibungsregelung hat den Höhepunkt darin gefunden, daß in einem Projekt die Zusage nicht eingehalten werden konnte, einen nahtlosen Übergang zu gewährleisten. In Billstedt gibt es derzeit das eingestellte Angebot nicht mehr. Das neue Angebot des Gesundheitsraumes gibt es noch nicht. Fast noch schlimmer ist folgendes: Bei der ausgeschriebenen Palette 3 ist zwar vom Volumen her gesehen worden, daß sie so nicht umsetzbar ist, aber in einem Vertrag wurde sie quasi weiter verstetigt und gleichzeitig eine neue Einrichtung geschaffen. Durch die handwerklichen Fehler und durch die unzureichenden Regelungen der Ausschreibung hat die Senatorin in diesem Punkt wirklich komplett Schiffbruch erlitten.

Es ist ebenso unerträglich, weiterhin zu sehen, wie untätig der Senat gegenüber den verelendeten Kindern und Jugendlichen am Hauptbahnhof ist. Es ist unerträglich zu sehen, wie die Fristen für Entscheidungen immer weiter hinausgeschoben werden. Die Liste der Defizite ist lang. Eine Änderung Ihrer Drogenpolitik, Frau Roth, ist nicht erkennbar, und der Umgang von Senat und Regierungsfraktion mit unseren Anträgen ist unwürdig. Hamburg braucht deshalb eine politische Erneuerung.

(Beifall bei der CDU)

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, jetzt ist deutlich geworden, warum wir heute über diesen Antrag beziehungsweise den Bericht des Gesundheitsausschusses debattieren müssen. Sie haben nicht zur Sache geredet, Sie haben nichts zu Ihrem Antrag und Sie haben nichts zu dem Bericht gesagt, der hier debattiert werden soll. Sie haben die Gelegenheit genutzt, wenige Kritikpunkte an der gegenwärtigen Drogenpolitik des Senats anzubringen. Ich möchte dagegen darauf zurückkommen, worum es bei diesem Thema eigentlich geht.

In Ihrem Antrag 16/696 von 1998 haben Sie elf Punkte angeführt, von denen einige an den Gesundheitsausschuß überwiesen worden sind. Einige Punkte sind abgelehnt worden, weil sie nicht nur nach unserer Ansicht falsch waren; die nicht abgelehnten sind abgearbeitet. Das, was Sie damals wollten, ist zu einem großen Teil bereits seit langem erledigt. So forderten Sie in Punkt 4 Ihres Antrags, das Angebot an Gesundheitsräumen in Absprache mit der Bevölkerung und den Geschäftsleuten in den entsprechenden Gegenden auszuweiten. Das Angebot an Gesundheitsräumen ist ausgeweitet. In St. Georg findet das Mediationsverfahren statt. Der Bericht liegt vor. Er wird ausgewertet, es geht alles genauso weiter, wie Sie es in diesem Punkt selber fordern. Wo ist also Ihr Problem?

(Dietrich Wersich CDU: Herr Dr. Schäfer, den Punkt hatten Sie damals schon abgelehnt! Vielleicht hätten Sie das Protokoll mal lesen sollen!)

– Wir haben Ihren Punkt abgelehnt, so wie er da stand. Wir haben das Wesentliche umgesetzt. Das ist der entscheidende Unterschied.

B

(Dietrich Wersich CDU: So hatten Sie das gemacht!)

In Punkt 5 Ihres Antrags fordern Sie, die psychosoziale Betreuung der steigenden Zahl Methadon-Substituierter künftig sicherzustellen. Das haben wir mit der richtigen Begründung abgelehnt, daß wir die AUB-Richtlinien abwarten. Die sind nunmehr da. Danach können wir weiterhin verfahren.

Sie fordern weiterhin, den akupunkturgestützten Entzug illegaler Drogen zu fördern. Auch dieses geschieht bereits seit langem. Es finden Verhandlungen zwischen der BAGS und den Krankenkassen statt, so daß dort auch diese Kosten von den Kassen übernommen werden. Sie forderten damals – auch das ist eine „niedliche“ Forderung gewesen –, die Mittel für die Drogenhilfe nicht zu kürzen. Schön wär's, das würden wir auch gerne so machen. Das geht leider aus uns allen bekannten Gründen nicht. So ist das ein Antrag gewesen – ein Wunschbauchladen, wie man ihn haben kann –, der im Gesundheitsausschuß entsprechend abgearbeitet worden ist. Alle Ihre Kritikpunkte, die Sie hier genannt haben, haben nichts mit diesem Antrag zu tun. Deshalb möchte ich darauf auch nicht weiter eingehen, zumal alle Punkte in nächster Zeit weiter abgearbeitet werden. Insofern hat dieser Antrag keine Beerdigung dritter Klasse erfahren, sondern eine Beerdigung erster Klasse, er ist schlicht abgearbeitet.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Zamory.

Peter Zamory GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, Ihre Debattenanmeldung und Ihr Debattenbeitrag machen mich ratlos. Was das Verfahren anbelangt, haben wir im Gesundheitsausschuß gemeinsam daran Kritik geübt, daß der Suchtbericht verspätet und dann für die Sitzung überstürzt gekommen ist. Darüber gibt es zwischen allen Mitgliedern des Gesundheitsausschusses keine Differenz. Was die inhaltlichen Punkte anbelangt, hat Herr Schäfer Ihnen jetzt noch einmal die Ehre angetan, sie einzeln abzarbeiten und zu beantworten. Was übrig bleibt, ist Ihre Kritik an dem nicht nahtlosen Übergang der Einrichtung in Billstedt, die zu Recht besteht. Aber der zweite Punkt, den Sie ansprechen, daß die Palette 3 jetzt fast in dem Volumen, in dem sie bisher gearbeitet hat, erstmalig einen Zuwendungsvertrag abgeschlossen hat und dadurch letztlich das Angebot der psychosozialen Betreuung in Hamburg um 150 Plätze erweitert wurde, ist etwas Positives, über das wir uns alle gemeinsam freuen sollten, statt es zu kritisieren. Das verstehe ich überhaupt nicht, zumal das sogar ein Punkt in Ihrem Antrag gewesen ist.

(Dietrich Wersich CDU: Habe ich ja auch gar nicht!)

Wenn die Palette jetzt weiter fast 500 Drogenabhängige psychosozial betreuen kann und Kodrobs in Altona 150 Menschen psychosozial mit einem anderen Schwerpunkt, nämlich der Strukturierung eines Arbeitstages, betreuen wird, ist das doch großartig. Was gibt es daran zu kritisieren?

Die Verelendung am Hauptbahnhof könnte durch die schnelle Abarbeitung der Vorschläge des Mediators verringert werden, indem in St. Georg ein zusätzlicher Druckraum entsteht. Das verhindert Ihre Partei – allerdings auch mit unserem Koalitionspartner – gemeinsam in Hamburg-Mitte. Das ist die Realität.

(Beifall bei Farid Müller GAL)

Wenn wir auf das Wesentliche kommen, dann ist nicht die Zahl der Drogentoten in dieser Stadt der alleinige, aber ein wichtiger Indikator für den Erfolg von Drogen- und Suchtpolitik. Das möchte ich an folgenden Zahlen deutlich machen: In Hamburg starben 1996 durch illegale Drogen 159 Personen, 1997 waren es 127, 1998 gab es einen leichten Anstieg auf 132, und 1999 verringerte sich die Zahl auf 111.

(Dietrich Wersich CDU: Das sind doch gar nicht die endgültigen Zahlen! Das wissen Sie doch!)

– Das sind keine endgültigen Zahlen, es sind aber Zahlen, die einen wichtigen Anhalt liefern.

Parallel können wir feststellen, daß in Berlin, in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg die Zahlen der Drogentoten steigen, während sie in Hamburg konsequent weiter sinken. Es sind immer noch zu viele Drogentote, und wir werden Schwierigkeiten haben, diese Zahlen entscheidend zu senken, solange wir die Logik illegale/legale Drogen akzeptieren. Aber wir sind trotzdem auf dem richtigen Weg, und das muß hier unterstrichen werden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn jetzt in Düsseldorf die CDU mit der einen Stimme Mehrheit der Republikaner aus dem Heroinprojekt aussteigt, dann haben Sie in der CDU andere Dinge zu tun, als uns in unserer Drogenpolitik zu kritisieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie haben dafür zu sorgen, daß in Ihrer Partei endlich eine humane, christliche Haltung zur Frage des Überlebens von Drogen- und Suchtabhängigen umgesetzt wird.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

D

A **Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Jobs.

Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wersich, ich habe ein bißchen gerätselt, warum Sie ausgerechnet diesen Bericht angemeldet haben. Ich hatte gehofft, Sie haben noch eine besondere Überraschung für uns parat. Sie haben mich ein bißchen enttäuscht, es war keine besondere Überraschung dabei. Sicher, Sie haben guten Grund und es ist angebracht, sich über das Verhalten des Senats in dieser Sache zu beschweren. Ich kann Ihnen aus dem Stand zwei, drei Anträge, Begehren – auch der Regierungskoalition – nennen, die ebenfalls noch nicht abgearbeitet worden sind und die eine ähnlich niedrige Drucksachenummer haben.

Diese Debatte um die Ignoranz des Senats und gegenüber dem Parlament an einem solchen Einzelfall aufzumachen, ist zwar angesichts des Einzelfalls und angesichts der Behörde verständlich, aber es wird dem Problem nicht gerecht. Wir haben in anderen Ländern mit CDU-Regierungen die Erfahrung gemacht, daß sie tatsächlich nirgendwo darstellen können, daß Menschen mit anderen Parteibüchern diesem Anpassungsdruck der Macht der Regierungsübernahme anders gegenüberstehen können. Diese Debatte sollten wir weiterführen mit dem Statusbericht, der jetzt einmal einen Punkt gesetzt hat, der deutliche Worte gefunden hat und der vielleicht eine qualifizierte neue Runde in der Debatte zwischen Parlament und Regierung bringen kann. Dafür ist es in der Tat allerhöchste Zeit. Da stimme ich Ihnen zu.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

B Ihr Antrag ist zwei Jahre alt, aber wir haben in der sehr eindrucksvollen Sitzung im Gesundheitsausschuß im September gemerkt, wie viele der Anliegen, die Sie formuliert haben, immer noch aktuell sind. Viele dieser Punkte, die Sie dort aufgeführt haben, sind in diesem Hause durchaus mehrheitsfähig. Die Forderung nach zusätzlichen szenenahen Gesundheitsräumen oder die Ausweitung von Entgiftungsplätzen und das Scheitern des Dezentralisierungskonzepts der BAGS sowie der unmögliche Umgang mit diesem einzigartigen Projekt der ambulanten Entgiftung zeigen, wie sehr dieser Politikbereich im argen liegt und wie sehr die Politik der Behörde neben den Wünschen der Mehrheit in der Bürgerschaft liegt.

Das gleiche betrifft die Forderung nach der Sicherstellung der psychosozialen Betreuung Methadon-Substituierter. Mit der Ausschreibung der Einrichtungen, besonders mit der Entscheidung über die neue Trägerschaft, hat der Senat – darüber haben Sie auch schon geredet – im vergangenen Jahr ein negatives Highlight ohnegleichen geliefert. Mit der Entscheidung der Vertragsverlängerung für die Palette haben Sie, Frau Roth, einen durchaus richtigen Schritt gemacht. Wenn ich es richtig sehe, wird es zu einer Ausweitung der Platzzahl kommen und das bisherige Angebot der Palette aufrechterhalten bleiben. Das ist vernünftig. Ich verstehe nicht, warum Sie das kritisieren.

(Dietrich Wersich CDU: Das kritisiere ich doch gar nicht!)

Das hat gezeigt, wie sehr sich in dieser Stadt Widerstand gegen Fehlentscheidungen der Behörde lohnt.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Insbesondere die Klienten haben mit ihren Aktionen so viel Druck gemacht, daß die Kündigung der Palette 3 nicht auf-

rechterhalten werden konnte. Ihnen und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so vieler Einrichtungen müssen wir danken, denn sie haben erreicht, was sich die Mehrheit in diesem Hause nicht getraut hat. Sie haben dem Senat die Grenzen seiner Macht und seiner Arroganz gezeigt. Das war gut und wird natürlich nicht alle Wunden heilen, aber es wird zumindest das Angebot der Palette 3 retten. Diese besondere Versorgungssituation, die jetzt entstanden ist, darf natürlich nicht zu Lasten des übrigen Drogenhilfesystems gehen. Das ist auch noch einmal das Anliegen an die Regierungskoalition und die Behörde.

Bei dem anderen Opfer der unsäglichen Ausschreibungs- politik in Billstedt war das Ergebnis lange nicht so erfreulich und so ermutigend. Was gab es im Vorfeld für tolle Zusagen, was den neuen Träger betrifft. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sollten alle übernommen werden. Ein nahtloser Übergang sollte sichergestellt und eine rasante Integration des Trägers in den Stadtteil vollzogen werden. Jetzt, nachdem die Entscheidung der BAGS in diesem Punkt tatsächlich Bestand hatte, müssen wir sehen, daß all diese Zusagen nicht eingehalten worden sind. Kein Mitarbeiter wurde übernommen, viele Aktivisten des Stadtteils, die zuvor für diese Akzeptanz der Einrichtung gesorgt haben, sind nach wie vor hochfrustriert, und ein Zusammenbruch der Versorgung im Viertel hat stattgefunden. Schlechter hätte es nicht kommen können, falscher hätte die Entscheidung nicht sein können. Aber offenbar mußten Sie doch Gesichtswahrung betreiben, denn wer die Diskrepanzanalyse der beiden Entscheidungsfindungen gelesen hat, kommt nicht umhin festzustellen, daß mit diesem Verfahren aufmüpfige, mißliebige, politisch unliebsame Träger abgestraft werden sollten und ein bestimmter Hilfeinsatz geschwächt werden soll. Das spitzt sich zu. Diese Veränderung in der Hamburger Drogenpolitik, wie wir sie im letzten Jahr immer kritisiert haben, hätte ich einer Großen Koalition zugetraut, aber in diesem Umfang keiner rot-grünen Koalition. Das finde ich nachhaltig bedauerlich. – Vielen Dank.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über die einzelnen Empfehlungen getrennt abstimmen.

Wer möchte die Ausschlußempfehlung zum ersten Spiegelstrich annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich so angenommen.

Wer stimmt der Ausschlußempfehlung zum zweiten Spiegelstrich zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dieses, bei einigen Stimmenthaltungen, mehrheitlich angenommen.

Der dritte Spiegelstrich ist nur eine Kenntnisnahme. Diese ist erfolgt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 21 – Jugend im Parlament – aufrufe, gebe ich die Wahlergebnisse bekannt.

Zunächst Wahl eines Deputierten der Finanzbehörde. Abgegebene Stimmen 105, alle gültig. Auf Herrn Glawe entfielen 100 Ja-Stimmen, bei einer Nein-Stimme und vier Enthaltungen. Damit ist Herr Glawe gewählt.

Wahl einer Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung. Abgegebene Stimmen 102, alle gültig. Auf Frau Bredenbreucker entfielen 91 Ja-Stimmen, bei drei Nein-Stimmen und acht Enthaltungen. Damit ist Frau Bredenbreucker gewählt.

(Vizepräsident Berndt Röder)

- A Wahl eines Mitglieds der Kommission für Bodenordnung. Abgegebene Stimmen 103, alle gültig. Auf die Abgeordnete Spethmann entfielen 98 Ja-Stimmen, bei fünf Nein-Stimmen und keiner Enthaltung. Damit ist die Abgeordnete Spethmann gewählt.

Tagesordnungspunkt 21: Jugend im Parlament: Drucksache 16/3403.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
„Jugend im Parlament 1999“
– Drucksache 16/3403 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Kahlbohm hat es.

Holger Kahlbohm SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mittlerweile ist „Jugend im Parlament“ schon ein fester Bestandteil des parlamentarischen Betriebes geworden. Es hat sich im Ablauf bei nur leichten Veränderungen eine gewisse Routine ergeben, die kaum noch Überraschungen zuläßt. Auch die Präsenz läßt kaum Überraschungen zu, das ist das Übliche, unter 50 Prozent der Abgeordneten sind bei dieser kleinen Debatte anwesend.

Herausragend ist dabei aber eine verlässliche Konstante. Die Jugendlichen, immer wieder neue Abgeordnete auf Zeit, sind politisch interessiert, fleißig, kompetent und erledigen in wenigen Tagen ein beeindruckendes Pensum an parlamentarischer Arbeit. Die Parlamentarier dagegen haben beim ersten Teil von „Jugend im Parlament“ keine Zeit, an den Sitzungen lernend oder beratend teilzunehmen – es gibt einige Ausnahmen –, und konzentrieren sich ganz auf die Beratungen in den Ausschüssen. Auf die Frage, ob das denn so sein muß, komme ich noch einmal zum Schluß meiner Ausführungen zurück.

- B Die von „Jugend im Parlament“ eingesetzten Ausschüsse haben sich mit den Themen Integration von Ausländern, Rechtsextremismus, Jugendkriminalität, Schule und Bildung, Soziales, Ökosteuern und Energie sowie Wirtschaft und Stadtplanung beschäftigt und die in der Drucksache 16/3403 aufgeführten Resolutionen beschlossen. Diese Resolutionen werden in den Fachausschüssen noch beraten. Deshalb hier nur diese Beispiele.

Der Ausschuß Ausländerpolitik fordert die doppelte Staatsbürgerschaft sowie das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Der Ausschuß Innere Sicherheit hält regelhafte Ermahnungen bei jugendlichen Ersttätern für notwendig. Der Schulausschuß erwartet die Durchsetzung einer Fortbildungspflicht für Lehrerinnen und Lehrer. Der Umweltausschuß hält den Bau und die zweispurige Trassenführung des Transrapid für notwendig. Und zum Schluß: Der Ausschuß für Verkehr, Wirtschaft und Stadtplanung erwartet die Einrichtung weiterer Fußgängerzonen im Bereich der Innenstadt.

(Vizepräsidentin Sonja Deuter übernimmt den Vorsitz)

Wir sehen, daß es auch dieses Mal wieder politische Streitpunkte mitten aus dem Leben gibt, deren Entscheidung den Profis zum Teil so unendlich schwerfällt. Zum Schluß noch, wie versprochen, der Punkt Jugend und politische Parteien.

Die große Beteiligung, das Engagement und die Ergebnisse zeigen deutlich, daß unsere Jugend nicht unpolitisch ist. Warum sich dennoch nur sehr wenige junge Menschen

politischen Parteien anschließen, muß demnach ganz andere Gründe haben. Diese Gründe müssen mit starren Parteiorganisationen zu tun haben, dem persönlichen Verhalten von Politikerinnen und Politikern, langen undurchsichtigen Entscheidungsabläufen sowie der mangelnden Bereitschaft der Profis, sich wirklich Zeit zu nehmen und sich auf ein Gespräch oder eine Diskussion einzulassen. Zumindes zu dem letzten Punkt können wir alle etwas beitragen, etwas bewegen und unser Verhalten ändern, nämlich bei den nun folgenden Ausschußsitzungen, bei unserer Beteiligung von „Jugend im Parlament“ im Jahre 2000 und bei vielen anderen kleinen und großen Gelegenheiten.

Noch ein kleiner Nachtrag zum Thema Jugend und Parteien. Eine Schülerin, 19 Jahre alt, schreibt in einer Klausur im Fach Gemeinschaftskunde, Zitat:

„Die Politik übergeht oft die Probleme, die das alltägliche Leben der Menschen betreffen.“

Im Bericht einer Hamburger Tageszeitung vom 18. Januar 2000 heißt es:

„Parteien liegen auf der Beliebtheitskala eines deutschen Jugendlichen irgendwo im Umfeld zwischen Zimmer aufräumen und Schularbeiten.“

Das haben einige von Ihnen sicher gestern zur Kenntnis genommen. Aus derselben Quelle heißt es:

„Jugendliche finden das, was in den Parteien abläuft, uninteressant und langweilig. Sie wollen auf politische Abläufe Einfluß nehmen, aber sofort und erfolgsorientiert.“

Dies alles hat mit aktuellen Parteispendenaffären nichts zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen; das war auch vorher schon so und wird sich im Moment leider noch verdeutlichen und verstärken. Wir sollten uns um dieses Problem wirklich einmal intensiver kümmern. Ich bitte um Überweisung an die zuständigen Ausschüsse. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Sabine Steffen GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Selbstverständlich freuen wir uns, daß die 1991 von der CDU initiierte Veranstaltung „Jugend im Parlament“ auch im vergangenen Jahr von den Jugendlichen so gut angenommen wurde.

Wie erfolgreich das auf Betreiben der CDU entstandene Projekt ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß auch auf Bezirksebene derartige Veranstaltungen eingerichtet wurden und werden.

Sehr zu begrüßen ist meiner Ansicht nach der modifizierte Ablauf der Veranstaltung. Durch das dazwischen liegende Wochenende stand mehr Zeit zur Verfügung, die von den Jugendlichen auch intensiv genutzt wurde. Dennoch bleibt das Dilemma, daß viele Abgeordnete trotz großen Interesses die Veranstaltung nicht gebührend begleiten können, weil sie vormittags beruflich eingebunden sind. Vielleicht wäre es für die jungen Parlamentarier auch eine interessante Erfahrung, das Spezifikum Feierabendparlament einmal am eigenen Leibe zu erleben; ich denke dabei an die Abendstunden.

Dessenungeachtet haben die Nachwuchspolitiker mit großem Sachverstand eine ganze Reihe von Resolutionen erarbeitet. Unsere Aufgabe wird es sein, diese Vorschläge gewissenhaft und zügig in den Ausschüssen zu behandeln.

C

D

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A In sehr kurzer Zeit haben die Jugendlichen ein erstaunliches Arbeitspensum bewältigt. Die der Bürgerschaft überreichten Resolutionen zeichnen sich durch einen ausgeprägten Realitätssinn aus. An der Breite der bearbeiteten Themen zeigt sich nicht nur das vielfältige Interesse der Jugendlichen, sondern auch, und in ganz besonderem Maße, daß Jugendpolitik eine Querschnittsaufgabe ist. Was von unserem Plenum hier beschlossen wird, hat oftmals weitreichende Folgen für die Zukunft der jungen Menschen in unserer Stadt.

Ganz besonders hat mich gefreut, daß viele Forderungen des politischen Nachwuchses mit denen der CDU übereinstimmen.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ist das wahr?)

In besonderem Maße trifft das auf die Resolution zur Jugendkriminalität zu. Die Überschrift „Prävention stärken – Grenzen aufzeigen“ bringt genau das auf den Punkt, was wir seit Jahren fordern. Offenbar ist auch den Jugendlichen das autistische Verhalten der Verantwortlichen hinsichtlich der Jugendkriminalität nicht entgangen.

Der Nachwuchs argumentiert opferorientiert und setzt sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei ein. Da sich unter den Teilnehmern von „Jugend im Parlament“ auch viele Anhänger der Regierungsparteien befanden – es waren zahlreiche Jusos dabei –, sollten Sie sich ernsthaft fragen, meine Damen und Herren, ob Sie nicht schon seit langem an Ihrer eigenen Klientel vorbeigieren. Das gilt natürlich auch für die Damen und Herren der GAL, Frau Steffen, die mit ihrer Politik die Familie so gern in den Hintergrund drängen möchten.

- B Dieser Absicht wird in dem Abschlußpapier eine ganz klare Absage erteilt. In der Resolution zur Drogenpolitik wird beispielsweise die Bedeutung der Familie hervorgehoben und als stabilisierender Kern verstanden.

Bemerkenswert erscheint mir auch die sehr umsichtige und realitätsbewußte Einschätzung der Arbeitsgruppe Energie. Ein Ausstieg aus der Atomenergie, so resümiert diese, müsse – ich zitiere –: „... möglichst im Konsens der daran beteiligten Gruppen geschehen. Die Energieversorgung muß gesichert sein.“ Das haben wir schon einmal gehört.

Im Bereich der Ausländerpolitik ist ganz klar von Integration die Rede. „Der Ghettoisierung“, so heißt es weiter, „muß Einhalt geboten werden, damit nationalspezifische Konzentrationen nicht mehr grundsätzlich gegeben sind.“ Auch dies sind altbekannte Forderungen der CDU. Erst im April vergangenen Jahres hatte sich die CDU mit einem Antrag für die Verbesserung der Integration ausländischer Kinder bemüht. Leider hat Rotgrün diesen Antrag abgelehnt.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die CDU ist, wie die Jugendlichen es ausdrücken würden, „inhaltlich total gut drauf“.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL – Dr. Holger Christier SPD: Hey, cool man!)

Das verstaubte Image der ewig Gestrigen, was uns unsere politischen Gegner immer so gern andichten möchten, entbehrt jeder Grundlage. Der 68er Kuschelkurs, an dem der Hamburger Senat auch entgegen der öffentlichen Meinung weiter festhält, ist, das zeigt das Abschlußpapier von „Jugend im Parlament“, nicht mehr zeitgemäß. Es sind die Jugendlichen selbst – hören Sie gut zu –, die die Politik aufordern, deutlich Grenzen zu zeigen. Die Jugend von heute

hat ein klares Unrechtsbewußtsein und verlangt, daß sich die Grenzsetzung auch in den jeweiligen Maßnahmenkatalogen niederschlägt. Dies geht so weit, daß der HVV aufgefordert wird, in Bussen und Bahnen mehr Fahrkartenkontrollen durchzuführen; das ist eine beachtliche Forderung von Jugendlichen.

(Zuruf von Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Ich weiß, Frau Sudmann, Sie würden uns noch nicht einmal Beifall spenden.

Sehr interessant sind sicherlich auch die Ergebnisse des Schulausschusses. Hier begegnen uns schwarz auf weiß die Sorgen und Nöte der Opfer des Systems Raab. Entgegen allen Versuchen der Gleichmacherei seitens der BSJB wird von den Jugendlichen Niveausicherung und qualitative Aufwertung der drei Schulabschlüsse gefordert. Auch die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren – bekanntlich eine Forderung der CDU – findet sich hier wieder.

Insgesamt ist die Veranstaltung „Jugend im Parlament 1999“ bisher als erfolgreich zu bewerten. In erster Linie haben die Jugendlichen selbst zu dem Erfolg beigetragen, die mit großem Engagement bei der Sache waren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD)

An dieser Stelle möchte ich aber noch einen Dank an die Bürgerschaftskanzlei und die vielen anderen Helfer richten, die sich unermüdlich eingesetzt haben, sowie ferner an die sehr umfangreiche Pressebegleitung; im Moment sehe ich allerdings nicht sehr viele.

(Beifall bei Klaus-Peter Hesse CDU)

Auf diesen Lorbeeren dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen. Ein Blick auf den Teilnehmerkreis von „Jugend im Parlament“ zeigt, daß es sich überwiegend um bereits politisch Interessierte und Engagierte handelt, das heißt, um junge Menschen, die schon in den Jugendorganisationen der Parteien oder in der Schülerkammer tätig sind. „Jugend im Parlament“ darf jedoch nicht zur Plattform dieser Organisationen und damit zum elitären Debattierclub werden. Wir müssen uns überlegen, wie man auch andere Kreise an die Politik heranzuführt, wie Politik für Jugendliche allgemein interessant werden kann, gerade vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse.

Der desinteressierte Jugendliche von heute ist der Nichtwähler von morgen. Dem gilt es entgegenzuwirken, zum Beispiel mit einem interessanten Politikunterricht in der Schule und auch mit Veranstaltungen wie „Jugend im Parlament“. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Steffen.

Sabine Steffen GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Harlinghausen, ich bin immer ganz glücklich, daß ich die Chance habe, bei solchen Gelegenheiten nach Ihnen zu reden,

(Rolf Harlinghausen CDU: Ja, dann kommt das gleiche Muster!)

weil es mir immer wieder noch Munition für meine Rede gibt, und das macht einfach mehr Spaß. Das zu diesem Teil, der noch nicht zum inhaltlichen gehört.

(Sabine Steffen GAL)

A (Rolf Harlinghausen CDU: Das Peinliche ist, daß Ihnen nichts Neues einfällt!)

Wenn Sie vor mir geredet haben, habe ich glücklicherweise unterschiedliche Reden und nicht immer die gleiche gehalten; das läßt sich feststellen, wenn man es über die Jahre verfolgt. Das war jetzt aber nichts Inhaltliches.

Ich kann mich auf jeden Fall meinen beiden Vorrednern dahin gehend anschließen, daß den Jugendlichen, die sich auch dieses Jahr wieder an der Veranstaltung beteiligt haben, für ihr Engagement, die Ernsthaftigkeit, die Wahrhaftigkeit und die Intensität, mit der sie diskutiert haben und die zu diesen Resolutionen führten, ein großes Lob ausgesprochen gehört. Auch ich finde – wie es Herr Harlinghausen schon ausgeführt hat –, daß sich der Ablauf, der im Ausschuß beim letzten Mal ausführlich besprochen wurde, ganz offensichtlich bewährt hat. Da es sich immer wieder um neue Jugendliche handelt, machen wir vielleicht auch noch einmal andere Erfahrungen. Ich möchte mich zunächst aber dafür aussprechen, den jetzigen Verlauf, so wie die Veranstaltung im vergangenen Jahr durchgeführt wurde, beizubehalten; das macht ganz offensichtlich Sinn.

Ich möchte noch etwas zu den Resolutionen im einzelnen sagen, weil ich die Themenauswahl der beiden Vorredner für sehr interessant halte. Herr Harlinghausen war ja so vermessen festzustellen,

(Rolf Harlinghausen CDU: Können Sie nicht einmal etwas Eigenes bringen?)

daß die Forderungen der CDU im wesentlichen erfüllt worden sind und sich in den Resolutionen widerspiegelt haben.

B Erlauben Sie mir also, von dieser Themenvielfalt und -breite, die angesprochen wurde, noch ein paar Dinge auszuführen. Beispielsweise wurde das Thema Familie angesprochen, und Sie haben sich dabei speziell an die GAL gewandt, die nach meiner Auffassung nicht vor hat, die Familie in den Hintergrund zu drängen. Da gibt es wahrscheinlich irgendwelche Wahrnehmungsdefizite.

Die Jugendlichen haben jedenfalls in einer Resolution festgestellt, daß sie für eine Neudefinition des Begriffs „Ehe und Familie“ sind. Das war vor allem vor dem Hintergrund des Umgangs mit der Homosexualität zu verstehen.

(Holger Kahlbohm SPD: Das kann er nicht lesen!)

Das ist etwas, was ich bisher so nicht in der Forderung der CDU wiedergefunden habe.

(Beifall bei Andrea Franken GAL)

Ferner haben sie sich dafür ausgesprochen, daß die Energien langfristig nur aus alternativen Energiequellen erzeugt werden sollen. Sie haben sich für etwas ausgesprochen, das SPD und GAL in der jetzigen Legislatur bereits zu ihrem Prinzip erhoben haben.

Ich sage es einmal generell: Der Vorrang von Prävention. Dieses wurde aber ausdrücklich im Zusammenhang mit dem Thema Drogen behandelt. Da gab es beispielsweise die Forderung nach der Legalisierung von Cannabis. Auch das ist etwas, das bisher nicht zu den Forderungen der CDU gehörte.

(Beifall bei Andrea Franken GAL)

Interessant fand ich, daß sich die Jugendlichen dann auch noch für ein Party-Ticket beim HVV ausgesprochen haben. Wir werden diese ganzen Ideen in den Ausschüssen detailliert diskutieren.

C Zu den Forderungen der Jugendlichen selbst noch einen kleinen Rat an die Abgeordneten der CDU, sofern es mir erlaubt ist. Man kann sehen, daß diese Resolutionen durchaus Beispiel für die jungen Wilden in Ihrer Fraktion sein können. Dann kommen wir vielleicht auch zu ganz anderen Ergebnissen, die wir uns jetzt noch nicht vorstellen können.

Unsere Aufgabe wird es aber sein, das, was erarbeitet wird und womit wir uns noch intensiv auseinandersetzen werden, ernst zu nehmen. Bei dem Glaubwürdigkeitsverlust, der zur Zeit im Bereich der Politik herrscht, muß das Engagement der Jugendlichen jetzt genutzt werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß Forderungen, die wir durchsetzen können, konstruktiv begleitet werden und klarmachen, daß es lohnt, sich dieser Aufgabe zu stellen, um den Arbeitseifer und den Mut zur Diskussion zu belohnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht kann ich die besinnliche Stimmung und die leeren Bänke etwas mit Leben füllen, indem ich gegen den Strichbürste.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich finde, daß das Ritual, das wir jedes Jahr wiederholen, nicht erfreulich ist. Alle Fraktionen suchen in den Papieren, wo sie über „Jugend im Parlament“ das finden, was ihre Politik bestätigt, nach dem Motto: Wir haben es schon immer gesagt, die Jugend macht genau das.

D Ich könnte jetzt im Gegensatz zu Herrn Harlinghausen sagen, daß ich erschreckt bin, so viele konservative Dinge zu finden. Aber das will ich gar nicht. Ich will auch nicht die Jugendlichen, die heute noch einmal wiedergekommen sind, beschimpfen – und auch nicht die anderen, die nicht da waren –, sondern noch einmal über die Rahmenbedingungen reden.

Es ist gut, daß die Jugendlichen wesentlich mehr Zeit haben als vorher, daß nicht mehr alles so eng und gedrängt ist. Aber ich glaube, der Ablauf an sich ist nicht gut. Es ist doch absolut zufällig, wen die Jugendlichen für Stellungnahmen erreichen und wer kommen kann. Ich habe mit der Baubehörde dort gesessen, das war auch einmal ganz interessant, aber es fehlte der Gegenpart der CDU, und es fehlten Informationen, die weiterreichend sind. Genauso zufällig ist es auch, ob die Jugendlichen in der Gruppe zu den jeweiligen Themen viel Wissen haben. Nach meinem Empfinden läuft es in diesen Gruppen fast so ab wie in den Fraktionen. Es gibt einen oder zwei Fachsprecherinnen oder Fachsprecher, die sagen: Ich weiß das, ihr könnt mir vertrauen, macht das man so! Es gibt viel zuwenig Raum, damit die Jugendlichen in aller Ruhe das entwickeln können, was sie sich vielleicht vorstellen, und dabei eventuell einmal andere Wege finden. Ich habe das Gefühl, wir geben Ihnen nur die Möglichkeit, wie Herr Harlinghausen es nannte, Nachwuchspolitikern und Nachwuchspolitikern zu werden. Ich frage Sie alle: Wollen wir viele kleine Harlinghausens haben? Ich weiß nicht, ob das unser Ziel sein sollte.

(Beifall bei Dr. Martin Schmidt GAL, Lutz Jobs REGENBOGEN – für eine neue Linke und Uwe Grund SPD – Heiterkeit bei REGENBOGEN – für eine neue Linke, bei der GAL und der SPD)

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Ich bin gespannt, wie die Jugendlichen das sehen. Ich würde mir wünschen, daß wir vielleicht andere Formen der Beteiligung finden, indem die Jugendlichen nicht die gesamte Themenpalette abdecken müßten, sondern Zukunftswerkstätten einrichten könnten, sich wesentlich mehr Zeit für ein Thema nehmen und nicht nur auf zufällige Informationen angewiesen wären. Andere Formen der Beteiligung wie Zukunftswerkstätten wären vielleicht auch gut zu den Demokratiespielen der Erwachsenen, die wir uns hier immer liefern.

Vielleicht sollten wir auch den Titel „Jugend im Parlament“ ändern, weil der zu sehr auf unseren Parlamentsbetrieb abstellt, in „Jugend und Politik“ oder „Jugend und ihre Wünsche an Politik“. Ich glaube, daß diese Rituale dann auch nicht mehr so langweilig wären.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die SPD-Fraktion hat beantragt, die Vorlage federführend an den Jugend- und Sportausschuß sowie mitberatend an den Innenausschuß, den Sozialausschuß, den Gesundheitsausschuß, den Schulausschuß, den Gleichstellungsausschuß, den Umweltausschuß, den Bau- und Verkehrsausschuß sowie den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer stimmt diesen Überweisungen zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diesem Begehren wurde einstimmig gefolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 41, Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke auf Einsetzung eines Ausschusses Migrations- und Flüchtlingspolitik.

- B **[Antrag der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke:
Einrichtung eines bürgerschaftlichen Ausschusses
„Migrations- und Flüchtlingspolitik“
– Drucksache 16/3653 –]**

Von wem wird das Wort gewünscht? – Das Wort erhält Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Haus ist so leer, und es besteht nur noch sehr wenig Interesse, daß ich wohl ohne große Probleme mit Uhls kleiner Geschichtsstunde anfangen kann.

(Werner Dobritz SPD: Kürzer! – Uwe Grund SPD: Reden Sie mit uns!)

– Danke für die vielfältigen Anregungen.

Geschichten beginnen immer mit den Worten: „Es war einmal im letzten Jahrtausend ...!“ Und im letzten Jahrtausend gab es tatsächlich einmal etwa 20 Mitglieder der damaligen Bürgerschaft, die gemeinsam über die Lebenssituationen von Migrantinnen und Migranten in dieser Stadt geredet haben. Achtmal haben sie zusammengesessen, diskutierten mit sich und dem Senat, und zweimal hörten sie sich auch Meinungen anderer Menschen an, ob diese vielleicht etwas zum Thema zu sagen hätten. Das hatten diese Menschen, sie hatten sogar sehr viel zu sagen, vielleicht mehr, als die Mitglieder dieses Parlaments damals hören wollten. Deswegen wollten sie es möglicherweise auch nur zweimal hören.

Dennoch hatte das Ganze eine gewisse Wirkung. Bei Ihnen habe ich im Moment gar keine Wirkung. Hallo!

(Uwe Grund SPD: Den Scheiß muß ich mir nicht antun! Ich gehe!)

Ich rede von der Wirkung, die es bei den Leuten damals gab. Die Mitglieder des Parlaments, die damals dabei waren, waren teilweise über die Bösartigkeit so mancher bundesgesetzlicher Regelungen erstaunt. Sie waren wegen so mancher restriktiver Hamburgensien irritiert. Manche schwankten am Ende, ob sie oder er dem eigenen Ungerechtigkeitsempfinden folgen oder den Herrschenden des Landes oder des Bundes blind Vertrauen schenken sollten. Das Ergebnis war damals sehr zwiespältig.

Dennoch wollten sie nicht alles beim alten belassen und forderten ihre Landesregierung auf, gewisse Dinge zu prüfen, auf daß es Verbesserungen im Alltag gebe, weniger Diskriminierungen von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen stattfänden und sich so manches Bundesgesetz ändern möge. Jahre später ist von all diesen Wünschen nur wenig übriggeblieben; nur wenige sind erfüllt worden. Der Senat fühlte sich nur mäßig genötigt, die Ersuchen zu beantworten. Die Forderungen an die Änderungen von Bundesgesetzen, so sagte er, seien an der jahrzehntelang regierenden Bundesregierung gescheitert.

Heutzutage gibt es nicht weniger Diskriminierung und Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen im Alltag, sondern eher mehr. Das ist, wie ich finde, eine traurige Bilanz und durchaus frustrierend. Da, wo sich Parlamentarier und Parlamentarierinnen schon einmal bewegen, bleibt alles noch hinter ihrer Bewegung zurück. Da stellt sich tatsächlich die Frage, was heute anders sein soll, als daß diese Rede, die ich heute halte, nicht auch in zehn Jahren wieder gehalten werden muß. Warum sich also Hoffnungen machen und Arbeit in etwas investieren, was schon einmal gescheitert ist? Ich finde, daß es einige Argumente dagegen anzuführen gibt, zunächst einmal die Rahmenbedingungen.

In Berlin und Hamburg regieren Gruppierungen, die von sich in den letzten Jahren behauptet haben, vieles spürbar besser machen zu wollen, insbesondere auch für Migrantinnen und Migranten sowie für Flüchtlinge. Beide haben diesen Nachweis bisher kaum geführt. Sie könnten durch die neuerliche Formulierung konkreter Anforderungen aus dem Parlament daran erinnert werden und sich dann bei der Umsetzung profilieren.

Die zweite Rahmenbedingung, die sich geändert hat, ist, daß es eine sehr ambitionierte Beauftragte für die Belange von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen gibt. Sie organisiert eine Kampagne und wirbt für die sozialen und politischen Rechte. Sie will das Wort der Integration nicht als puren Anpassungsdruck auffassen, sondern als einen Akt, der auf Gegenseitigkeit angelegt ist. Dieses Vorhaben im Parlament zu unterstützen und der Versuch, einen Ort zu schaffen, wo Diskussionen mit Organisationen, Verbänden und anderen Initiativen stattfinden können, um wirkliche Verbesserungen zu erreichen, sollte zumindest nicht ungenutzt bleiben. Vielleicht erarbeiten wir alle zusammen am Ende sogar so etwas wie Leitlinien für die Hamburger Migrations- und Flüchtlingspolitik, die seit Jahren ausstehen. Letztlich gibt es in diesem Hause wieder eine linke Oppositionspartei, die darauf achten wird, daß Menschen nicht nach ihrem Einreisegrund und damit auch nach ihrem Aufenthaltsstatus sortiert werden, sondern daß die Belange aller Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge gleichermaßen besprochen werden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Sie wird auch darauf achten, daß alle Lebensbereiche besprochen werden. Wo steht eigentlich geschrieben, daß Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten über Jahre zu fünf oder sechs in zwei kleinen Zimmern hausen müssen und daß noch nicht einmal nachgewiesene Krankheiten dazu führen, daß sie angemessen und vergleichbar mit anderen Personen in dieser Gesellschaft untergebracht werden und wohnen können? Diese Fragen und viele andere gilt es zu stellen.

Viele weitere Fragen aus den unterschiedlichen Lebensbereichen stehen im Antrag. Sie wurden mit dem großen Ziel gestellt, einiges zu verwirklichen und zur sozialen, rechtlichen und kulturellen Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten in Hamburg beizutragen. Die Fragen dienen dazu, daß es vielleicht irgendwann einmal nicht mehr nötig sein wird, einen Ausschuß mit den speziellen Fragen von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen zu befassen, weil es eine Gleichstellung gibt, die dann tatsächlich Realität ist.

Weil wir aber noch weit davon entfernt sind, brauchen wir in diesem Parlament einen Ort, an dem wir über Migrations- und Flüchtlingspolitik sprechen und uns gemeinsam streiten und darüber auseinandersetzen können. Deswegen lassen Sie uns den Ausschuß einrichten. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Pumm.

Erhard Pumm SPD: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Bei einer oberflächlichen Betrachtung von Integrations- und Ausländerpolitik könnte man durchaus auf die Idee kommen, man bräuchte in der Hamburger Bürgerschaft speziell so einen Ausschuß.

B

(Mahmut Erdem GAL: Den gab's schon mal!)

Ich denke, daß die Überlegungen in diesem Zusammenhang, wie Sie sie angestellt haben, nicht richtig sein können. Ausländerpolitik muß künftig sehr stark mit einer Politik der Integration verbunden sein. Integrationspolitik muß sehr viel mit Normalität zu tun haben. Daß der Hamburger Senat die Ausländerbehörde dezentralisiert hat, ist ein guter Hinweis darauf, daß auch im staatlichen Handeln möglichst viel Gleichstellung Alltag wird. Migranten sind ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft. Sie haben die gleichen Interessen und Ansprüche, und sie haben hier und da zusätzlich gesonderte Probleme, das ist richtig. Ich möchte, daß sich alle Parlamentarier in allen Ausschüssen mit Integrationspolitik und damit mit Migrationspolitik beschäftigen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Eine gesonderte Betrachtung in einem Ausschuß könnte dazu beitragen, daß die Fachpolitiker in den Ausschüssen immer häufiger sagen: „Darüber sollen die im Migrationsausschuß mal reden.“ Ich halte dies für einen falschen Weg, und deswegen wird die SPD-Fraktion diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD und bei Mahmut Erdem GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Klimke.

Jürgen Klimke CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Gruppe REGENBOGEN hat offensichtlich eine

neue Aktionsplattform für sich definiert und möchte diese dem Parlament mitteilen. Ich persönlich werte das eher als taktische Maßnahme, die einen organisationstechnischen Hintergrund hat. Sie wollen bei den von Ihnen besetzten politischen Themen Ihr knappes Personal positionieren und bündeln.

C

Inhaltlich, Frau Uhl, konnten Sie nicht überzeugen, denn es ist richtig, was Herr Pumm sagte: Alle Aufgaben werden bisher von anderen Ausschüssen wahrgenommen. Wenn man sich Ihren Aufgabenkatalog dieses möglichen neuen Ausschusses ansieht, dann ist er ein Konglomerat aus den Aufgaben des Rechtsausschusses und des Innenausschusses. Sie grasen auch noch im Eingabenausschuß und schrecken auch nicht vor dem Schulausschuß und dem Kulturausschuß zurück. Fertig ist der Arbeitsauftrag; so einfach ist das. Das ist für mich ein unkontrollierter Aktionismus. Folgt man Ihrer Logik, die auch dahinterstehen sollte, müßte für fast jede soziologische Gruppe unserer Gesellschaft ein Ausschuß – wie zum Beispiel ein Rentner- oder Seniorenausschuß, ein Mieterausschuß oder ein Ausschuß für Mittelständler – eingerichtet werden.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Einen Altphilologenausschuß!)

Diesen Zielgruppen geht es genauso wie den Ausländern, denn sie fühlen sich schon in allen anderen Ausschüssen repräsentiert. Ich kann wohl auch für diejenigen Kolleginnen und Kollegen sprechen, die intensiv in den Ausschüssen arbeiten: Die Ausschußbezeichnungen zeigen nur Arbeitsfelder auf, es wird aber versucht, allen Themen gerecht zu werden und sie in die Ausschußarbeit einfließen zu lassen.

Frau Uhl, wir haben mit der neuen Geschäftsordnung ein Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse festgelegt. Der Sozialausschuß kann sich mit der sozialen, der Kulturausschuß mit der kulturellen Situation der Ausländer und der Schulausschuß mit der Schulsituation ausländischer Kinder befassen. Wir brauchen daher keinen Querschnittsausschuß.

D

Lassen Sie uns einen Blick – das wird gern gemacht, um Beispiele aufzuzeigen, wie es andere machen – über Hamburg hinaus werfen. Berlin hat mit einem Ausländeranteil von 13 Prozent an der Gesamtbevölkerung keinen Migrationsausschuß. Die Politiker orientieren sich an den praktischen Anforderungen und nicht an der Schaffung neuer Gremien. Die Integration wird gelebt und nicht verordnet.

Andere Städte mit einem hohen Ausländeranteil wie Düsseldorf mit 18,9 Prozent oder Duisburg mit 17,7 Prozent verzichten auf einen solchen Ausschuß. Das Land Nordrhein-Westfalen mit einem Ausländeranteil von 10,7 Prozent hat in seinem Landtag als Zugeständnis für die Grünen einen solchen Ausschuß eingeführt, damit diese dort ihre Spielwiese haben. Dieses wurde mir wörtlich so gesagt.

(Manfred Mahr GAL: Wo ist denn Ihre Spielwiese?)

Es werden dort nur Aufgaben wahrgenommen, die früher in den bestehenden Ausschüssen behandelt worden sind. Hier ist das Rad nicht neu erfunden worden, sondern es wurde lediglich ein fünftes montiert.

Wenn wir uns Hamburg mit seinem Ausländeranteil von 15 Prozent ansehen, dann glaube ich – das ist deutlich geworden –, daß wir einen solchen Ausschuß nicht brauchen. Denn – und das ist für mich das Entscheidende – wir sollten unsere Gesellschaft nicht spalten. Das ist genau der

(Jürgen Klimke CDU)

- A Kern Ihres Antrages, Frau Uhl. Wir sind eine Gesellschaft mit Querschnittsanliegen. So verstehe ich auch die Aufgaben dieses Parlaments, das diesen gesellschaftlichen Querschnitt zu repräsentieren hat. Unsere Arbeit soll – wie die Arbeit der gesamten Gesellschaft – integrieren und nicht ausgrenzen. Insofern brauchen wir keine Sonderregelung.

Wenn es einmal ganz schlimm kommen sollte, haben wir eine Ausländerbeauftragte, die sicherlich mahndend ihren Finger erhebt, wenn diese Fragen nicht ausreichend im Parlament behandelt werden. Und zuletzt, Frau Uhl, haben wir auch eine Verfassung mit folgender Präambel:

„Sie“

– die Freie und Hansestadt Hamburg –

„will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen den Erdteilen und Völkern der Welt sein.“

Danach haben wir uns zu richten. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU, bei Erhard Pumm SPD und Mahmut Erdem GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Susanne Uhl! Ich will an einer anderen Stelle streiten. Ein neuer Ausschuß für Migrations- und Flüchtlingspolitik ist ein Vehikel und erfüllt eine Alibifunktion für uns alle. Dann sind wir frei und können alle Probleme wegschieben. Ich halte einen solchen Ausschuß für unsere politischen Querschnittsaufgaben für kontraproduktiv. Ein solcher Ausschuß ist segregierend und nicht integrierend.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte, daß wir uns alle mit diesem Thema beschäftigen. Gerade die Beispiele, die unter den Spiegelstrichen aufgeführt wurden, sind Themen für den Gesundheitsausschuß sowie für den Sozialausschuß. Ich bin froh, daß wir für den Bereich Kinder, Jugendliche und Schule in den letzten zwei Jahren auch über jugendliche Flüchtlinge gesprochen und dieses Thema nicht in einen anderen Ausschuß abgeschoben haben. Wir haben einen Gleichstellungsausschuß, der sich ebenfalls damit beschäftigen kann.

Ich bin der Meinung, daß wir die Themen ernst nehmen müssen, denn wir haben noch nicht alle Probleme gelöst. Es gibt genügend Debatten in bestimmten Bereichen, die natürlich auch im Innenausschuß behandelt werden müssen. Ich habe selbst leidvoll 17 Jahre im Ausländerausschuß der GEW mitgearbeitet. Wir haben diesen in den neunziger Jahren umbenannt. Wenn Sie sich das Wort „Ausländerausschuß“ einmal auf der Zunge zergehen lassen, wissen Sie warum. Aber die Umbenennung allein reicht nicht aus. Meine Ausschußkollegen und ich stellten immer eine Minderheit dar. Erst nachdem unser Kollege Dr. Hans-Peter de Lorent Vorsitzender wurde, hatten wir es besser. Probleme mit Migrantinnen in Gymnasien wurden in diesen Ausschuß abgeschoben, denn diese fühlten sich dafür nicht zuständig und wollten damit nichts zu tun haben. Aber das ist eine Querschnittsaufgabe.

Im Antrag steht, daß die Gesellschaft am Umgang mit ihren Minderheiten gemessen wird. Man kann sich nicht an einem Ausschuß messen, sondern an den Vorgaben und Leitlinien für eine Migrationspolitik. Ich möchte grüne Maximalforderungen umsetzen, die keine Sonderung sind. Ich

möchte in allen Ausschüssen zu diesem Thema heftig streiten. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wir haben gerade ein Plädoyer dafür gehört, den Gleichstellungsausschuß abzuschaffen und die Ausländerbeauftragte nach Hause zu schicken, es soll keine besonderen Gesetze für Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge und auch keine Ausländerbehörde mehr geben. Hier wurden Reden gehalten unter dem Motto: Alles ist gut.

(Christa Goetsch GAL: Das ist Quatsch!)

Sie wissen alle, daß das grober Unsinn ist und daß die von uns aufgeschriebenen Aufgaben in den anderen Ausschüssen nicht besprochen werden. Ich frage, warum das nicht stattfindet.

Der Gleichstellungsausschuß ist ein Beispiel dafür, daß auch konkrete Fördermaßnahmen für eine Mehrheit entwickelt und auf den Weg gebracht werden müssen. Es gibt in dieser Stadt eine gewichtige Gruppe von Menschen, die in ihren unterschiedlichen Lebensbereichen Diskriminierungen und Ausgrenzungen ausgesetzt ist. Das Parlament hat sich mit dieser Querschnittsaufgabe in den Ausschüssen – anders als Frau Goetsch es gesagt hat – nicht befaßt. Sondern das Gegenteil ist der Fall: Es wird überhaupt nicht darüber geredet.

(Erhard Pumm SPD: Das stimmt nicht!)

– Es wird zumindest nicht hauptsächlich darüber geredet. In allen Ausschüssen, in denen ich vertreten bin, findet das nicht in dem notwendigen Umfang statt.

Deswegen ist unser Antrag der Versuch, die Kampagne zu begleiten und gemeinsam Strategien zu entwickeln, zusammenzutragen und dann aufzuschreiben. Im Prinzip soll die von der Ausländerbeauftragten geleistete Arbeit von diesem Ausschuß gestützt und vor allen Dingen alle offenen Fragen besprochen werden. Es ist demagogisch, zu sagen, daß dieses Vorhaben die Menschen spaltet und nicht integriert. Das Gegenteil ist der Fall. Ihr versucht auch immer, dieses mit dem Gleichstellungsausschuß nachzuweisen. – Danke.

(Beifall bei der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer will dem Antrag zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig abgelehnt worden.

(Zurufe von der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke)

– Es tut mir leid, Sie haben sich nicht gemeldet.

(Erhard Pumm SPD: Dann hat die Diskussion ja wenigstens etwas gebracht!)

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 17: Bericht der Polizeikommission.

**[Senatsmitteilung:
Bericht der Polizeikommission
– Drucksache 16/3382 –]**

(Vizepräsidentin Sonja Deuter)

- A Diese Vorlage möchte die Gruppe REGENBOGEN an den Innenausschuß überweisen. Wer möchte hierzu das Wort? – Das Wort hat Herr Mahr.

Manfred Mahr GAL: Frau Präsident, meine Damen und Herren! Am 30. November vergangenen Jahres hat die Polizeikommission ihren ersten Rechenschaftsbericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Die daraufhin von der CDU und Polizeigewerkschaften verbreitete Aufregung zeigt mir allzu deutlich, wie wichtig diese Einrichtung ist. Denn die vorgebrachte Kritik könnte substanzloser nicht sein. Wahrscheinlich müßten wir uns ernsthaft Gedanken machen, wenn die erklärten Gegner der Polizeikommission geschwiegen hätten.

Es ist zum Beispiel von unberechtigter pauschaler Kritik die Rede. Ich habe beim Durchlesen des Berichtes beim besten Willen nicht erkennen können, daß durch einen Rundumschlag die Arbeit der Polizei in Hamburg schlechtgemacht wird. Die Polizeikommission hat anhand konkreter Einzelfälle Arbeitsabläufe bei der Polizei analysiert und daraus Empfehlungen abgeleitet. Das ist ihre Aufgabe. Auch während des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Hamburger Polizei“ wurde von Einzelfällen auf Fehler im System geschlossen. Nur so kann es funktionieren; über diesen Weg bestand seinerzeit jedenfalls fraktionsübergreifend Konsens.

Daß die Gewerkschaft der Polizei jetzt bemängelt, daß „Roß und Reiter“ nicht genannt würden, ist ziemlich absurd. Denn das Gesetz läßt es aus gutem Grund nicht zu, Einzelfälle personenbezogen zu thematisieren. Darüber hinaus würden gerade diejenigen, die jetzt diesen Umstand beklagen, die ersten sein, die bei einer personenbezogenen Berichterstattung von Prangerwirkung des Kommissionsberichtes sprechen würden. Der geniale Vorschlag meines Kollegen Freiberg, für die Kosten der Polizeikommission sollten doch besser fünf Polizisten eingestellt werden, spricht Bände. Zustimmung aus den eigenen Reihen heischend, zeigt hier ein Gewerkschaftsvertreter, daß er aus den unbestreitbaren Erkenntnissen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses keine Konsequenzen gezogen hat und sie auch nicht ziehen will; das ist bitter. Es ist vor allem deshalb höchst bedauerlich, weil Funktionäre der Polizeigewerkschaften eine wichtige Rolle im Meinungsbildungsprozeß der Polizei spielen und damit auch ein besonders hohes Maß an Verantwortung tragen.

Der Bericht der Polizeikommission zeigt, daß die vom Untersuchungsausschuß analysierten Mechanismen von negativem Korpsgeist, Schweigemauern, Fremdenfeindlichkeit und strukturellen Führungsproblemen weiterhin existieren. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Organisationen wie die Polizei, die als Träger des Gewaltmonopols in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreifen dürfen, werden immer dieser Gefahr ausgesetzt sein. Ich kann mich noch an unseren Abschlußbericht und die Aussagen von Herrn Dr. Karpen erinnern, daß nämlich die strukturellen Probleme für die Polizei in Großstädten nicht nur in Deutschland, sondern auch grundsätzlich typisch seien. Die Frage ist aber, in welchem Maß es uns gelingt, derartige Erscheinungsformen zurückzudrängen und damit das Vertrauen in die Polizei zu stärken. Denn es geht gerade nicht darum, gute Arbeit zu diskreditieren. Sondern es geht darum, Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Dies stärkt das Ansehen der Polizei in der Demokratie, stärkt aber auch denjenigen den Rücken, die ihren Polizeidienst verantwortungsvoll verrichten wollen.

Gerade diesen Beamten werden von Kolleginnen und Kollegen häufig Knüppel zwischen die Beine geworfen, die ihre Position zum Mißbrauch der ihnen übertragenen Macht ausnutzen. Wir haben die Polizeikommission beauftragt, derartige Mißstände aufzuzeigen. Deshalb sollten wir sie dafür jetzt nicht kritisieren.

Ich gestehe gern ein, daß auch ich etwas ungeduldig wurde, als die Polizeikommission nach ihrem ersten öffentlichen Auftritt im September 1998 lange nichts von sich hören ließ. Denn betroffene Bürgerinnen und Bürger werden sich nur dann an die Kommission wenden können, wenn sie wissen, daß es eine solche Einrichtung gibt. Wiederholt haben mir ratsuchende Personen, die ich an die Kommission verwiesen habe, deutlich gemacht, daß sie von der Arbeit der Polizeikommission oder ihrer Existenz bisher noch nichts gehört hätten. Diese Situation den Polizeikommissionsmitgliedern vorzuwerfen, wäre ungerecht. Die Kommission hat deutlich gemacht, welche organisatorischen Anlaufschwierigkeiten es gegeben und in welchem Maße sie sich engagiert hat. Gegenstand unserer Beratungen wird es sicher auch sein müssen, inwieweit die Ehrenamtlichkeit eine professionelle Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben sicherstellt und wie die faktische Behinderung der Arbeit durch die verzögerte Herausgabe von Akten durch die Hamburger Staatsanwaltschaft minimiert werden kann. Denn die lange Bearbeitungsdauer durch die Kommission hat zum Teil Unmut bei den betroffenen Menschen ausgelöst.

Ich werde nicht auf alle Punkte des Berichtes eingehen; wir werden dazu noch genügend Zeit im Innenausschuß haben. Dort können sicher auch an die Kommissionsmitglieder Fragen gestellt und diese auch von ihnen beantwortet werden. Auf einige Dinge möchte ich aber hinweisen.

Die von der Kommission festgestellte sogenannte Hierarchie der Glaubwürdigkeit kann Fachleute ernsthaft nicht überraschen. Es ist menschlich verständlich, daß Staatsanwaltschaft und Gerichte Polizisten eher Glauben schenken als beschuldigten Bürgerinnen und Bürgern. Denn grundsätzlich sollte man davon ausgehen dürfen, daß nur solche Menschen Polizisten mit derart weitreichenden Eingriffsbefugnissen werden können, die auch als Personen integer sind. Wenn aber Polizisten einer Straftat oder anderer Fehlverhalten beschuldigt werden und wenn – wie es in dem Bericht heißt – „entsprechende Aussagen im Falle mehrerer Polizeizeugen häufig bis in Formulierungen hinein identisch ausfallen“ – wir erinnern uns an den Untersuchungsausschuß –, sollten alle Alarmglocken klingeln. Dann muß es schon bitter aufstoßen, wenn die Staatsanwaltschaft durch diese Merkmale nicht aufmerksam wird und nachermitteln läßt. Das Thema „Abgesprochene Aussagen“ war doch eines der zentralen Themen, die wir behandelt haben.

Auch der Umgang der Polizei mit Ausländern ist ein zentraler Punkt des Kommissionsberichtes. Nur so viel: Der Kommissionsbericht macht anschaulich deutlich, auf welcher Gratwanderung sich Polizistinnen und Polizisten bewegen, wenn sie Kontrollen bei Nichtdeutschen durchführen. Hier nicht der Gefahr zu unterliegen, sich von Vorurteilen leiten zu lassen und sich vorwerfen lassen zu müssen – ich sage dies einmal so deutlich –, nach Hautfarbe zu kontrollieren, setzt angesichts der politischen und polizeilichen Vorgaben zur Drogenbekämpfung und der vorhandenen polizeirechtlich geschaffenen Möglichkeiten zur Personenüberprüfung ein hohes Maß an Reflexion und Selbstbewußtsein, an Rollendistanz und Professionalität voraus. Deshalb wird dieses Spannungsfeld auch künftig

C

D

(Manfred Mahr GAL)

- A eine wichtige Aufgabe der Polizeikommission sein müssen. Denn häufig fühlen sich Betroffene bei entsprechenden Personenkontrollen der Situation hilflos ausgeliefert und gedemütigt.

Einen Vorschlag der Kommission möchte ich schon jetzt positiv herausstellen. Sie erinnern sich sicher alle an die Berichterstattung über einen HEW-Mitarbeiter, der in den frühen Morgenstunden von Beamten in Zivil für einen Einbrecher gehalten und bei der Festnahme schwer verletzt wurde. Im Ergebnis befanden sich die Beamten in rechtmäßiger Amtsausübung, weil sie von einer Anscheinungsgefahr ausgingen. Der HEW-Mitarbeiter durfte sich aber wehren, weil er die Beamten nicht als Polizeibeamten identifizieren konnte und von einem Überfall ausging. Nach geltendem Recht steht in solchen Fällen den Opfern leider kein Schadensersatz zu. Ich habe es nicht glauben wollen, aber es ist so. Das ist in der Tat unerträglich. Für solche Fälle schlägt die Kommission – es ist dort offensichtlich nicht nur ein, sondern ein weiterer vergleichbarer Fall anhängig – die Bildung eines Fonds vor, aus dem derartige Schäden beglichen werden könnten. Hier sollten wir über Lösungsmöglichkeiten wie beispielsweise über einen Fonds oder anderes nachdenken. Aber es besteht Handlungsbedarf, um Entscheidungen herbeizuführen; die bisherige Regelung ist ungerecht.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Mit dem ersten Bericht hat die Polizeikommission Geschichte geschrieben. Erstmals ist eine extern wirkende Einrichtung zur Kontrolle der Polizei in einem Land der Bundesrepublik tätig geworden und schickt sich an, zu einer festen Einrichtung zu werden. Dies wird mittelfristig, wenn wir das parlamentarisch unterstützen – das ist natürlich Voraussetzung –, nicht ohne Auswirkung auf die anderen Bundesländer bleiben können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei haben einen Anspruch auf eine professionelle und gut funktionierende Kontrolle. Ich empfehle ihnen, dies als positives Angebot für eine Verbesserung der Polizeiarbeit anzunehmen und zu nutzen. Ich bin mir sicher, daß sich die mißtrauische Ablehnung und Haltung von Teilen – das sage ich bewußt, denn es gibt auch andere Stimmen – innerhalb der Polizei legen wird. Vergleichbare Entwicklungen im Ausland lassen das erwarten. – Vielen Dank.

B

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Anlässlich der Einweihung des neuen Polizeipräsidiums sprachen sowohl der Erste Bürgermeister als auch der Innensenator im Zusammenhang mit unserer Polizei von Offenheit, Modernität und Bürgernähe. Ich halte diese Grundprinzipien im Bereich der staatlichen Sicherheitsorgane für unabdingbar und selbstverständlich.

Der Bericht der Polizeikommission spricht für die Modernität und Aufgeschlossenheit der Hamburger Polizei. Die Einrichtung dieser Kommission ist ein Zeichen von Stärke. Wir wollen und können es uns erlauben, mögliche Konflikte offen anzusprechen, und bieten Betroffenen die Möglichkeit, sich an eine externe Instanz zu wenden, die Probleme mit und in der Polizei zu lösen versucht.

Hinter der Kommission liegt ein Jahr Arbeit. Für ihre Akzeptanz spricht unter anderem die Tatsache, daß Be-

schwerden auch aus Reihen der Polizistinnen und Polizisten an die Kommission gerichtet worden sind. Die Kommission selbst spricht davon, daß sie von den Beamten nur schleppend angenommen worden sei. Ich bin davon nicht überrascht. Es ist nachvollziehbar, wenn sich die Polizeivertreter zunächst abwartend verhalten. Eine neue und von außen beobachtende Instanz kann eher leicht als Belastung denn als Bereicherung begriffen werden. Dennoch haben sich einige von ihnen dieser Einrichtung bedient. Das ist durchaus positiv.

Erfreulicherweise fallen die insgesamt 47 relevanten Beschwerden mit den in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Konflikten tatsächlich ausgesprochen gering aus. Besonders augenfällig wird dies dann, wenn man dazu die etwa 8000 Vollzugsbeamten in Relation setzt.

Verfehlungen, so bedauerlich sie auch sind, wird es in einer solchen Organisation immer geben. Um solchen Situationen vorzubeugen und Versäumnisse adäquat aufzuarbeiten, gibt es neben anderen effektiv arbeitenden Instanzen – wie etwa dem Dezernat Interne Ermittlungen – auch diese Kommission.

Nach der Kommissionsarbeit von einem Jahr können wir noch keine abschließenden Bewertungen vornehmen. Auch die Kommission selbst hält sich damit zurück. Verschiedene Beschwerdepunkte lassen sich dennoch herausfiltern. Eines von ihnen möchte ich herausgreifen, weil hier Erfahrungen und Empfehlungen des Untersuchungsausschusses „Hamburger Polizei“ eine große Rolle spielen: der Umgang mit Ausländerinnen und Ausländern. Hier kam es anscheinend vermehrt zu Auffälligkeiten. Es hat immer wieder konfliktrichtige Situationen bei Personenkontrollen, insbesondere im Bereich des Hauptbahnhofs oder des Schanzenviertels gegeben. Wo es sich erkennbar um ausländische Mitbürger handelt, die auch deshalb mit bestimmten Delikten in Zusammenhang gebracht werden, kommt es auf beiden Seiten leichter zu vorurteilsbehafteten Verhaltensweisen. Hier stehen die Beamten vor einer schwierigen Situation, deren Bewältigung ihnen viel Geschick, Augenmaß und Selbstbeherrschung abverlangt. Diesbezüglich wird ein großes Angebot von auch extern durchgeführten Fort- und Ausbildungsveranstaltungen vorgehalten. Deren Wahrnehmung steht im freiwilligen Ermessen der Polizistinnen und Polizisten.

Neben der Überlegung, die Beamten zur Teilnahme zu verpflichten, könnte man auch einen anderen Gedanken verfolgen: Könnte man nicht dafür sorgen, daß junge Kolleginnen und Kollegen bei Einsätzen in derartigen Situationen von erfahrenen und bewährten älteren Beamten begleitet werden? Oder sollte nicht wenigstens ein Teil der dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen nachweisbar an den beschriebenen Schulungen teilgenommen haben? Dies würde sicher zur Entspannung in Konfliktsituationen beitragen.

Die Polizeikommission hat sich bisher als Ergänzung zu den bereits vorhandenen Beschwerde- und Ermittlungsinstanzen erwiesen; als solche war sie auch gedacht. Mit jedem Jahr werden wir konkreter beurteilen können, wie effektiv und notwendig diese Kommission wirklich ist. Die Verdienste anderer Ermittlungs- und Aufklärungsinstanzen, insbesondere der polizeiinternen, werden dadurch nicht negiert. Es gibt vielmehr ein abgerundetes Bild der Überprüfungsmöglichkeiten.

Ich möchte abschließend noch einmal betonen: Wir mißtrauen unserer Polizei nicht, wir vertrauen ihr. Es geht

C

D

(Dr. Martin Schäfer SPD)

- A darum, ihren Topstandard zu halten und auszubauen. Deshalb muß der Leistungsstand stets aufs neue kontrolliert werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Vahldieck.

Heino Vahldieck CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die positive Einschätzung, insbesondere von Herrn Mahr, aber auch von Herrn Dr. Schäfer, über die Arbeit der Polizeikommission teile ich ausdrücklich nicht.

Die Polizeikommission ist sozusagen der fleischgewordene Ausdruck des Mißtrauens gegenüber der Polizei. Dies wird von der Polizei auch so empfunden. Die Polizei empfindet sich allein durch die Existenz der Polizeikommission unter Generalverdacht; wir halten das für unangebracht und für nicht zugänglich. Die Kommission hat diese Aufgabe auch dankbar angenommen. Der Bericht zeigt auch keine Überraschungen auf, denn wenn man Negatives finden will, findet man immer etwas. Wenn dies nicht gelungen wäre, wäre Herr Mahr sicherlich nicht so begeistert gewesen. Denn wenn im Bericht positive Ergebnisse gestanden hätten, wäre das nicht in Ihrem Sinne gewesen, Herr Mahr; so schätze ich Sie zumindest ein.

Die Polizeikommission hat keine Fakten gefunden, sondern es sind vielmehr Eindrücke, Emotionen, vage Verdachte, nebulöse Befürchtungen und Begriffe wie „Hierarchie der Glaubwürdigkeit“ herausgekommen. Diese Aussagen werden einer soliden Prüfung nicht standhalten können. Das ist unser erster Eindruck. Im Innenausschuß werden wir darüber sicher sprechen.

- B Es ist richtig, was Herr Freiberg in diesem Zusammenhang gesagt hat. Die Kosten für die Polizeikommission in Höhe von 400 000 DM wären besser für die Gehälter von fünf Polizisten angelegt. Das finde ich absolut zutreffend.

(Manfred Mahr GAL: Und die kontrollieren sich dann gegenseitig, oder wie?)

– Herr Mahr, was den Sicherheitsgewinn betrifft, sind die Gehälter für fünf Polizisten sinnvoller angelegt als für drei von hauptamtlichen Mitarbeitern unterstützte ehrenamtliche Kommissionsmitglieder, die in Ergänzung zu einer Vielzahl anderer Instanzen – wie beispielsweise Gerichte – die Aufgabe haben, die Rechtmäßigkeit von Polizeihandeln zu überprüfen.

(Manfred Mahr GAL: Wir können auch das Parlament abschaffen, und der Senat regiert alleine!)

– Ja, wir haben das Parlament und die Deputation, die DIE und die Gerichte, und wir haben die Dienst- und Fachaufsicht. Am Ende kommt nun auch noch die Polizeikommission dazu. Eine besondere Gruppe wird unter besondere Beobachtung gestellt; das ist unangebracht.

(Beifall bei der CDU – Manfred Mahr GAL: Wir haben doch Vertrauen!)

Für mich steht fest, daß das der Sicherheit in unserer Stadt nichts bringen wird. Das Geld wäre anderswo besser aufgehoben gewesen. Die von der Polizeikommission zu Papier gebrachten Vorstellungen, Herr Mahr, daß es sinnvoller wäre, eine Professionalisierung durchzuführen, mit anderen Worten: die Kosten noch mehr hochzujubeln. Wir halten das geradezu für einen Aberwitz und werden uns mit Sicherheit darauf nicht einlassen.

(Manfred Mahr GAL: Haben Sie den Bericht überhaupt gelesen?)

C

Wir werden dies im Innenausschuß erörtern. Die Polizeikommission und die Polizeiführung werden dort sicherlich die Möglichkeit haben, sich dazu zu äußern. Wir sehen dem mit Interesse entgegen. Aber insgesamt wird meine skeptische Haltung durch den vorgelegten Bericht der Polizeikommission bestätigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Frau Uhl.

Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke: Herr Vahldieck, ich bin erstaunt und etwas irritiert.

(Heino Vahldieck CDU: O Gott!)

Ich habe das Gefühl, daß ich nicht mehr weiß, was Sie aus dem Polizeiskandal gelernt haben. Ich frage mich, was Sie seitdem vergessen haben. Sie haben in einem gemeinsamen Bericht aller Fraktionen festgestellt, daß es bei der Polizei strukturelle Probleme gibt, die dazu führen würden, daß das Fehlverhalten einzelner gedeckt werde. Eine Polizeikommission war das Ergebnis der Untersuchung des gesamten Parlaments über den Polizeiskandal.

Und jetzt passiert mit Ihnen noch viel mehr als vielleicht mit dem Senator, es passiert etwas ganz Denkwürdiges. Am Senator läßt es sich vielleicht am besten beschreiben. Da ist ein Mann mit Macht und einer dicken Fraktion im Hintergrund, und der beschließt, daß nur drei Leute – bis auf uns aus allen Spektren dieses Parlaments – ehrenamtlich eine Polizeikommission bilden sollen, also abends, am Wochenende und so weiter. Er fordert ihnen viel ab. Diese drei sollen Ansprechpartnerinnen für alle sein, die mit Polizei zu tun haben, für die Ordnungshüter selbst wie auch für alle, die in irgendeiner Weise mit ihnen konfrontiert werden, also mit vielen Menschen, und es kamen auch viele Menschen zu der Kommission.

D

Die Kommission hat aufgeschrieben, was noch an strukturellen Problemen in der Polizei steckt. Viele von uns kennen Teile dieser Probleme, weil sie im PUA „Hamburger Polizei“ waren und sich im Mehrheitsbericht sogar viele von den jetzt genannten Problemen wiederfinden.

Was passiert dann? Diese Kommission stellt ihren Bericht vor, indem sie das konstatiert und sozusagen eine Handreichung gibt, Probleme anzugucken und Schlußfolgerungen für Demokratisierung und Enthierarchisierung der Polizei daraus zu ziehen. Diese Schlußfolgerungen liegen vor, und damit soll nicht nur dieses Parlament, sondern auch dieser Senat etwas tun.

Was ist die Reaktion des einen Mannes mit der Macht und der dicken Fraktion im Hintergrund? Die Reaktion dieses einen Mannes mit der Macht und der dicken Fraktion im Hintergrund ist, das sei alles nicht ernst zu nehmen und unsubstantiiert, man habe Roß und Reiter nicht benannt. Im übrigen stellt er sich mal wieder vor, hinter und neben seine Polizei.

Gleichzeitig war dieser Mann aber auch derjenige, der beschlossen hat, daß die Polizeikommission nur mit drei Menschen und ehrenamtlich arbeiten kann; das ist eine extrem scheinheilige Argumentation. In dem Moment, wo sie einen Arbeitsstab hätten, wäre es garantiert möglich, Roß und Reiter zu benennen.

(Susanne Uhl REGENBOGEN – für eine neue Linke)

- A Von daher ist das sehr viel Stoff, was die Kommission vorgelegt hat, mit dem sich dieses Parlament auch auseinandersetzen muß, und ich hoffe, daß es das tun wird.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Das Wort erhält Herr Senator Wrocklage.

Senator Hartmuth Wrocklage: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Vahldieck hat eben die Kommission als das Fleisch gewordene Mißtrauen bezeichnet. Ich möchte dem ausdrücklich widersprechen, denn es handelt sich bei dieser Kommission gerade nicht um institutionalisiertes Mißtrauen, sondern um ein Frühwarnsystem, Herr Vahldieck, das dieses Parlament im übrigen durch Gesetz beschlossen hat, unabhängig von den Mehrheiten, die es gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund schulden Innenbehörde und Polizei diesem Gesetz und damit der Kommission und natürlich auch den dort tätigen Personen, die ihre ehrenamtliche Arbeit leisten, Respekt. Wir sollten mit dieser Kommission vorsichtig und behutsam umgehen.

Wir haben ohne Zögern diesen Bericht dem Parlament zugeleitet, weil wir auch gar nichts zu verbergen haben und uns vor dem Vorwurf schützen wollten, wir würden etwas zurückhalten. Wir haben Ihnen diesen Bericht mit der Ansage zugeleitet, daß der Senat in Kürze Stellung nehmen werde. Wir haben inzwischen eine Drucksache erarbeitet, die in dieser Woche noch in die Behördenabstimmung geht. Das heißt, wir werden das Parlament voraussichtlich Anfang Februar erreichen können.

- B Das ist auch der richtige Zeitpunkt, um sich mit den hier genannten Aussagen der Polizeikommission auseinanderzusetzen. Wir werden uns mit jedem einzelnen Vorschlag sorgfältig auseinandersetzen. Insofern sollten wir die Diskussion im Innenausschuß abwarten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Sonja Deuter: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wer möchte die Vorlage an den Innenausschuß überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieses Begehren wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 10: Große Anfrage der CDU zur Überlastung von Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Überlastung von Gerichtsvollzieherinnen und
Gerichtsvollziehern in Hamburg
– Drucksache 16/3397 –]**

Für diese Vorlage beantragt die SPD-Fraktion eine Überweisung an den Rechtsausschuß. Wer wünscht hierzu das Wort? – Das Wort erhält Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Die starke Belastung von Gerichtsvollziehern seit Anfang 1999 hat die CDU-Fraktion veranlaßt, diese Große Anfrage an den Senat zu richten. Der Arbeitsanfall in diesem Bereich führt seit Jahren zu der Situation, daß zwischen Eingang eines Zwangsvollstreckungsauftrags und dessen Erledigung teilweise sechs Monate liegen. Seit der Beantwortung dieser Großen An-

frage wissen wir, daß es zum Teil sogar mehr als sechs Monate sind. Doch eine Vollstreckung von Zwangsvollstreckungsbeiträgen nach einem Gerichtsurteil lebt davon, daß sie möglichst schnell stattfindet und der Schuldner nicht verschwindet oder die Sachen zum Verschwinden bringt.

Die starke Beanspruchung der Hamburger Gerichtsvollzieher ist aber auch auf das Inkrafttreten der Zweiten Zwangsvollstreckungsnovelle zurückzuführen. Seit dieser Gesetzesreform ist es Aufgabe der Gerichtsvollzieher, eidesstattliche Versicherungen abzunehmen. Diese Aufgabe oblag vorher den Rechtspflegern. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies: 72 795 beantragte Verfahren zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung und 20 953 durchgeführte Verfahren müssen von der gleichen Zahl der Gerichtsvollzieher zusätzlich erledigt werden. Hinzu kommt eine Steigerung von persönlichen Zustellungen und anderen Postzustellungen in einer Größenordnung von mehr als 11 000.

Diese Mehrarbeit kann nicht ohne weiteres bewältigt werden. Es muß so zu starken, nicht mehr als hinnehmbar zu bezeichnenden Verzögerungen kommen. So warten einige Gläubiger nicht nur sechs Monate seit Antragstellung auf irgendeine Rückmeldung des Gerichtsvollziehers, sie warten schon vorher im Rahmen des Gerichtsverfahrens auf eine Meldung, daß das Urteil endlich gesprochen worden ist – das dauert bekanntlich lange –, und dann warten sie noch über sechs Monate und länger. Ich habe bei mir in der Anwaltskanzlei Fälle, in denen der Gerichtsvollzieher sich noch nicht einmal gemeldet hat und zum Teil unbekannt war, wer der zuständige Gerichtsvollzieher ist. Nach sechs Monaten mußten wir das herausfinden; das sind untragbare Zustände. Sie können einen Schuldner nicht so in der Luft hängen lassen. Es geht nicht nur um den Gläubiger, es geht auch darum, daß der Schuldner Rechtssicherheit hat, was passieren soll. Das sind keine Zustände; soweit die Beschreibung der Situation.

Die Fragen in der heutigen Debatte lauten: Was hat der Senat gemacht, um dieser vorhersehbaren Situation zu begegnen, denn dieses Gesetz war bekannt, und was will er tun, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist und wir diese Überlastungssituation haben?

(Präsidentin Ute Pape übernimmt den Vorsitz)

Zur ersten Frage nach der Antwort des Senats ist zu sagen, daß er, obwohl ihm die Auswirkungen vorher bekannt gewesen sein mußten, nichts getan hat. Die Schlagkraft der Gerichtsvollzieher wurde dadurch zusätzlich untergraben. Es sind keine zusätzlichen Stellen geschaffen worden. Wir konnten heute der Presse entnehmen, daß überlegt wird, Übergangsmaßnahmen zu treffen, dies aber erst, seitdem wir die Große Anfrage gestellt haben und der Gerichtsvollzieherbund sich massiv dafür einsetzt und die Rückstände inzwischen in derartigen Summen aufgelaufen sind, daß sie kaum abarbeitbar sind.

Praktisch hat der Senat in einem Bereich, der die ganzen letzten Jahre schon sehr lange Bearbeitungszeiten aufwies, sieben Stellen gestrichen. Da die fünf Gerichtsvollzieher in Ausbildung sind und die fünf vorübergehend eingesetzten Rechtspfleger noch nicht einmal ausreichen, um die Personalabgänge in diesem Bereich zu ersetzen, bleibt Fakt, daß Vorsorge nicht getroffen wurde.

Was will der Senat tun, um das Problem zu lösen? Er will abwarten und Überbrückungsmaßnahmen treffen, wobei er noch nicht weiß, welche Maßnahmen genau zum Einsatz

(Viviane Spethmann CDU)

- A kommen. Ob das tatsächlich der Fall ist, was heute in der Zeitung steht, weiß ich, ehrlich gesagt, nicht. Ich weiß nur, daß zum Zeitpunkt der Antwort auf die Große Anfrage der Gerichtsvollzieherbund genau diese Mitteilung bekommen hat, man wolle sich zwar Gedanken machen, könne aber aufgrund der Haushaltssituation nichts zusagen.

Dieser Bereich muß personell verstärkt und sofort unterstützt werden. Es kann auch nicht lauten, wir müssen überall sparen. Richtig ist, daß wir von Sparzwängen in jedem Bereich betroffen sind, aber zumindest im Bereich hoheitlicher Aufgaben – und die Gerichtsvollzieher haben eine hoheitliche Aufgabe – müssen wir in der Lage sein, die an den Staat gestellten Aufgaben zu erledigen. Was nützt es den Bürgern, wenn sie zum Teil nach sehr langen und teuren Gerichtsverfahren recht bekommen, der Staat aber nicht sicherstellt, daß sie ihr Recht durchsetzen können? Was bedeutet ein Urteil, das sie letztendlich nur noch an die Pinnwand nageln können? Es führt dazu, daß die Menschen Vertrauen in die staatliche Institution verlieren, und unterstützt Tendenzen, bei der Durchsetzung von Recht nicht auf den Staat zu vertrauen, sondern die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Zu einer Kernaufgabe unseres Staates gehört es, die Rechtspflege so auszustatten, daß sie funktioniert. Insofern freue ich mich, daß wir das Thema zumindest im Rechtsausschuß weiter behandeln werden, und hoffe darauf, daß wir – vielleicht gleich noch in der Rede der Senatorin – positive Ergebnisse zu hören bekommen, wie dieser Bereich verstärkt werden wird. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

- B **Präsidentin Ute Pape:** Das Wort hat Herr Ellger.

Dietrich Ellger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das von der CDU angemeldete Thema beschäftigt auch die SPD-Fraktion schon seit geraumer Zeit, zum Beispiel in intensiven Gesprächen mit dem Gerichtsvollzieherbund. Die Gewährleistung der zivilrechtlichen Zwangsvollstreckung ist eine bedeutende Aufgabe des Staates. Da das Faustrecht und ihm verwandte Formen der Durchsetzung privatrechtlicher Ansprüche gottlob seit der Neuzeit nicht mehr gelten und der Staat das Monopol für die zwangsweise Vollstreckung hat, muß der Staat auch dafür Sorge tragen, daß dieses System funktioniert.

Dabei kann selbstverständlich der Staat keine Garantie dafür übernehmen, daß das im sogenannten Erkenntnisverfahren erstrittene Urteil oder ihm gleichgestellte Vollstreckungstitel auch mit Erfolg exekutiert werden. Aber der Staat muß das Instrumentarium bereitstellen, damit der Gläubiger alsbald zu seinem Recht kommt. Wenn der Staat hier versagt, wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat nachhaltig erschüttert.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Sehr richtig!)

Vor diesem Hintergrund haben wir die Lage bei den Gerichtsvollziehern zu betrachten, und da gibt es gar keinen Zweifel, daß die Gerichtsvollzieher überlastet sind. Die Vollstreckungsabläufe sind infolgedessen langsam, und es droht die Gefahr, daß der Schuldner verzogen oder zwischenzeitlich in Vermögensverfall geraten ist, so daß der Vollstreckungstitel jedenfalls vorübergehend nur gedrucktes Papier ist.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wieder sehr richtig!)

Ob dieser Zustand, der zahlenmäßig durch die Antwort des Senats auf die Große Anfrage belegt ist, hätte vermieden werden können, ist jetzt eine müßige Frage, denn es geht um schnelle und nachhaltige Abhilfe. Eine erste Maßnahme sind die fünf Rechtspfleger, die seit Oktober 1999 bis Ende dieses Jahres zusätzlich eingesetzt werden. Eine Verstärkung tritt ein, wenn die in der Drucksache genannten fünf Gerichtsvollzieheranwärter weiter tätig sind. Sie kennen allerdings alle die Haushaltssituation, die Schaffung neuer Stellen wird realistisch in diesem Jahr nicht möglich sein.

Der Senat spricht deshalb von Überbrückungsmaßnahmen; Frau Spethmann hat es hier schon angesprochen. Da trifft es sich gut, daß heute ein Artikel in der „Welt“ erschienen ist; ich unterstelle einmal, daß die Informationen dort zutreffen. Als erster Schritt in die richtige Richtung wird ein neues Schneiden der Gerichtsvollzieherbezirke genannt, und es wird auch angedeutet, daß im Zuge der Aufgabenverlagerung von den Rechtspflegern zu den Gerichtsvollziehern weitere Rechtspfleger mitwandern werden. Auch dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ob allerdings die angedachte Verwendung von Rechtsreferendaren rechtlich machbar ist, daran habe ich meine Zweifel.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ich auch!)

Nach unserer Auffassung ist es dringend geboten, daß die Senatorin im Rechtsausschuß detailliert Auskunft gibt und wir diese Dinge weiter dort beraten, damit nicht nur die genannte personelle Verstärkung Platz greift, sondern auch Möglichkeiten der Straffung von Arbeitsabläufen und Vermeidung unnötigen bürokratischen Aufwands erörtert werden können.

Unter diesem Vorzeichen beantragt die SPD-Fraktion die Überweisung der Drucksache zur weiteren Behandlung an den Rechtsausschuß. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Herr Erdem.

Mahmut Erdem GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es zeigt sich, daß wir uns alle hier im Parlament von der Opposition bis zur Regierungspartei einig sind, daß wir dort dringend Maßnahmen ergreifen müssen. Es geht nicht an, daß die Gerichtsvollzieher dermaßen überlastet sind, daß sie nicht mehr zum Vollstrecken kommen; da besteht bei allen Konsens.

Wichtig ist der andere Aspekt, wieso es zu dieser Überlastung kommt. Einige Aspekte hat Frau Spethmann genannt, die Novellierung des Gerichtsvollstreckungsgesetzes und die eidesstattliche Versicherung. Aber ein anderer Aspekt muß noch erwähnt werden, nämlich daß 50 000 bis 60 000 Leute überschuldet sind. Ein Gerichtsvollzieher wird nur dann tätig, wenn ein Titel erwirkt wird, und hinter diesem Titel stehen Menschen, die überschuldet sind und ihre Verbindlichkeiten nicht mehr zahlen können. Deswegen handelt der Gläubiger natürlich und versucht, sein Geld zu bekommen.

Das ist auch ein Sozialaspekt, der hinter diesem ganzen Konglomerat steht. Und wir sollten, wenn wir den Gerichtsvollziehern etwas Gutes tun wollen, auch erwähnen, daß eine soziale Komponente hinter dieser Sache steckt. Solange die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen 16 Jahre lang so waren, daß die sozialen Rechte beschnitten

C

D

(Mahmut Erdem GAL)

A worden sind, solange die Arbeitslosigkeit ungeahnte Dimensionen angenommen hat, so lange gab es natürlich Menschen, die ihre Verbindlichkeiten nicht gezahlt haben. Heutzutage bekommen sie bei jeder Kreditanstalt gleich einen Kredit, ohne daß näher nachgeprüft wird, ob sie das bezahlen können. Schlagen Sie einmal eine Wirtschaftszeitung auf, dann können Sie sehen, daß jede Bank gleich einen Kredit anbietet. Und wenn diese Menschen in Not einen Kredit aufnehmen, droht ihnen im Endeffekt, wenn sie nicht zahlen, der Gerichtsvollzieher. Auch diese Gesichtspunkte müssen hier erwähnt werden.

Die Maßnahmen, die die Senatorin ad hoc gegriffen hat, finde ich vernünftig. Sie hat durch eine Presseerklärung mitgeteilt, daß sie zwölf neue zusätzliche Stellen geschaffen hat, die in nächster Zeit greifen sollen. Im Gegensatz zu meinen Kollegen von der SPD bin ich schon der Meinung, daß ein Rechtsreferendar eine eidesstattliche Versicherung abnehmen kann. Ein Rechtsreferendar ist eine juristisch ausgebildete Person mit mindestens einem Staatsexamen und vier oder sechs Jahren Rechtsausbildung an der Universität. Sie müssen Herrn Karpen fragen, ob die das können. Ich selbst war einmal als Gerichtsprotokollant für sechs bis sieben Monate tätig und war imstande, das zu bewältigen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Das bestreite ich!)

Deshalb sollten wir im Rechtsausschuß noch einmal intensiv mit der Senatorin diskutieren. Die Senatorin hat uns in der Beantwortung der Großen Anfrage mitgeteilt, daß sowohl der Zuschnitt der Gerichtsvollzieheraufgaben als auch die in der Presseerklärung angekündigten Maßnahmen greifen sollen.

B Ich möchte noch kurz einen Aspekt erwähnen. Frau Spethmann, die Zahlen haben sich in ihrer Dimension verändert. Zum Glück werden in dieser Stadt im Gegensatz zu den anderen Bundesländern die Mahnverfahren beschleunigter abgehandelt. Dadurch haben die Gläubiger die Möglichkeit, einen Titel in die Hand zu bekommen, mit dem sie 30 Jahre lang vollstrecken lassen können. Das heißt nicht, daß unser Rechtssystem oder die Rechtspflege im Stillstand ist, im Gegenteil. Unsere Senatorin hat es im Mahnverfahren geschafft, daß der Gläubiger rechtzeitig einen Titel in der Hand hat. Damit kann er jederzeit auf das Vermögen des Schuldners zugreifen.

Die Probleme sind erörtert worden, und wir sollten im Rechtsausschuß dieses Thema noch einmal intensiver diskutieren.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Senatorin Dr. Peschel-Gutzeit.

Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Belastung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Hamburg ist in der Tat ein Problem, das uns sehr beschäftigt. Bei der Opposition könnte man heraushören, man hätte uns erst aus dem Tiefschlaf wecken müssen. So ist es natürlich nicht,

(Dr. Michael Freytag CDU: Meistens ist es aber so!)

sondern man muß ehrlicher Weise sagen, daß die Arbeitsbelastung dieses Berufsstandes ganz erheblich zugenommen hat, und das beruht zum Teil auf dieser gesetzlichen Neuregelung, die seit einem Jahr in Kraft ist, die Zweite

Zwangsvollstreckungsnovelle. Aber es gibt auch eine Reihe anderer Ursachen. C

Vielleicht noch einmal zur Erinnerung. Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher haben immer schon die Aufgabe gehabt, Zustellungen, Zwangsvollstreckungsaufträge, Wechsel- und Scheckproteste durchzuführen oder entgegenzunehmen. Sie müssen daneben Zahlungs- und Schriftverkehr abwickeln, Kostenrechnungen erstellen und ähnliches mehr. Neu hinzugekommen ist ab 1. Januar letzten Jahres die Abnahme der eidesstattlichen Versicherungen, etwas, das bis dahin bei den Amtsgerichten durchgeführt wurde. Insbesondere in diesem Bereich ist seit Inkrafttreten dieses Gesetzes eine überproportionale Fallzahlerhöhung zu beobachten.

Vielleicht noch einmal zum Vergleich: 1997 und 1998, also vor Inkrafttreten dieses Gesetzes, lag die Zahl der eidesstattlichen Versicherungen bei knapp 50 000, nämlich 47 800 in 1997 und 48 600 in 1998. Im letzten Jahr ist diese Zahl plötzlich auf über 70 000 hochgeschwungen, eine erhebliche Steigerung von fast 40 Prozent. Nun sind für diese Steigerung mindestens zwei Faktoren maßgeblich, die hier schon erwähnt worden sind; ich will sie im Zusammenhang noch einmal kurz darstellen.

Es ist eben vom Herrn Abgeordneten Erdem darauf hingewiesen worden, daß die Mahnverfahren in Hamburg erheblich zugenommen haben. Wir haben plötzlich eine Steigerung von 50 000 auf über 100 000 Verfahren, was bedeutet, daß entsprechend mehr Gläubiger in den Besitz eines vollstreckbaren Titels kommen, und natürlich gelangen die dann zur Zwangsvollstreckung. Das alles hat mit der Novelle im Zwangsvollstreckungsrecht nichts zu tun, wohl aber mit der Beschleunigung der Mahnverfahren in Hamburg. Das heißt, wir haben sozusagen – das haben wir natürlich auch gern getan – unsere Arbeit selbst vermehrt. Und dann ist die eidesstattliche Versicherung neu zu den Aufgaben der Gerichtsvollzieher hinzugekommen. D

Aber die Gerichtsvollzieher haben noch mehr zu tun. Zum Beispiel müssen die Schuldnerinnen und Schuldner, wenn der Gerichtsvollzieher kommt, alles Mögliche offenbaren, wenn sie etwa die Durchsuchung ihrer Wohnung verweigern. Hier entfällt jetzt – das ist vereinfacht worden –, daß diese Durchsuchung durch einen richterlichen Durchsuchungsbeschluß angeordnet werden muß. Der Gerichtsvollzieher kann bei einem entsprechenden Antrag des Gläubigers – der wird normalerweise gestellt, weil er in einem Formular gleich mitgestellt werden kann – ohne weitere Verzögerung den Schuldner zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung auffordern. Des Weiteren können die Gerichtsvollzieher nach der jetzigen Neuregelung unmittelbar im Anschluß an eine fruchtlose Mobilien-Zwangsvollstreckung an Ort und Stelle sofort die eidesstattliche Versicherung abnehmen. Der Schuldner muß nicht wie bisher gesondert vorgeladen werden, also eine Verkürzung des Verfahrens, und es braucht auch keinen vorausgehenden vergeblichen Pfändungsversuch mehr zu geben.

All das ist natürlich im Interesse eines Gläubigers, bedeutet aber, daß bei den Gerichtsvollziehern plötzlich viel mehr Verfahren anbränden als vorher beim Amtsgericht.

In allen Bundesländern, keineswegs nur in Hamburg, ist daher eine deutliche Erhöhung der Gerichtsvollzieheraufgaben zu beobachten, und das erhöht sich noch dadurch, daß in allen Bundesländern die Insolvenzordnung bisher nicht so gegriffen hat, wie das alle erhofft hatten. Ob und in welchem Umfang die von mir eben geschilderte Fallzahl-

(Senatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit)

- A Erhöhung von Dauer sein wird oder ob es sich insoweit vielleicht um einen Bugwelleneffekt im ersten Jahr nach Inkrafttreten dieser neuen gesetzlichen Regelung handelt, kann man im Augenblick noch nicht sicher beantworten.

Trotzdem – das will ich nicht etwa zu unserer Entlastung sagen, ich habe das nur zur Begründung angeführt – müssen wir reagieren und haben wir reagiert. Die Justizbehörde hat sich dieser aktuellen Überlastung angenommen, die uns sehr frühzeitig auch von den Gerichtsvollziehern angezeigt worden ist. Wir haben zur Entlastung und zum dauerhaften Abbau der Situation eine Reihe von Maßnahmen entweder schon ergriffen oder in die Wege geleitet.

Erstens, das ist hier schon erwähnt worden, sind zur Unterstützung der vorhandenen Gerichtsvollzieher per 1. Oktober 1999 fünf Rechtspfleger aus anderen Bereichen zusätzlich zur Verstärkung bei den Gerichtsvollziehern eingesetzt worden.

Zweitens ist eine faktische personelle Verstärkung zusätzlich dadurch eingetreten, daß fünf Anwärtler für die Gerichtsvollzieher, die ihre Prüfung im Dezember 1999 abgelegt haben, schon ab November diese Gerichtsvollzieheraufgaben zusätzlich wahrgenommen haben. Wenn wir also zusätzlich zehn Gerichtsvollzieher haben, dann ist das natürlich noch keine Zahl, die alles auf einmal abarbeiten kann, aber es ist eine deutliche Entlastung.

Eine weitere geplante Maßnahme ist hier erwähnt worden, der Einsatz von geprüften Rechtskandidaten, also solchen jungen Kolleginnen und Kollegen, die auf die Einstellung als Referendare warten. Nun sind vom Amtsgericht rechtliche Bedenken geltend gemacht worden, die wir zwar nicht teilen, aber wir wollen an dieser Stelle natürlich kein Rechtsrisiko eingehen. Deswegen haben wir eine andere Maßnahme in die Wege geleitet. Als Crash-Truppe werden wir Beamte aus dem mittleren und gehobenen Dienst nach entsprechender Zusatzausbildung durch das Amtsgericht im Gerichtsvollzieherbereich einsetzen. Das ist eine Task Force, die insbesondere schnell zur Aufarbeitung der Rückstände eingesetzt werden soll.

- B

Zusätzlich – das ist hier auch schon genannt worden – sind wir dabei, die Gerichtsvollzieherbezirke neu zu schneiden, denn die Gerichtsvollzieher sind in Hamburg unterschiedlich belastet, und einige sind besonders hoch belastet.

Aktuell hat Hamburg 97 Gerichtsvollzieherplanstellen, die auf 91 Bezirke verteilt sind. Zur Zeit prüft das dafür zuständige Amtsgericht, wie viele Gerichtsvollzieherbezirke neu geschaffen werden müssen, um zu einer angemessenen Belastung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher zu gelangen. Die zusätzlich benötigten Gerichtsvollzieherplanstellen wird die Justizbehörde zu 2001 einwerben. Der Zeitraum bis 2001 soll durch die Einrichtung sogenannter anderer Amtsstellen, ein technischer Begriff, überbrückt werden, deren Einrichtung wir ebenfalls beantragen werden.

Noch ein Wort zu den hier wiederholt genannten Rückständen. Man muß zu diesem Thema einfach wissen, daß das nicht alles echte Rückstände sind, sondern es eine große Zahl von Verfahren gibt, die nicht sofort erledigt werden können. Wenn zum Beispiel dem Vollstreckungsschuldner im Einverständnis mit dem Gläubiger Ratenzahlungen bewilligt werden, sind diese zwar zu überwachen, aber das Verfahren kann solange nicht abgeschlossen werden. Oder es wird die Verwertung gepfändeter Sachen auf Bitten des Schuldners aufgeschoben; solange kann das Verfahren nicht abgeschlossen werden. Oder es ist

über eine andersartige Verwertung gepfändeter Sachen als durch Zwangsvollstreckung zu entscheiden. C

In all diesen Fällen kommt es, ganz regulär, erst nach geraumer Zeit zum endgültigen Abschluß der Verfahren, und hieraus entstehen – das ist das Entscheidende – den Gläubigern keine Nachteile. Der schlichte Vergleich der Anzahl der von den Gerichtsvollziehern vorgenommenen Amtshandlungen vor und nach der von mir mehrfach erwähnten Zwangsvollstreckungsnovelle ist daher nur ganz begrenzt aussagefähig. All das ändert aber nichts daran, daß wir uns mit aller Kraft darum bemühen werden, echte Arbeitsrückstände rasch und vollständig aufzuarbeiten. Wir werden Gelegenheit haben, das im einzelnen noch im Rechtsausschuß zu besprechen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU: Die Ausführungen der Senatorin haben mich veranlaßt, noch einmal zu reden. Frau Senatorin, wir haben von Ihnen eine Schönrederei erlebt, die so nicht hingenommen werden kann. Die erwähnten 70 000 Fälle sind natürlich nicht nur rückständige Fälle, aber zumindest 90 Prozent davon sind es. Wir haben in meiner Anwaltskanzlei viele verschiedene Fälle. Aber sehr häufig erhalten wir ein Schreiben von dem Gerichtsvollzieher, geschrieben mit einer schlechten Schreibmaschine, in dem der Standardsatz steht: „Bitte melden Sie sich nicht innerhalb der nächsten sechs Monate, wir schaffen es nicht, Ihnen eine Antwort zu geben.“ Um diese Rückstände geht es. Es geht nicht um die normalen Zwangsvollstreckungen, die teilweise aufgeschoben werden. Bis allein die erste Antwort eines Gerichtsvollziehers kommt, vergehen sechs Monate. Das kann es doch nicht sein. D

Ich möchte wissen, wie viele Gerichtsvollzieher in dieser sogenannten Task Force eingesetzt werden. Der Name klingt wieder gut und schön, aber wir haben im Bereich der Justiz viele Projektgruppen mit gut klingenden Namen. Aber was bringt es, wenn wir nicht einmal wissen, wer dahintersteht? Der schöne Name allein bringt uns nichts. Ich hoffe, Sie klären uns im Rechtsausschuß genauer auf. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Ich frage sodann, wer einer Überweisung an den Rechtsausschuß zustimmt. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 20: Senatsmitteilung über Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Gehörlose.

[Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 27. bis 29. April 1998 (Drucksache 16/731) – Landesverband der Gehörlosen –, vom 1./2. Juli 1998 (Drucksache 16/987) – Dolmetscherdienste – und vom 14. bis 16. Dezember 1998 (Drucksache 16/1887) – Dolmetscherinnen und Dolmetscher für Gehörlose – – Drucksache 16/3638 –]

Darf ich fragen, ob eine Gebärdendolmetscherin oder ein Gebärdendolmetscher anwesend ist, weil mir das so gesagt worden war? –

(Präsidentin Ute Pape)

A (Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Ab halb acht, glaube ich!)

Das ist schade. Dann haben wir leider keine Möglichkeit, die jetzt folgende Debatte zu übersetzen.

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Oder eine andere Debatte vorziehen!)

– Das gibt immer Probleme, weil die Senatoren sich auf den Sitzungsplan einstellen. Das können wir leider nicht machen. Das ist schade, aber es kann auch einmal passieren.

Die GAL-Fraktion beantragt die Überweisung dieser Vorlage an den Sozialausschuß. Wer wünscht das Wort? – Das Wort hat Herr Witte.

Willi Witte SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß keine Gebärdensprachdolmetscherin oder -dolmetscher anwesend sind, aber das mag möglicherweise damit zusammenhängen, daß wir heute mit der Tagesordnung schneller als geplant durchgekommen sind. Vielleicht kommt später noch jemand.

Ich möchte mit einem abgewandelten Zitat beginnen:

„Es geschieht nichts Gutes, außer man tut es.“

Dieses Zitat könnte der durchgängig rote Faden in der Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Drucksachen 16/731, 16/787 und 16/1887 sein. Die Stellungnahme zeigt aber auch, daß es ein mühsamer Weg ist, alle Forderungen und Wünsche unter einen Hut zu bringen und danach auch noch durchzusetzen. Da ich mich seit 1993 – damals noch mit Frau Kuhbier, die einige von Ihnen noch kennen werden – mit Gehörlosen und deren Problemen auseinandersetze, weiß ich, wovon ich rede.

B Seit 1988 setzt sich das Europäische Parlament für die Anerkennung der Gebärdensprache ein. 1996 sprach sich die Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder für die Anerkennung aus. Es folgten die Regierungschefs der Länder, die im Jahre 1997 eine schrittweise Umsetzung der Entschließung des Europäischen Parlaments beschlossen.

In Hamburg ist diese Bestrebung Bestandteil des Koalitionsvertrages. Warum erwähne ich das so ausführlich? Hamburg bietet seit Beginn des Schuljahres 1993/94 im Rahmen eines Schulversuches in der Samuel-Heinicke-Schule die Gebärdensprache an. In einem Unterrichtsfach wird dort der Unterricht sogar bilingual – das heißt laut und gebärdensprachlich – angeboten. Es ist das Ziel, daß sich die Teilnehmer in der Welt der Hörenden und auch der Gehörlosen bewegen können. Der Versuch läuft über sechs Jahre und wird in diesem Jahr auslaufen. In einem Zwischenbericht von Professor Günther wurde der bisherige Verlauf sehr positiv bewertet. Die Kinder befinden sich mittlerweile in der Sekundarstufe.

Dennoch – das ist sicherlich nicht förderlich – gibt es nach wie vor in Hamburg einen unerbittlichen Streit der unterschiedlichen Methodenanhänger sowohl für die Lautsprache als auch für die Gebärdensprache. Meines Erachtens sollten wir den Abschluß und die Auswertung des Versuches abwarten und danach den weiteren Weg den Betroffenen überlassen.

Erfreulicherweise ist es auch durch den gezielten Einsatz von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern gelungen, in Hamburg gehörlosen Jugendlichen Berufsschulunterricht anzubieten. Außerdem fördert das Hamburger Berufsförderungswerk pro Jahr rund 40 gehörlose

Menschen, um ihnen einen Weg in das Berufsleben zu ermöglichen. Ich freue mich besonders über den letzten Punkt. Als ich meine Lehre antrat – das ist schon einige Jahre her –, war es unmöglich, einen gehörlosen jungen Menschen in eine Lehre aufzunehmen. Deshalb sind die genannten Maßnahmen Fortschritte, die den betroffenen Menschen zwar nicht schnell genug gehen, aber aus meiner Sicht im Laufe der Jahre erheblich sind.

C

Um gehörlosen Eltern die Teilnahme an schulischen Veranstaltungen oder Elternvertretungen und ähnliches zu ermöglichen, finanziert die BSJB über den Gehörlosenverband den Einsatz von Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetschern. Eine Auswertung des dort vorhandenen Datenbestandes durch die BAGS hat die Auskömmlichkeit der Mittel bestätigt.

Nach dem Hamburger Hochschulgesetz berücksichtigen die Hamburger Hochschulen die besonderen Bedürfnisse von behinderten Studenten. Dieses ist auch erforderlich. Zum Beispiel haben in den letzten Jahren 50 Hörgeschädigte durch die Hilfe der Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher studieren können. An der Universität gibt es des weiteren eine besondere Studienberatung für gehörlose Studenten. Außerdem gibt es an den Hamburger Hochschulen ein Netz von Ansprechpartnern und Beratungsstellen, an die sich Behinderte wenden können. Aus persönlicher Erfahrung weiß ich – weil wir dort schon mit einigen anderen diskutiert haben –, daß es dort eine Interessenvertretung gehörloser Studierender, die Gruppe iDeas, gibt, die sich besonders für ihre Belange einsetzt.

Im Rahmen der beruflichen Eingliederungshilfe werden nach dem BSHG viele dieser individuellen Hilfen finanziert. Hamburg hat sich seit der Einrichtung des Instituts für Deutsche Gebärdensprache als Zentrum der Gebärdensprache mit einer Ausstrahlung weit über die Landesgrenze hinaus entwickelt. Besonders Professor Prillwitz ist es zu verdanken, daß viele Entwicklungsprojekte im Bereich der Gebärdensprache von Hamburg aus ihren Ausgang nahmen. Gerade das von Hamburg eingerichtete und ausgestattete Institut für Deutsche Gebärdensprache hat wesentlich zur Anerkennung und Verbreitung dieser Sprache beigetragen.

D

Außerdem hat Hamburg durch seine führende Stellung – als erste und lange einzige Stadt in der Bundesrepublik – für Gebärdensprachkompetenz zum besonderen Studium von Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern beigetragen. Dennoch gibt es immer noch zu wenige Menschen, die diese Fachrichtung anstreben. Es ist bedauerlich, aber nicht zu ändern. Wir können keinem Menschen vorschreiben, was er studieren will, soll oder möchte.

Um den Defiziten bei den Dolmetscherinnen und Dolmetschern zu begegnen und diese abzubauen, versucht Hamburg gegenzusteuern. Seit 1998 wird bei Einsätzen von über 1,5 Stunden eine Doppelbesetzung bezahlt. Außerdem wurden die Honorare gemäß der bundesweiten Empfehlung der Deutschen Hauptfürsorgestelle auf 60 DM und die Fahrkosten auf die Höhe des Stundensatzes angehoben. Die Probleme mit der Umsatzsteuer wurden auch ausgeräumt. Wichtig ist, daß mit diesen Maßnahmen die zum Teil erheblich differierenden Honorarbedingungen zwischen BAGS und BSJB vereinheitlicht wurden.

Die Finanzierungen der bisherigen Maßnahmen konnten mit den in 1999 zur Verfügung stehenden Budgets erfolgen. Für das Jahr 2000 werden hierfür laut Aussage des Senats Mehrkosten in Höhe von circa 77 000 DM erforderlich, die

(Willi Witte SPD)

- A in den Haushaltsveranschlagungen berücksichtigt worden sind.

Ich weiß, daß trotzdem weiterhin der Wunsch nach einer Erhöhung der Honorare gemäß dem Zeugenentschädigungsgesetz besteht. Aber ich möchte noch einmal auf meinen Redebeginn zurückkommen. Ich sagte, daß der Weg, alle Wünsche sofort zu befriedigen, sehr schwer sei. Dazu kommt, daß der Senat prüft, ob über einen zentralen Dolmetscherdienst vielleicht effektiver gearbeitet werden könnte. Ich persönlich kann mir die Kritik nicht verkneifen, Frau Senatorin, warum die Prüfung so lange dauern muß, denn der Gehörlosenverband hat gemeinsam mit dem Berufsförderungswerk seit längerem ein Konzept erarbeitet. Ich erwarte, daß die zuständige Behörde endlich in die Hufe kommt, damit wir Schritt für Schritt den Wünschen unserer gehörlosen Menschen näherkommen und Hamburg seinen guten Ruf als behindertenfreundliche Stadt behält und weiter ausbaut.

(Beifall bei der SPD, der GAL, der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Rudolph.

Eleonore Rudolph CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, daß wir diese Drucksache im Ausschuß beraten werden,

(Uwe Grund SPD: Das ist auch nötig!)

weil wir nach einer in der vergangenen Woche stattgefundenen Veranstaltung in der Universität viele Fragen haben. Dies ist ein Thema, an dem wohl noch das gesamte Haus sehr intensiv weiterarbeiten muß. Darum möchte ich jetzt nur einige Punkte erwähnen.

- B

Wir freuen uns und begrüßen es ausdrücklich, daß in Hamburg das Institut für Deutsche Gebärdensprache aufgebaut worden ist, das Gebärdendolmetscherinnen und -dolmetscher für die gesamte Bundesrepublik ausbildet, beziehungsweise daß die Forschung an der Gebärdensprache tatsächlich nur hier in Hamburg durchgeführt wird. Das ist eine sehr wichtige Sache.

Ein Punkt wurde uns bei dieser Diskussion im Institut für Deutsche Gebärdensprache sehr deutlich: Eine sehr frühe Beratung der Eltern ist außerordentlich wichtig. 90 Prozent der Eltern der gehörlosen und schwerhörigen Kinder sind hörende Eltern, die meistens den Wunsch haben, daß auch der letzte lautsprachliche Ansatz in ihren Kindern gefördert wird, und dabei die Gebärdensprache von sich aus vernachlässigen. Das wird darin deutlich, daß die Frühförderung für Kinder in der Schule für Schwerhörige, in der nach dem lautsprachlichen Ansatz gearbeitet wird, 54 Kinder, während die Schule, die Gebärdensprache anbietet, nur sechs Kinder zählt. Dabei sagen uns nicht nur alle Gehörlosen, sondern auch die Schwerhörigen, die als Grenzfälle gelten, daß die Gebärdensprache ihre Muttersprache sei. Diese Aussage können wir uns gar nicht oft genug deutlich machen. Alle anderen Sprachen sind für sie Fremdsprachen. Mit der Gebärdensprache können sie sich selbstverständlich bewegen. Wir müssen die Gebärdendolmetscher einmal beobachten. Für uns ist ihre Sprache eine Fremdsprache.

Diese Sprache ist in der Lage, die kompliziertesten Sachverhalte und auch emotionale Dinge zum Ausdruck zu bringen. Das erkennen wir daran, daß gehörlose oder schwer-

hörige Studenten alle Fächer an der Universität belegen. Um schwierige wissenschaftliche Zusammenhänge darzustellen, sind dort besonders fachspezifisch ausgebildete Gebärdendolmetscher erforderlich.

C

Es wurde in der Stellungnahme des Senats deutlich und besonders herausgestellt – das ist sicher ein Erfolg –, daß bei einer Veranstaltung, die mehr als eineinhalb Stunden dauert, zwei Gebärdendolmetscher zur Verfügung stehen. Die Studierenden betonten, daß es schwierig sei, einem Seminar von eineinhalb Stunden mit nur einer Gebärdensprachdolmetscherin oder einem -dolmetscher zu folgen. Über diesen Zeitraum wissenschaftliche Arbeit zu dolmetschen, bedeutet für einen gehörlosen oder schwerhörigen Studenten eine große Anstrengung.

Die Frühstberatung muß außerordentlich gut ausgebaut und mit den notwendigen Fachkräften versehen werden, so daß die hörenden Eltern in der Weise beraten werden können, daß ihre Kinder die Gebärdensprache für ihr Leben benötigen. Sie brauchen sie auch, um später ihre eigene Kulturgemeinschaft zu pflegen, denn in der Gemeinschaft der Eltern und der hörenden Verwandten bleiben sie immer Fremde. Richtig zu Hause fühlen sie sich nur in der Gemeinschaft der Schwerhörigen und der Gehörlosen, die sich mit der Gebärdensprache unterhalten.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß in den USA, in England, Skandinavien und Frankreich bilingualer Unterricht schon selbstverständlich ist. Hier haben wir etwas nachzuholen. Dieses Ergebnis muß der Modellversuch auf alle Fälle erreichen.

Ich möchte damit schließen, denn die Probleme mit der Umsatzsteuer sind zunächst gelöst. Herr Witte, diese Lösung scheint uns sehr bürokratisch zu sein. Darüber möchte ich gern im Ausschuß reden. – Zunächst vielen Dank.

D

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Dr. Freudenberg.

Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GAL-Fraktion begrüßt es auch, daß sich die Situation der Gehörlosen in Hamburg durch die veränderten Rahmenbedingungen für die Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetscher allmählich verbessert.

Wir haben die Drucksache mit Interesse gelesen. Der Senat betont hierin mehrfach, daß es einen Mangel an qualifizierten Gebärdensprachdolmetscherinnen und -dolmetschern gibt. Leider wurde dieser Mangel nicht quantifiziert. Wir müssen uns darüber im Ausschuß noch unterhalten, wie hoch der Bedarf ist und was wir tun können, damit dieser gedeckt wird.

Herr Witte, wir wollen ja nicht nur die Wünsche der Gehörlosen erfüllen, sondern sie haben einen Anspruch darauf, eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher zu bekommen, wenn sie ihn brauchen. Sie brauchen diese Menschen vor allem im Bereich der Ausbildung – das haben wir schon gehört –, aber sie haben auch Ansprüche im privaten Bereich.

Wir haben auf Bundesebene vor, endlich ein eigenes Leistungsrecht – das SGB IX – für behinderte Menschen zu erreichen. Darin wird auch der Anspruch auf Gebärdensprachdolmetscher für gehörlose Menschen festgelegt,

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

A und der Bedarf an Dolmetschern wird dadurch weiter steigen. In Hamburg haben wir dafür sehr gute Voraussetzungen und Bedingungen, um die Menschen an unserem Institut gut auszubilden und somit diesem Bedarf gerecht zu werden.

Mir – wie auch Frau Rudolph – erschienen die Darstellungen des Senats zum Bereich über den bilingualen Unterricht am interessantesten. Wir halten diesen vorgelegten Zwischenbericht schon jetzt für so interessant, daß wir eine klare Aussage darüber treffen können, daß der bilinguale Schulversuch ein Erfolg ist und der Unterricht in der Gebärdensprache für Gehörlose und sehr schwerhörige Kinder zur Regel werden muß. Denn die Kinder entwickeln sich im emotionalen Bereich und in den Bereichen Kommunikation und Kognition besonders gut. Sie haben einen Begriff von Sprache und eine altersgemäße sprachliche Entwicklung. Ihre stark schwerhörigen Altersgenossen, die die Lautsprache lernen und immer versuchen, hörgerichtet die Lautsprache zu erfassen, haben diese Sprachentwicklung nicht. Ich denke, es ist nicht legitim, Kindern die Sprache vorzuenthalten. Die Gebärdensprache ist – wie Frau Rudolph richtig gesagt hat – ihre natürliche Sprache. Wir müssen alles dafür tun, damit gehörlose Kinder ihre eigene Sprache lernen, um die Möglichkeit einer altersgemäßen Entwicklung zu haben und – wie mir ein Gehörloser einmal sagte – nicht zu dumm zu bleiben.

Wenn in einer Schwerhörigenschule die Lautsprache geübt wird, dann lernen die Kinder eine Sprache, ohne daß sie die dahinterstehenden Begriffe kennen. Mir wurde einmal erzählt, daß die Schüler sehr lange immer wieder äußerst mühsam die Worte „Französische Revolution“ artikuliert hätten, bis sie diese Worte beherrschten. Aber keines dieser Kinder hatte eine Vorstellung davon, was sich dahinter verbirgt. Beim bilingualen Unterricht ist es so, daß erst einmal in der eigenen Sprache erklärt wird, was Revolution heißt und wie es zu dem Sturm auf die Bastille kam. Wenn man sich dieses vorstellen kann, wird man zur Artikulation motiviert und kann auch mit Menschen wie unsereins, die wir immer noch nicht die Gebärdensprache sprechen, kommunizieren. Dann kann man auch über die Französische Revolution reden. Aber eine Artikulation ohne eine Begrifflichkeit ist stumpfsinnig.

Lassen Sie mich für unsere Fraktion noch einmal betonen: Wir halten das Ergebnis zum bilingualen Schulversuch in dem Zwischenbericht für sehr gut. Wir sollten in Hamburg alles daran setzen, daß wir für gehörlose Menschen viel erreichen. Damit Hamburg hier weiterhin an der Spitze liegt, müssen wir die betroffenen Menschen so ausbilden, daß sie alles lernen, was sie können. Das können sie nur mit der Gebärdensprache. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL, der SPD und vereinzelt bei der CDU und der Gruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Präsidentin Ute Pape: Das Wort hat Frau Senatorin Roth.

Senatorin Karin Roth: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anerkennung und die Förderung der Gebärdensprache ist ein wichtiges Anliegen des Senats, das auch aus der Drucksache hervorgeht. Wir haben in den vergangenen Jahren vieles geleistet, aber werden uns natürlich weiter dafür einsetzen, daß die Gebärdensprache anerkannt wird. Wir haben dazu Initiativen auf der Arbeits- und Sozialministerkonferenz entwickelt.

Gleichzeitig werden wir aber nicht nachlassen, das Thema politisch auf die Tagesordnungen des Bundes und der Länder zu setzen.

Aus der Senatsdrucksache geht hervor, daß wir viele Initiativen ergriffen haben. Ich möchte neben den eingerichteten Hilfen für Dolmetscherdienste nach dem BSHG, den Hilfen für gehörlose Studentinnen und Studenten und dem Gehörlosenverband die Beratungs- und Informationsdienstleistungen erwähnen. Außerdem planen wir weitere Maßnahmen. Dazu gehört der Schulversuch „Bilinguale Erziehung im Unterricht“ und die Förderung beruflicher Ausbildung von gehörlosen Jugendlichen. Das ist ein wichtiger Eckpfeiler im Sinne von Integration dieser Jugendlichen in den allgemeinen ersten Arbeitsmarkt. Darüber hinaus geht es auch um die Förderung der Mitwirkungsmöglichkeiten gehörloser Eltern in Hamburger Schulen und um weitere vielfältige Unterstützungsangebote der Studierenden.

Die Tatsache, daß mit dem an der Universität eingerichteten Institut für Deutsche Gebärdensprache ein Zentrum entstanden ist, in dem wir das Thema Gebärdendolmetscher und die Qualifizierung dieser Menschen nach vorne bringen, ist für uns in diesem Kontext ein großer Vorteil. Von daher wird ein solches Kompetenzzentrum nicht nur für Hamburg, sondern auch für die ganze Bundesrepublik nutzbringend sein, wenn die Gebärdensprachdolmetscher in anderen Ländern eingesetzt werden können.

Mit den vom Senat ergriffenen Sofortmaßnahmen werden viele Mängel gezielt angegangen. Ich möchte nicht alle in der Senatsdrucksache aufgeführten Maßnahmen nennen. Wir hoffen, daß wir möglichst schnell vieles beheben können. In einigen Bereichen sind wir weit vorangekommen. Dazu gehört aus meiner Sicht vor allen Dingen die Neuordnung der Vergütungssätze, die sich in diesem Zusammenhang entscheidend verbessert haben. Dazu gehört vor allem auch die Anerkennung der Doppelbesetzung. Ab einer Einsatzdauer von eineinhalb Stunden verdoppelt sich das Honorar, so daß zwei Dolmetscherkräfte bezahlt werden können. Das ist ein wichtiger Schritt, den wir gemeinsam gegangen sind. Er ist nicht einfach nur so hinzunehmen, sondern er ist auf der einen Seite gut für die Qualität der Dolmetscher und andererseits fördert er die Qualität für gehörlose Menschen, weil sie so erfahren können, was sie wissen müssen. Dies bedeutet für die Dolmetscherinnen und Dolmetscher Erholungspausen und für uns eine gewisse Qualitätssicherung.

Die Zeitgrenze ist übrigens nicht willkürlich gesetzt. Sie folgt den in einer entsprechenden Studie herausgegebenen Empfehlungen einer dänischen Arbeitsorganisation. Auch hier haben wir uns an internationalen Standards orientiert. Das ist auch gut so.

Von der Bürgerschaft wurde zum Thema Notrufmöglichkeiten bei Gehörlosen nachgefragt. Frau Freudenberg, wir haben hier – wenn ich mich richtig erinnere – im November darüber debattiert. Dazu kann ich mitteilen, daß mit den über einen Eildienst eingerichteten Schreibtelefonen und Telefaxgeräten bei Polizei und Feuerwehr die Möglichkeit für Gehörlose gegeben ist, diese Geräte entsprechend zu bedienen. Die Notrufnummern sind dem Gehörlosenverband bekannt, so daß dieser die betroffenen Menschen entsprechend informieren kann. Es ist denkbar, daß sich die Personen, die weder lesen noch schreiben können, im Einzelfall über ein Bildschirmtelefon bemerkbar machen könnten. Wo dieser Notruf angenommen werden könnte, wird noch zur Zeit geprüft. Aber Sie sehen, auch wir sind

(Senatorin Karin Roth)

- A bemüht, um möglichst schnell die entwickelten Ideen gemeinsam umzusetzen.

(Beifall bei Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

Eine weitere Möglichkeit besteht darin, daß das Thema der zentralen Anlaufstelle – das heißt eines Dolmetscherpools – schnell vorangebracht wird. Wir sind uns in der Sache einig. Es gibt zwischen der Behörde und dem Gehörlosenverband keine Differenzen. Manchmal könnte man sich dabei eine schnellere Geschwindigkeit vorstellen, Herr Witte. Aber es geht nicht nur nach der BAGS, sondern es geht nur gemeinsam mit allen Beteiligten. Aber wir sind uns darin einig, daß wir es wollen und auch schnell wollen. Insofern bin ich optimistisch, als wir diesen Pool bald haben werden und wir hier in nächster Zeit weiter vorankommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Ute Pape: Wer will die Vorlage an den Sozialausschuß überweisen? – Gegenprobe. – Das war einstimmig. Damit ist die Drucksache überwiesen. Herzlichen Dank an die Dolmetscherin!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe dann auf den Tagesordnungspunkt 15: Senatsmitteilung zur weiteren Entwicklung der Hamburger Messe.

**[Senatsmitteilung:
Weitere Entwicklung der Hamburg Messe
– Drucksache 16/3610 –]**

Diese Vorlage möchte die SPD-Fraktion federführend an den Wirtschaftsausschuß sowie mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuß und an den Bau- und Verkehrsausschuß überweisen. Ich frage, wer das Wort wünscht. – Das Wort hat Frau Möller.

B

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat hat in einer Drucksache die weitere Entwicklung der Hamburg Messe beschrieben, die mit einem Vorschlag für die Erweiterung am Standort endet. Wir begrüßen diesen Vorschlag.

In der Drucksache wird ausführlich das Für und Wider von Standortalternativen – die Verlagerung nach Moorfleet oder die Erweiterung am bisherigen Standort – dargestellt, die wir bisher schon sehr konkret in der Stadt diskutiert haben. Ich möchte auf diese Diskussion nicht im Detail eingehen, denn diese Details bis hin zu den Angaben über die zu bewegenden Kubikmeter Kies können nachgelesen werden. Es wurde ausführlich dargestellt, welche Vor- und Nachteile die Verlagerung hat. Die Entscheidung halten wir für richtig. Die Frage ist nur, wie wir mit diesem Jahr umgehen, in dem wir Zeit haben, ein Konzept für die Erweiterung der Messe zu erarbeiten.

Der Senat selbst ist der Meinung, daß es dringend nötig sei, sich über Aspekte der Finanzierung, der inneren Organisation der Messe selbst und über die städtebauliche Relevanz klarzuwerden.

Die Erweiterung einer Messe mitten in der Stadt ist genau der richtige Schritt, wenn man über ressourcenschonende Entwicklungen sprechen will und die Zerstörung von Flächen nicht mehr so gewissenlos weiterbetrieben werden soll, wie wir es so oft getan haben. Gleichzeitig ist es vor allem auch ein ehrgeiziges Projekt, weil wir nicht irgendeinen Stadtteil, sondern drei Stadtteile berühren, die ihre eigenen Qualitäten und Besonderheiten, aber auch ihre Probleme haben.

Die Standorterweiterung darf nicht auf Kosten der Wohn- und Lebensqualität der angrenzenden Karolinen- und Schanzenviertel gehen; sie darf nicht ohne ein funktionierendes Verkehrskonzept umgesetzt werden und vor allem die gewachsene Wirtschafts- und Dienstleistungsstruktur des Gebietes nicht gefährden. Wir alle wissen, daß eine Messe in einer Stadt nicht nur überregionale Wirkung, sondern auch regionale Bedeutung hat. Das unterscheidet sie von jedem x-beliebigen Großprojekt, obwohl die jetzt geplante Erweiterung selbstverständlich ein enormes Großprojekt ist. Immerhin wird im Endeffekt die Quadratmeterfläche um ein Drittel erhöht oder vielleicht sogar verdoppelt. Gleichzeitig ist aber der Flächenbedarf aufgrund der Tatsache, daß der moderne Messebau nicht nur zwei- oder dreigeschossig, sondern in der Regel eingeschossig ist, um ein Vielfaches höher. Das führt zu einem weitaus höheren realen Flächenbedarf.

C

Die Förderung der regionalen Wirtschaft und die Effekte, die eine Messe beziehungsweise die jeweiligen Messe-Events für die Stadt haben, sind allen klar. Sie bewirken einen Transfer – eine sogenannte Umwegrentabilität – in die Stadt hinein. Die Messegäste hinterlassen viel Geld in unserer Stadt; und wir haben in Hamburg ein klares Potential, egal wie hoch der Rang – ob erste oder zweite Liga – ist. Hamburg ist für seine spezifischen Messen im Zusammenhang mit maritimen Themen und Dienstleistungen bekannt. Dabei soll es auch bleiben, es soll sogar noch ausgebaut werden. Natürlich muß man sich der Konkurrenz stellen, und Hannover hat mit seinen äußerst ehrgeizigen Expo-Plänen die neuere Messe.

Es gilt, die Schwächen der Hamburg-Messe mit ihrer schlechten Hallenstruktur und die zu geringen Flächen auszugleichen. Aber immer mit der Prämisse, daß dies für die umliegenden Stadtteile verträglich sein muß.

D

Vor diesem Hintergrund muß man sich nicht nur seitens des Senats, sondern vor allem auch in den drei Bezirken damit auseinandersetzen, wie man ein solches Großprojekt gewuppt kriegt. Wie bekommt man die Probleme in den Griff, ohne daß sie überhaupt zu Problemen geworden sind?

Das St. Pauli-Stadion und seine Umweltverträglichkeitsprüfung hat uns ein gutes Beispiel gegeben. Das dort erarbeitete Verkehrskonzept hat sehr viel zur Deeskalation des sich anbahnenden Streites beigetragen. Wir wünschen uns für die Messeerweiterung ein ähnliches Verfahren, eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die in diesem Fall aber nicht erst im B-Planverfahren erstellt wird, wo sie eigentlich hingehört, sondern daß dafür dieses Jahr, in dem auch Zeit für die Erstellung des Konzeptes ist, genutzt wird.

Des weiteren muß man sich mit dem Instrument des städtebaulichen Wettbewerbs beschäftigen. Wir alle wissen, daß ein Kriterienkatalog, eine Ideensammlung für einen städtebaulichen Wettbewerb schon vorab hilfreich ist, um bestimmte Strukturen festzuzurren oder anderen entgegenzuwirken. Wir brauchen ein städtebauliches und funktionales Gesamtkonzept, das die Fragen des Verkehrs ebenso berücksichtigt wie eine Ökobilanz, um auch aus ökologischer Sicht eine Verträglichkeit für die drei Stadtteile zu erreichen. Dazu gehört auch, daß man zuläßt, daß sich neue Freiflächen entwickeln, sowie darüber zu diskutieren, ob die Messereifläche eine Art öffentlicher Raum werden kann. Es gibt Messen, beispielsweise in Berlin oder München, die sich dieses durchaus trauen. Es ist ein „sich trauen“, denn zu dem altgewohnten Bild gehört um ein Messezentrum ein Zaun herum. Ich glaube nicht, daß das nötig ist; wir können die Frei- und Grünflächen, die für die

(Antje Möller GAL)

- A Besucher und Aussteller Sinn machen, auch für den Stadtteil nutzen, indem man öffentliche Räume schafft. Das alles kann aber im Detail weder hier in der Bürgerschaft noch in einem Senatskonzept entwickelt werden. Man muß es vor Ort in den Bezirken diskutieren, entwickeln und dann in den städtebaulichen Wettbewerb einspeisen.

Es wird Nutzungskonflikte mit der örtlichen Wirtschaft geben. Es gibt jetzt schon eine fast öffentliche Auseinandersetzung über die bestehenden Wirtschafts- und Gewerbebetriebe. Die sich dort neu ansiedelnde Dienstleistungsstruktur fühlt sich atmosphärisch bedroht. Wir haben in den Haushaltsberatungen bereits darüber gesprochen, wieviel die Atmosphäre mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun hat. Auf jeden Fall muß das Signal vermieden werden, daß durch diesen Beschluß bei Erweiterung am alten Standort etwas anderes verdrängt wird, daß keine Entwicklungsperspektive für andere Initiativen in diesen Stadtteilen mehr nötig sind.

Wir brauchen eine Umfeldgestaltung – das ist auch so ein Schlagwort, aber ich versuche, es noch mal deutlich zu machen –, die mit einbezieht, welche Entwicklungen sich im Schanzen- und Karoiviertel, Stichwort Wasserturmkonzept, zumindest auf einem guten Weg befinden, die für diese Viertel wichtig sind und die durch die Entscheidung, die Messe zu erweitern, nicht beeinträchtigt werden dürfen. Die Entscheidung ist richtig, man muß sie nur gut durchdacht und konzeptionell überlegt durchführen.

Man darf die Zukunft der Messe, das ureigene Messengeschäft, die schlichte Tatsache, daß auf einer Messe mit Informationen gehandelt wird, die dann in ein Geschäft übergeleitet werden – der Senat hat es viel formvollendeter ausgedrückt: daß die Messe eine Dialog- und Kommunikationsfunktion hat –, nicht vergessen; sie ist auch für die Stadt selbst wichtig.

B

(Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz)

Damit komme ich noch einmal zu der Grundaussage, daß auch die Messeerweiterung innerhalb der Stadt notwendig sein muß und kann. Urbanität beinhaltet die abgestimmte Mischung von Funktion und Nutzung; Wohnen, Leben und Arbeiten muß gemeinsam möglich sein. Ich denke, daß mit der gebotenen Rücksichtnahme aufeinander, in Absprache mit den Kammern, Verbänden und Menschen vor Ort genauso wie mit den Beschäftigten und den Wirtschaftsbetrieben ein Konzept entwickelt werden kann, das für die Hamburg Messe und den Senat interessant ist und vor allem zu einer langfristigen Perspektive für die Messe führt. Das sollte uns gelingen; wir können es auf einen guten Weg bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was als eine Richtungsentscheidung daher kommt, ist eine sehr weitreichende Infrastrukturinvestitionsentscheidung für diese Stadt. Sie läßt sich im Grunde gut in die großen Infrastrukturentscheidungen einreihen, die wir in den letzten Jahren für Hamburg gefällt haben und die zum Jahreswechsel auch für die nächsten Jahrzehnte noch vor uns liegen.

Lassen Sie mich deshalb zwei oder drei Vorbemerkungen machen. Wir reden in dieser Stadt visionär von der großen

Region Hamburg-Berlin-Kopenhagen-Malmö, in die sich Hamburg sozusagen wirtschaftspolitisch-ökonomisch einfinden möchte und sie mit ökonomischem Erfolg beleben will.

C

Wenn wir uns die Region genau anschauen, sehen wir zumindest, daß unsere Nachbarmetropole Berlin in den letzten zwei Jahrzehnten gleichfalls einen ziemlichen Rückgang im industriellen Bereich gehabt hat; auch Hamburg hat dieses hinter sich. Es ist Hamburg aber in einem großen Aufbruch gelungen, den Strukturwandel zur Dienstleistungsökonomie, zu einer Dienstleistungsstadt mit europäischem Maßstab herzustellen. Inzwischen beschäftigt Hamburg rund 550 000 Menschen in diesem Bereich. Der Wertschöpfungsanteil liegt im Bereich unternehmensbezogene Dienstleistungen und Tourismus bei gut 40 Prozent. Vor diesem Hintergrund hat die Entscheidung zum qualitativen und quantitativen Ausbau der Messe im Rahmen des gesamten Spektrums wirtschaftspolitischer Maßnahmen einen besonderen Stellenwert. In diesem Jahr muß deshalb eine Richtungsentscheidung gefällt werden und möglichst auch eine endgültige Entscheidung.

Lassen Sie mich zum Standort Messe und Congress in Hamburg folgendes sagen. Wir stehen im Kongreßbereich europaweit mit an der Spitze. Wir sind eine Hochburg an Kongressen. Jedes Jahr finden in Hamburg Weltkongresse statt, zu denen Zehntausende Besucher kommen. Dieser Kongreßbereich macht jedoch – das kann man offen sagen, denn jeder liest die Bilanz der Hamburg Messe und Congress GmbH – aus der Natur der Sache heraus Verluste. Wir haben dagegen einen Messebereich, der sich sozusagen im nationalen Konzert eher auf den Plätzen acht, neun oder zehn, also in den hinteren Rängen, befindet. Das meine ich nicht despektierlich, aber so ist eben die historische Entwicklung gewesen. Frankfurt, Düsseldorf und vor allem Hannover – und nach der deutschen Einheit ist Leipzig hinzugekommen – haben entsprechende Ausbauprogramme vorgenommen. Somit befindet sich die Messe selbst in Hamburg nicht in der zweiten Liga, aber in der ersten Liga Deutschlands am unteren Rand.

D

Diese Messe macht aber jedes Jahr Gewinn. Das heißt also, Congress und Messe bilden tatsächlich – wenn man das Gesamtergebnis für das öffentliche Unternehmen betrachtet – einen ökonomischen Zusammenhang. Diesen ökonomischen Zusammenhang darf man auch in Zukunft nicht aus den Augen verlieren, und es ist deshalb wahrscheinlich sehr richtig gedacht, daß Messe und Congress auch eine räumliche Einheit bilden sollten. Daß es darüber hinaus Argumente gibt, die auch Frau Möller im Hinblick auf ressourcenschonende Flächennutzung angeführt hat, ist ein zusätzliches wichtiges Argument.

Die Zielsetzung für diese Messe ist allerdings klar. Wir brauchen einen quantitativen Ausbau, der auf der Grundlage der heutigen Messen mit „Internorga“ oder „Schiff – Maschine – Meerestechnik“ an seine Grenzen gekommen ist. Wir brauchen aber auch einen qualitativen Ausbau ohnehin, Herr Senator, denn nicht umsonst schreiben Sie selbst in der Senatsdrucksache, daß es in Zukunft darauf ankomme, auf den Feldern, auf denen Hamburg wirtschaftspolitisch nun einmal stark ist, auch messebezogene Themen national und international zum Durchbruch zu bringen. Das heißt: Medizintechnik, Luftfahrt und -technik, Medienwirtschaft, Logistikwirtschaft und Mikroelektronik. Dazu muß aber ganz offen gesagt werden, daß uns ein Durchbruch, wie ich finde, noch nicht gelungen ist. Jedenfalls sind entsprechend vergleichbare erfolgreiche Messen zu diesen

(Werner Dobritz SPD)

- A Themen, die uns berühren und auf denen Hamburg das Kompetenzzentrum im nationalen und internationalen Maßstab ist, hier noch nicht im Angebot. Ich bin der Meinung, daß der Senat, aber auch die Hamburg Messe und Congress GmbH hieran in den nächsten Jahren arbeiten müssen. Denn es geht bei dieser weitreichenden Investition auch darum, nicht nur die Quantität an Fläche zu realisieren, sondern auch die Qualität herzustellen. Dazu bedarf es sozusagen noch eines zusätzlichen Kicks.

Was die Entscheidung, an diesem Standort auszubauen, richtig erscheinen läßt, ist nach meiner Meinung die Chance, die Investitionen entsprechend der Nachfrage in die Messekapazitäten hineinwachsen zu lassen. Das heißt, keine Messe mit einer neuen Kapazität zu bauen, sondern verschiedene Bauabschnitte folgen zu lassen, und zwar nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern entsprechend der konkreten Nachfrage. Dieses hat den Charme, daß wir keine Überkapazitäten und damit auch keine Fehlinvestitionen schaffen.

Seit 30 Jahren gibt es heftige Debatten über den Standort der Arena. Jeder hatte sozusagen seinen eigenen Standort vor Augen. Bei diesem Thema haben wir nur zwei Standorte, die ernsthaft diskutiert worden sind. Das war auch für die endgültige Entscheidung von Vorteil. Ich will die beiden Standorte nicht im Detail gegeneinander bewerten, das können wir letztlich in den Ausschüssen tun. Die Richtungsentscheidung für eine Erweiterung an diesem Standort ist jedenfalls gefallen. Die SPD-Fraktion wird diese Richtungsentscheidung auch in der parlamentarischen Diskussion positiv begleiten.

Nun komme ich noch einmal auf den Beitrag von Frau Möller zurück. Diese Investitionsentscheidung hat zwei wesentliche Punkte. Zum einen, das wurde angeführt, sind es die wirtschaftlichen Aspekte für die Stadt. Damit sei anfangs gleich deutlich gesagt – auch nach draußen, damit das klar ist –, daß der Fleischgroßmarkt seine langfristige Perspektive hat. Strukturveränderungen, die dort wie auch in anderen Bereichen dieser Stadt stattfinden, werden konsensual und mit den Betroffenen vereinbart, immer unter der Berücksichtigung ihrer Eigentumsinteressen und ihrer getroffenen Investitionen. Aus diesem Hause dürfen keine falschen Signale nach draußen gegeben werden, denn das muß zu Irritationen führen; das darf und braucht es aber nicht.

Der zweite Punkt betrifft die Wohngebiete und den Verkehr. Die Messe muß integriert werden. Das bedeutet Risiken – darin gebe ich Ihnen recht, Frau Möller –, es bedeutet aber auch eine Chance. Denn es ist eine sehr anspruchsvolle stadtentwicklungspolitische Aufgabe, die dort getätigt wird. Es ist die große Chance, ein Areal, das aus unterschiedlichen Interessen historisch zusammengewachsen ist, so zu entknoten, daß man ein nachbarschaftliches Wohnen und Gewerbetreiben sowie eine benachbarte Messe zusammenführen kann. Wenn man es erreicht, ist das Stadtentwicklungspolitik von hohem Format. Wir wollen uns gemeinsam bemühen, das zu schaffen. Deshalb halte ich es für richtig, daß wir einen städtebaulichen Wettbewerb aus-schreiben.

Zum Schluß verweise ich noch auf etwas, worüber noch nicht gesprochen wurde und worauf die Drucksache auch keinen Hinweis bietet: über den finanz- und haushaltswirtschaftlichen Aspekt. Dieses ist eine weitreichende Investition in dreistelliger Millionenhöhe, der erste und der zweite Bauabschnitt. Wir werden in einem Jahr prüfen müssen, wie und in welchem Umfang das Auswirkungen auf den

Haushalt der Stadt Hamburg und auf den Haushalt der HMC selbst hat. Denn diese Investition wird – darüber müssen wir uns im klaren sein – für die Stadt wirtschaftlich erträglich sein, aber für das öffentliche Unternehmen HMC in dem Zeitraum, in dem die Investition abgeschlossen werden muß, nicht zu Gewinnen führen, sondern eher Gewinne schmälern und möglicherweise Verluste einbringen. Deshalb ist es auch für den Senat wichtig, die Frage nach der Finanzierung sehr eindringlich zu prüfen: Eigenfinanzierung, Fremdfinanzierung, Leasing oder mit einem Kommunalkredit über den öffentlichen Haushalt.

Meine Damen und Herren, heute wurde hier die Richtungsentscheidung diskutiert. Die Entscheidung fällt letztlich in einem Jahr, also in dieser Legislaturperiode. So ist es vorgesehen, und so wollen wir es auch; die Bürgerschaft ist in einem Jahr offen in ihrer Entscheidung. Wenn unter dem Strich dabei herauskommt, daß die Finanzierung einer solchen Investition nicht tragbar ist, aus Gründen, die wir heute nicht kennen, dann muß man auch wieder andere Alternativen offen prüfen. Wir wollen die Ampeln für den Messeausbau auf jeden Fall noch in dieser Legislaturperiode entweder auf Grün oder auf Rot stellen.

Abschließend komme ich noch auf einen Punkt, den man erwähnen sollte. Es wird unserer Hamburger Regierung immer vorgeworfen, sie arbeite nur sehr nüchtern die Koalitionsvereinbarungen ab. Ich darf darauf hinweisen, daß diese wichtige Infrastrukturinvestitionsentscheidung für die Stadt nicht einmal Bestandteil der Koalitionsvereinbarung ist; sie steht nicht darin. Gleichwohl wird eine weitreichend wichtige Investitionsentscheidung von dieser Koalition auch abgearbeitet und auch entschieden, wenn sie auf der Tagesordnung steht. Das ist ein Stück Botschaft, das muß man einmal deutlich machen.

Darüber hinaus richte ich noch einige Worte an Sie, meine Damen und Herren von der CDU, weil aus ihren Reihen in der Öffentlichkeit ein leichtes Schwanken hinsichtlich der Standorte zu vernehmen war. Ich möchte die CDU daran erinnern, daß sie 1969 einmal mit sehr scharfen Worten – ich habe die Drucksachen und Protokolle nachgelesen – gegen die Entscheidung gekämpft hat, das Congress Centrum an dieser Stelle zu bauen. Heute, 30 Jahre später, können wir sagen, daß es ein Glücksgriff des damaligen Senats unter Bürgermeister Weichmann gewesen ist, denn es war eine erfolgreiche Investition für diese Stadt; das beweisen die erfolgreichen Kongresse der letzten 30 Jahre. Ich wäre der CDU sehr dankbar, wenn sie die Richtungsentscheidung genauso wie wir positiv im parlamentarischen Raum begleiten würde. – Danke schön.

Vizepräsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort dem Abgeordneten Karl-Heinz Ehlers.

Karl-Heinz Ehlers CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde, daß die Debatte, wie sie bisher geführt wurde, dem Investitionsvolumen und der Qualität der Richtungsentscheidung, die wir heute zu treffen haben, sehr angemessen war. Herr Dobritz, Ihnen kann hinsichtlich der Richtungsentscheidung durch die CDU geholfen werden. Wir werden diese Richtungsentscheidung mittragen und freuen uns, daß sich die Bedeutung von Messen, die seit dem Mittelalter für Städte bekannt ist – nicht nur Kaufleute verdienen daran, sondern auch die Städte –, bis zum Senat herumgesprochen hat. Er hat uns lang und breit erläutert, wie wichtig eine solche Messe für die Stadt ist; aber Spaß beiseite.

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

A Dadurch, daß in den letzten fünf, sechs oder sieben Jahren Entscheidungen über die Frage zum Standort der Messe oder Messeerweiterung nicht getroffen worden sind, sind wir heute unter einen Zugzwang geraten, der eine Entscheidung für einen anderen Standort als Erweiterung an dem bisherigen fast nicht mehr zuläßt; denn alles andere dauert sehr viel länger, zu lange. Das ist, wie ich finde, ein bißchen unangenehm. Ich hätte für diesen Standort gern freier entschieden. Ich wäre vermutlich zu einer ähnlichen Entscheidung gekommen, aber ich hätte mich dabei besser gefühlt.

Die vom Senat getroffene Grundsatzentscheidung, am bisherigen Standort weiterzuentwickeln und zu modernisieren, wird von uns mitgetragen. Wir finden, daß dafür vor allem strategische Überlegungen ausschlaggebend sein müssen.

Die Hamburger Messe ist als kleine Messe mit überregionalen, spezialisierten Fachmessen und regionalem Publikumsinteresse in der Messelandschaft zu positionieren, das ist die richtige Entscheidung. Herr Dobritz, Sie haben zu Recht angemahnt, daß hier nicht nur eine quantitative Verbesserung – von mehr Fläche – stattfinden muß, sondern auch eine qualitative. Es reicht nicht, ein Auto größer zu machen, es muß bei der Gelegenheit auch qualitativ verbessert werden. Herr Senator Mirow, ich finde, daß Herr Dobritz das Richtige angemahnt hat.

Eine derartige Messe, wie sie der Senat richtig beschreibt – wir spielen eben nicht in der ersten Liga oben, wie Gott sei Dank der HSV, sondern sind eher in der Mönchengladbach-Situation –, ist in der Tat innerstädtisch am besten aufgehoben. Auch die optimale Innenstadtanbindung, zum Beispiel das Tourismusangebot dieser Stadt, spricht dafür.

B Stadtentwicklungspolitisch ist es richtig – Frau Möller hat darauf hingewiesen –, daß man mit den Flächenressourcen sparsam und verantwortungsvoll umgehen muß. Ich füge den ökonomischen Aspekt hinzu, indem ich sage, daß man es sich nicht leisten kann, die Messe nach außen zu verlagern und ein so großes Innenstadtareal in Konkurrenz zur geplanten HafenCity zu stellen. Das ist ein ökonomisches Argument, das in die gleiche Richtung geht und dieses Argument verstärkt.

Wir finden, daß trotz dieser Grundsatzentscheidung eine Reihe von Fragen offenbleiben. Ob wir dieses Konzept am Jahresende mittragen werden – Herr Dobritz hat das dankenswerterweise auch für die Koalition gesagt –, wird sehr davon abhängen, wie die Fragen und Probleme, die hier in der Debatte aufgeworfen wurden und die sich im Ausschuß noch verstärken werden, gelöst werden. Ob wir das mittragen, steht nicht fest. Wir finden es richtig, die Überlegungen für den bisherigen Standort fortzuführen.

Vier Probleme sind es, die aus unserer Sicht nicht gelöst sind und auf die wir Antworten erwarten. Das größte Problem wird es sein, den ruhenden und fahrenden Verkehr am Standort unterzubringen. Das betrifft die Messebesucher und -zulieferer, die Auf- und Abbauer, es betrifft aber auch den Verkehr, der vom Schlachthof abgeht und der ihn bedient, und es betrifft die Anwohner im Parksuchverkehr des Karolinentviertels. Alles dieses muß geregelt werden. Das bedeutet, daß wir ein erhebliches zusätzliches Verkehrsaufkommen weiträumig – nicht nur an diesem Standort – insgesamt unterbringen müssen. Deshalb ist das, was ich von der GAL in einer Presseerklärung gehört habe, aus meiner Sicht richtig, daß es nämlich in ihrer Betrachtung weit über das Heiligengeistfeld hinausgehen muß,

(Heidemarie Scherweit-Müller SPD: Ja!)

da es sonst Engpässe gibt, die engräumig zu beseitigen sind.

Wir erkennen in diesem Konzept, das heute vorliegt, nicht, wie der Senat es lösen wird. Wir haben eher Zweifel, ob das Gespann Wagner/Schmidt in der Lage ist, dieses Verkehrsproblem künftig zu lösen.

(Dr. Martin Schmidt GAL: Ich auch? – Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Wir werden sehr genau darauf achten, ob das wieder Messebesuchung auf dem Gepäckträger eines Fahrrades bedeutet oder ob eine vernünftige Verkehrsregelung stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

Das zweite Problem, das aus unserer Sicht ungelöst ist, Herr Senator Mirow, ist der Kapitalbedarf und wie Sie das Kapital mobilisieren wollen. Wir haben schon das Problem HafenCity, und hier laden wir uns, was die Stadt betrifft, nach Ihrer Rechnung weitere 600 Millionen DM auf; 245 Millionen DM im ersten Bauabschnitt und 355 Millionen DM im zweiten Bauabschnitt. Die Finanzierung ist völlig ungesichert. Dabei ist, wie ich glaube, noch nicht im nötigen Umfang berücksichtigt, daß zusätzliche Kosten für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen anfallen, die sich natürlich auf den Hamburger Haushalt auswirken werden. Sie haben die Messe isoliert betrachtet. Wenn wir diese aber übereinstimmend als kritisch erkannte Verkehrsregelung lösen wollen, dann kostet das Geld. Das werden wir auf irgendeine Weise aufbringen müssen, und da erwarten wir, daß der Senat sagt, wie das geschieht.

Der dritte Punkt betrifft den Fleischgroßmarkt. Er darf aus unserer Sicht in seiner Existenz nicht gefährdet werden. Er ist ein wirtschaftlicher Faktor mit 3 Millionen DM Pacht und den zusätzlichen Steuereinnahmen, und er ist ein sehr wichtiger Faktor mit 2000 Arbeitsplätzen. Sie haben sich kürzlich einmal gewundert, Herr Zuckerer, daß die CDU Wert auf diese Betrachtung legt. Der Großmarkt ist deshalb ein so wichtiger Faktor, weil es sich um sehr gering qualifizierte Arbeitskräfte handelt, die dort arbeiten. Wenn wir Arbeitsmarkt- und Arbeitsplatzpolitik in dieser Stadt betrachten, dürfen wir nicht nur an die hochqualifizierten „Weiße-Kragen-Leute“ denken, sondern auch an die Geringqualifizierten, die in diesem Fall auch noch um die Ecke wohnen.

Daher denke ich, daß es sehr wichtig ist, die Bedeutung der Unternehmen, die hier Arbeitskräfte beschäftigen, nicht zu unterschätzen. Die getroffenen Investitionen an diesem Standort, auch am Standort des Schlachthofes, müssen aus unserer Sicht mindestens bis zum Jahre 2020, 2022 gesichert werden, denn hier haben Leute viel Geld investiert. Vom ersten Bauabschnitt ist der Fleischgroßmarkt nicht berührt, aber die Inanspruchnahme von Teilflächen würde im zweiten Bauabschnitt erfolgen. Es muß geklärt werden, wie es sich dann fortsetzen soll.

Eines der Essentials heißt: Keine Gefährdung des Schlachthofes. Herr Senator Mirow, Sie haben es politisch klug erkannt und Ihrerseits gesagt, daß durch die Messeplanung kein Arbeitsplatz auf dem Fleischgroßmarkt verlorengehen und gefährdet werden dürfe. Wir würden gern in einem Anhörverfahren dafür sorgen – wir müssen uns darüber noch einmal unterhalten, wie wir das gestalten wollen –, daß durch die Argumentation der Betroffenen ganz klar wird, welche Voraussetzungen aus ihrer Sicht dafür geschaffen werden müssen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU)

- A Vierter und letzter Punkt: Herr Senator, Sie haben recht, wenn Sie betonen und immer wieder erklären – Herr Dobritz hat es in seiner Rede eben auch hervorgehoben –, daß es einer der Pluspunkte für diesen innerstädtischen Standort ist, daß Messe und Congress eine Einheit bilden. Das bedeutet aber auch, daß nicht nur die Messe, Herr Senator Mirow, sondern auch das 25 Jahre alte Congress Centrum zu modernisieren sein wird. Auch im Kongreßwesen steigen die Ansprüche an Qualität und Service. Wenn wir diese Rolle unseres Congress Centrums in der Welt behalten wollen, werden wir in das Congress Centrum investieren müssen und nicht nur in die Messe. Was das kosten wird und wie Sie es finanzieren wollen, dazu sind Sie in der Drucksache bisher eine Antwort schuldig geblieben.

Fazit: Es ist wichtig, die Umsetzung dieses Konzeptes zügig durchzuführen. Wir brauchen die nächsten 10 000 Quadratmeter innerhalb der nächsten vier Jahre. Auch deshalb ist es richtig, die Erweiterung am jetzigen Standort vorzunehmen. Andere Lösungen sind zu zeitaufwendig. Uns als Fraktion scheint es, daß die Vorteile Hamburgs für diesen Messestandort, nämlich die Innenstadtnähe und die Kombination zum CCH, ausschlaggebend sein sollten, um die Erweiterungen hier vorzunehmen. Wir sind gespannt darauf, Herr Senator Mirow, was Sie uns am Jahresende vorlegen werden. Unseren Goodwill und unsere Unterstützung für die Entscheidung, hier weiterzumachen, haben Sie. Die Überzeugungsarbeit für die Betroffenen, das Parlament und hinsichtlich der Finanzierung werden Sie leisten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Hackbusch.

- B **Norbert Hackbusch** REGENBOGEN – für eine neue Linke:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Warum kommt eigentlich keine Stadt in der Bundesrepublik auf die Idee, ihre Messe in der Innenstadt auszuweiten? Keine andere Stadt kommt bei einer neuen großen Investition auf die Idee, in der Innenstadt zu bauen, nur Hamburg, Herr Senator Mirow und scheinbar die große Mehrheit dieses Hauses. Warum?

(Zurufe von der SPD und der CDU)

Weil alle anderen wissen, wie stark die Innenstädte schon belastet sind; vor allem im Zusammenhang mit dem Verkehr. Man weiß, daß ein so verkehrsintensives Bauen nicht in die Innenstadt paßt, denn eine Messe hat mit den anderen Stadtteilen gar keine Verbindung, wie wir es gerade bei dieser Messe am deutlichsten sehen können und wie es auch bei anderen Messen nicht gelingt. Das ist der eine Aspekt, aber der Verkehrsaspekt ist der entscheidende.

Jetzt stellen wir im Zusammenhang mit dem Messeausbau fest, daß man plant, dort 7500 neue Parkplätze zu bauen. Wer kommt auf eine solche wahnwitzige Idee, so etwas zu machen? Alle reden davon, wir müssen die Innenstadt autoärmer machen. Alle Zukunftsforscher sagen, man müßte sich in dieser Richtung anstrengen, denn man kann sonst in dieser Stadt nicht vernünftig existieren. Und Sie kommen auf die Idee, 7500 neue Parkplätze zu bauen; was macht das, das ist doch wunderschön! Die CDU ist diesbezüglich nicht ganz zurechnungsfähig.

(Karl-Heinz Warnholtz CDU: Na, na, na, so nicht!)

Sie verwechseln Leben und Autoverkehr miteinander. Das war schon immer ihr Problem.

(Heiterkeit und Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke) C

Aber jetzt zu dem ernsthaften Bereich, mit dem wir das gemeinsam verbinden wollen. Ich bin entsetzt. Folgendes Beispiel. Herr Dr. Martin Schmidt und Herr Dr. Martin Schäfer, als wir noch Teil der Koalition waren, haben wir über 100 zusätzliche Parkplätze im Zusammenhang mit dem Waserturmprojekt am Sternschanzenbahnhof diskutiert. Kommunalpolitiker haben wochenlang über die Frage nachgedacht, wie wir das für diesen Stadtteil verträglich organisieren können, und haben Konzepte für 100 zusätzliche Parkplätze entwickelt. Jetzt wird in 300 Metern Entfernung ein Parkhochhaus mit 6000 zusätzlichen Parkplätzen geplant. Da kann man noch so viel davon reden, daß das umweltverträglich geschehen und zum Stadtteil passen soll. Jeder weiß, daß das nicht geht. Darum lehnen wir dieses Projekt ab. Ich bin mir ganz sicher, daß durch ein solches Projekt wahnsinnige Belastungen entstehen werden, und man wird es auch nicht so leicht in diesen Stadtteilen durchsetzen können. Ich bin mir auch nicht sicher, ob allein die Entscheidung im Parlament ausreichen wird, um diese Frage klären zu können. Man wird überlegen müssen, ob man diese zusätzliche Belastung wirklich dem Karolinenviertel, dem Schanzenviertel und Eimsbüttel zumuten kann. Darüber wird es noch etliche Diskussionen geben.

Jetzt zu den Begründungen, warum es so wichtig ist, daß die Messeausweitung dort stattfinden soll. Die entscheidende Begründung, die genannt worden ist, ist die Verbindung zwischen Congress Centrum und Messezentrum. In der Drucksache erwähnt, aber hier noch nicht deutlich ausgedrückt, ist die Tatsache, daß die Messe das Congress Centrum überhaupt nicht braucht; es gibt diesbezüglich überhaupt keine Verbindung zwischen Congress Centrum und Messe. D

(Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben doch keine Ahnung!)

Die Kleinen Anfragen, die wir dazu gestellt haben, haben deutlich gezeigt, daß es diesbezüglich überhaupt keine Wechselbeziehung zwischen Congress Centrum und Messe gibt. Fragen Sie Menschen, die bei der Messe tätig ist, daß dies so ist. Die Drucksache sagt als einziges dazu, bei Bewerbungen – Herr Mirow, ich habe das sehr genau gelesen – des Congress Centrums war es wichtig, so etwas anführen zu können. Es wurde nicht in Anspruch genommen. Es hat real gar nicht diese Wechselbeziehung gegeben. Es hat real nicht dazu geführt, daß das Congress Centrum – bis auf vielleicht ein, zwei Ausnahmen auf dem Messegelände – unbedingt darauf angewiesen ist, sondern diese Verbindung ist im öffentlichen Unternehmen hergestellt, aber nicht in der Realität. Dieser Punkt wird im Ausschuß kritisch zu diskutieren sein.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau gibt es die Fragestellung, wie man bei einem Neubau eine tote Ecke verhindern kann. Jeder, der sich einen Messeneubau angesehen hat, weiß, daß es, wenn der Zubau insgesamt äußerst klein ist, eine sogenannte Nase gibt, in die kein Aussteller hineingehen will. Dieses ist ein großes Problem. Wenn ich es richtig verstanden habe, soll es so gelöst werden, daß man gleich viel Neues baut, aber dadurch relativ viel Freiraum im südlichen Bereich der Messe schafft. Wenn ich richtig informiert bin – wichtige Fragestellung auch im Ausschuß –, bedeutet das, daß der Hamburger Staat vor zwei, drei Jahren umsonst ungefähr 150 Millionen DM für den Neubau des Messe-Eingangs Süd ausgegeben hat. Der würde dann leer, einsam, im Regen herumstehen, weil die Messe

(Norbert Hackbusch REGENBOGEN – für eine neue Linke)

A viel weiter nach Norden und um die Ecke gezogen ist. Auch diese Frage ist in der Drucksache nicht geklärt.

Ein weiterer Punkt sind die Kosten. Der Kostenvergleich ist nicht deutlich genug dargestellt worden. Es ist allen Leuten, die dieses Messegelände kennen, klar, daß am alten Messegelände sehr viel zu tun ist und dort sehr viele Investitionen zu tätigen sind. Entsprechend ist es gegenwärtig überhaupt nicht möglich zu sagen, inwieweit ein Neubau wirklich mehr kosten würde. Das ist in der Drucksache auch nicht versucht worden. Das wäre aber natürlich für eine Standortentscheidung wichtig.

Das Versprechen, viele Parkplätze in einem Tiefparkplatzbereich Glacischaussee zu bauen, kann nur dann realisiert werden, wenn man dafür sehr viel Geld ausgibt. Das wäre ungefähr das Teuerste, was man sich in dem Bereich vorstellen könnte. Ein weiterer Kostenfaktor wäre, daß dort sehr viele Leitungen verlegt werden müßten. Ich habe eher den Eindruck, daß ein Ausbau am alten Standort teurer werden würde als ein Neubau an anderer Stelle. Wir halten den jetzigen Standort für einen Ausbau für völlig falsch ausgesucht. Er ist für den Innenstadtbereich nicht verträglich. Wir meinen, die Alternativen dazu sind nicht ausreichend gewürdigt und angesehen worden.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Aus diesen Gründen werden wir der Drucksache natürlich nicht zustimmen, weil es eine falsche Entscheidung ist, Herr Böwer. – Danke.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Herr Senator Dr. Mirow.

B **Senator Dr. Thomas Mirow:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich nach dem hier Gesagten recht kurz fassen und will meine Argumente auf drei kurze Gesichtspunkte konzentrieren.

Warum haben wir uns im Grundsatz für diese Lösung entschieden? Man muß noch einmal unterstreichen, daß wir insgesamt eine Entwicklung bekommen haben, die den großen Städten eine neue Chance gibt. Nachdem wir über Jahrzehnte eine Entwicklung hatten, daß die Unternehmen aus den Städten hinausgehen, und auch die Lebensgewohnheiten so waren, daß viele Menschen die Städte verlassen haben, gibt es jetzt eine Rückkehr zu den Städten, ein Thema bis hin zu den Titelblättern der „Wirtschaftswoche“. Das ist für Hamburg eine ungeheure Chance, die wir nutzen müssen. Die Entscheidung, die Messe in der Stadt zu lassen, ist eine Entscheidung für Hamburg, für die City und damit eine Entscheidung, die der Stadt guttut.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Diejenigen, die wie Herr Hackbusch oder in etwas abgemilderter Form der Präses der Kammer

(Heiterkeit im ganzen Hause und Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

– ich wollte niemandem zu nahe treten – für eine Verlagerung nach Moorfleet plädieren, übersehen, daß es nicht damit getan wäre, allein eine Messe nach Moorfleet zu legen. Dies hätte zwangsläufig zur Folge, daß man die gesamte Infrastruktur, die man ebenfalls für Messen braucht – Gastronomie, Hotellerie –, die entsprechenden Verkehrsverbindungen auch in Moorfleet neu ansiedeln müßte.

(Karin Rogalski-Beeck SPD: Nein!)

C Wie das zu Ihrer Orientierung einer boden- und stadtspar-samen Bewirtschaftung passen würde, erschließt sich mir nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Was hier von Herrn Dobritz und auch von Ihnen, Herr Ehlers, zur Positionierung der Messe gesagt worden ist, teile ich. Ich glaube, daß wir mit dem Stammgeschäft allein noch keine wirkliche Zukunftsperspektive für die Messe haben.

(Rolf Kruse CDU: Und hoffentlich kriegen werden!)

Nun kann man sagen, das hängt auch miteinander zusammen, man braucht das notwendige qualitative Angebot im Bereich der Infrastruktur, um die entsprechenden Konzepte verwirklichen zu können. Herr Hackbusch, Sie haben gesagt, es gebe die Verbindung zum Congress Centrum gar nicht. Ich meine aber, daß zum Beispiel Ansätze, wie wir sie mit dem Hamburger Dialog versuchen, wo wir Kongreßteile, Workshops, Symposienteile und dazugehörige Messebestandteile haben werden, ein wesentliches Element für die zukünftige Positionierung der Hamburg Messe bilden. Ihr Argument, Herr Hackbusch, die anderen täten das nicht, ist kein wirksames Gegenargument. Es ist umgekehrt: Wenn man als Messe die Nummer zehn ist, dann tut man gut daran, nicht einfach das nachzumachen, was alle anderen tun, sondern muß sich eine eigene vernünftige Positionierung erarbeiten.

(Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Wir wollen in der Liga bleiben!)

D Zum weiteren Verfahren. Es ist sicher richtig, Herr Ehlers, daß es offene Fragen gibt. Die Drucksache tut auch nicht so, als ob es sie nicht gebe. Wir haben Wert darauf gelegt, daß es jetzt die Möglichkeit gibt, in gründlicher Befassung und auch gern mit Anhörungen, die noch offenen Fragen zu erörtern. Dazu gehören der Verkehr und die Finanzierung, wobei zu sagen ist, daß wir heute in solchen Zusammenhängen Finanzierungsinstrumente haben, die man vor wenigen Jahren noch nicht gehabt hat. Dazu gehört die verträgliche Nachbarschaft mit dem Fleischgroßmarkt und auch die Frage, wie mittel- und langfristig die Entwicklung des Kongreßbereichs ist. Nur, viele von Ihnen – so wie ich – sind ein paar Tage länger dabei. Es ist eine vernünftige Reihenfolge, zu sagen, erst treffen wir eine Grundsatzentscheidung, wo wir das machen wollen, und in einem zweiten Schritt wird dann die Planung konkretisiert. Es ist richtig, daß wir jetzt in den Ausschluß gehen. Es ist gut, weil eine Standortentscheidung, die vom Parlament getroffen wird – obgleich das zunächst eine exekutive Aufgabe ist –, in einem Stadtstaat wie Hamburg solideren Bestand hat, als wenn der Senat das alleine täte.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Man kann es ja mal ohne das Parlament versuchen, Herr Mirow!)

Es wäre gut, wenn wir miteinander so arbeiteten, daß bis zu Entscheidungen in städtebaulichen und Investorenwettbewerben – darüber, in welcher Reihenfolge und Kombination das geschehen soll, muß man noch gut nachdenken – die Vorbereitungen in dieser Legislaturperiode getroffen werden. Meine Vorstellung ist, daß das, was an Auswirkungen im Haushalt zu berücksichtigen ist, so in den Haushaltsplan-Entwurf 2002 und in die mittelfristige Finanzplanung Eingang findet, daß der Senat noch in dieser Legislaturperiode darüber entscheiden kann – das sind ja Beratungen über den Haushalt im Sommer 2001 –, die Überweisung an die Bürgerschaft erfolgt und dann die nächste Bürgerschaft, gewählt im Herbst 2001, die Mög-

(Senator Dr. Thomas Mirow)

- A lichkeit hat, sozusagen auf den Knopf zu drücken, indem sie den Haushalt so, wie im Entwurf vorgelegt, entweder verabschiedet oder in veränderter Form verabschiedet. Dies würde uns ermöglichen, daß wir das politisch schwierige Jahr 2001, in dem man endgültige Entscheidungen über die Wettbewerbsentscheidung vermutlich nicht wird treffen können, nutzen. Senat und Bürgerschaft können dann, ausgestattet mit der Legitimation eines neuerlichen Wahlgangs, die Entscheidung unmittelbar treffen, so daß die Umsetzung gleich zu Beginn der Legislaturperiode erfolgen kann und man nicht noch einmal Zeit verliert.

Das ist ein vernünftiger Kalender. Die Ausschußberatungen bieten in der Tat noch sehr viel Stoff. Wenn wir diesen Fahrplan aber einhalten und die notwendige Sorgfalt aufbringen, haben wir eine gute Chance, eine für die Stadt langfristig wichtige Entscheidung auf den Weg zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Sudmann.

Heike Sudmann REGENBOGEN – für eine neue Linke: Ich hätte von Ihnen, meine Damen und Herren, ein bißchen mehr Schwung in der ersten Sitzung des neuen Jahres erwartet. Es ist viertel vor acht, wir haben gleich Feierabend, und trotzdem stöhnen Sie.

(Barbara Duden SPD: Das liegt nicht an der Zeit! – Uwe Grund SPD: Es könnte auch mit Ihnen zu tun haben!)

- B – Das glaube ich nicht, bei uns sind Sie immer munter, Herr Grund.

Eine Messe in der Innenstadt ist dann kein Problem, wenn die Besucherinnen vom Himmel fallen, wenn die Messeanlieferer vom Himmel fallen. Das tun sie aber bekanntlich nicht. Sie wäre auch dann kein Problem, wenn die Innenstadt tot wäre, wenn keine Menschen in der Innenstadt wohnen würden. Das sind aber alles Fakten, die in Hamburg nicht gegeben sind. Deshalb muß man sich der Hauptprobleme annehmen. Frau Möller hat auf einige Punkte hingewiesen. Dabei hatte ich das Gefühl, Frau Möller sagte die Punkte, die relevant sind, im Senatspapier tauchen sie zum größten Teil nicht auf. Der Senat hat uns aufgeschrieben, was er gedenkt, intensiv zu prüfen. Immerhin taucht da auf, daß man prüfen will, wie die Auswirkungen auf die Anwohnerinnen in städtebaulicher Hinsicht sind. Das ist ja schon ein kleiner Erfolgstropfen. Was aber den Verkehr angeht, Herr Mirow, den Sie selbst gerade als Problem benannt haben, da sagen Sie, daß das Straßennetz erweitert werden kann. Sie reden nicht davon, wie die Verkehrsbelastung für die Anwohnerinnen ist. Deswegen ist für uns der Messestandort so ein Problem, jedenfalls bei den derzeitigen Planungen, die Sie vorgelegt haben. Um hier jetzt keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, nicht nur, daß Herr Hackbusch nicht unbedingt Handelskammervertreter ist, ganz im Gegenteil, wir haben uns nicht dafür ausgesprochen, daß die Messe nach Moorfleet kommt, denn in dem Punkt haben Sie recht. Es ist auch immer unser Argument gewesen, Moorfleet ist ein riesiger Flächenfraß, der da entstehen würde, und würde auch die Grünachse zwischen Bergedorf und Hamburg völlig dichtlaufen lassen. Aber, ehrlich gesagt, Sie haben weder Moorfleet richtig geprüft – was uns ganz recht ist –, aber sie haben auch den Baakenhafen nicht intensiv geprüft, und Sie haben vor al-

lem keine anderen Alternativen für einen Messestandort geprüft. Vielleicht haben Sie auch andere Flächen im Hafen. Das, was hier vorgelegt wird, reicht jedenfalls nicht aus, um zu sagen, der Senat darf weiterprüfen. Wir können leider davon ausgehen, der Senat wird so prüfen, daß das Ergebnis auf jeden Fall lautet, die Messe und die 7300 Stellplätze kommen dahin, und die Verkehrsbelastung wird nicht weniger werden, und die Anwohnerinnen im Karolinentviertel müssen gucken, wie sie mit dem Autoverkehr fertig werden. Das kann nicht unsere Politik sein.

(Beifall bei REGENBOGEN – für eine neue Linke)

Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse über den Überweisungsantrag abstimmen, und zwar zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuß und zur Mitberatung an den Stadtentwicklungsausschuß sowie an den Bau- und Verkehrsausschuß. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 23: Drucksachen 16/3419, 16/3623 und 16/3624: Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/3419 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/3623 (Neufassung) –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 16/3624 –]

Wir beginnen mit dem Bericht 16/3419. Wer möchte den Ausschußempfehlungen zu den Eingaben 4/99, 750/99, 787/99, 800/99, 831/99 und 837/99 folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer will den Ausschußempfehlungen zu den Eingaben 132/99 und 709/99 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses, bei einigen Stimmenthaltungen, einstimmig so beschlossen.

Wer schließt sich den übrigen Ausschußempfehlungen aus dem Bericht 16/3419 an? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Von Ziffer 2, betreffend die Eingabe 512/97, hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Für den Bericht 16/3623 ist Ihnen eine Neufassung zugegangen. Daraus lasse ich zunächst über die Empfehlungen zu den Eingaben 112/99, 376/99 und 377/99 abstimmen. Wer möchte hier die Ausschußempfehlungen unterstützen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich so beschlossen.

Wer stimmt den übrigen Ausschußempfehlungen aus dem Bericht 16/3623 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich so beschlossen.

Jetzt zum Bericht 16/3624. Wer möchte der Ausschußempfehlung zur Eingabe 771/98 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich so beschlossen.

Wer will die Empfehlung zur Eingabe 754/99 unterstützen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Wer will zur Eingabe 803/99 der Ausschußempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist

C

D

(Vizepräsident Berndt Röder)

A dieses bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Wer folgt den übrigen Ausschußempfehlungen aus dem Bericht 16/3624? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

Im übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 14 gemeinsam auf: Drucksachen 16/3493 und 16/3606: Große Anfragen.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Wirtschaftskriminalisten beim LKA
– Drucksache 16/3493 –]**

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Religionsunterricht an Hamburger Schulen
– Drucksache 16/3606 –]**

Wird die Besprechung dieser Großen Anfragen beantragt? – Das ist der Fall. Dann können die Großen Anfragen für die nächste Sitzung zur Besprechung angemeldet werden.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene **Sammelübersicht*** haben Sie erhalten.

Ich stelle zunächst fest, daß die Bürgerschaft die darin unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Zu B ist eine Abstimmung nicht erforderlich.

Wer will sodann den unter C aufgeführten Überweisungen zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses einstimmig so beschlossen.

B Tagesordnungspunkt 16: Drucksache 16/3636: Senatsantrag zur Infrastrukturmaßnahme Altenwerder.

**[Senatsmitteilung:
Haushaltsplan 2000
Kapitel 7500 – Strom- und Hafengebäude
Titel 742.47 „Altenwerder – 1. Vorbereitung für
Hafenzwecke einschließlich Ausgleichs- und
Ersatzmaßnahmen“**

* Siehe Anlage Seite 3226

**hier: Infrastrukturmaßnahme Altenwerder –
Kostenfortschreibung
– Drucksache 16/3636 –]**

C

Die Gruppe REGENBOGEN beantragt, die Vorlage zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuß und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuß zu überweisen. Wer unterstützt dieses? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Senatsantrag in der Sache abstimmen. Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit sehr großer Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 28: Drucksache 3635: Bericht des Jugend- und Sportausschusses zur Integration ausländischer Kinder.

**[Bericht des Jugend- und Sportausschusses
über die Drucksache 16/2317:
Verbesserung der Integration ausländischer Kinder
(CDU-Antrag) – Drucksache 16/3635 –]**

Ich lasse über die Empfehlungen zifferweise abstimmen. Wer möchte der Empfehlung aus Ziffer 1 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses mit Mehrheit so beschlossen.

Wer will die Empfehlung aus Ziffer 2 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieses bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig so beschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und schließe die Sitzung.

Schluß: 19.53 Uhr

D

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Für diese Sitzung waren entschuldigt: die Abgeordneten Hartmut Engels, Michael Fuchs, Bettina Kähler, Rolf-Dieter Klooß, Wolfhard Ploog, Carmen Walther.

Anlage

(Siehe Seite 3225 A)

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 19.01.00

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
22	16/3651	Reise nach Israel und in die palästinensischen Autonomiegebiete
24	16/3607	Bericht Sozialausschuß
25	16/3617	Bericht Rechtsausschuß
26	16/3618	Bericht Rechtsausschuß
29	16/3654	Bericht Wirtschaftsausschuß
30	16/3655	Zwischenbericht Bau- und Verkehrsausschuß
31	16/3656	Bericht Ausschuß für Europa und Städtepartnerschaften
32	16/3657	Bericht Ausschuß für Europa und Städtepartnerschaften

B. Einvernehmliche Ausschußempfehlungen

Keine

C. Einvernehmliche Ausschußüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	Antrag von	Überweisung an
9	16/3261	Gewalt gegen Lesben und Schwule	SPD	Gleichstellungsausschuß
18	16/3608	Basispreisstruktur für Wohnungsversorgungen der Wasserwerke	SPD	Haushaltsausschuß (federführend) und Umweltausschuß
19	16/3609	Gemeinsame Einrichtung nach dem Abfallverbringungsgesetz	SPD	Umweltausschuß